Generation Kühnert S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 9. Februar 2018 · Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Verbrauchte Politikertruppe quält sich zur Macht: Die Parteichefs Seehofer, Merkel und Schulz in Berlin

Bild: Imago

Auf den letzten Metern

Das Gewürge um die Groko könnte das Ende einer Epoche einleiten

Welche Koalition auch immer: Das Gezerre um eine neue Regierung serviert den Deutschen ein paar wertvolle Erfahrungen.

Die Deutschen sind ein folgsames Volk, das seiner Herrschaftselite für gewöhnlich wenig Ärger macht. Da sie nichts so sehr fürchten wie das Chaos, ist den Deutschen jede Regierung, selbst die miserabelste, lieber als die Aussicht auf kopfloses Durcheinander.

Diese Haltung verleiht unserem Land eine oft bewunderte Stabilität, die in der prekären Mittellage Deutschlands schwerer zu halten ist als in Randnationen wie Frankreich oder Großbritannien. Diese Folgsamkeit der Deutschen lädt aber auch zum Missbrauch ein. Denn mit der Furcht vor dem Chaos lässt sich das Volk disziplinieren. Somit ist sie alles andere als hilfreich bei der Entwicklung von demokratischem Selbstbewusstsein gegenüber den Mächtigen.

So gesehen machen die Deutschen gegenwärtig ein paar wertvolle Erfahrungen: Das Land ist nicht im Durcheinander versunken, obwohl es die politische Klasse über fast ein halbes Jahr hinweg nicht geschafft hat, eine reguläre Regierung zu bilden. 2015 konnten sie obendrein erleben, dass Regierungen keineswegs immer für Ordnung und Sicherheit stehen, sondern auch Chaos stiften können. Ohne handlungsfähige Regierung hätten in jenem Sommer automatisch die Gesetze und Verträge gegriffen, die der millionenfachen illegalen Einreise einen Riegel vorgeschoben hätten. Es musste erst die Merkel-Regierung kommen, um diesen Riegel zur Seite zu schieben – mit fatalen Folgen.

> SPD und AfD liegen nur noch zwei Punkte auseinander

Dieser Tage nun müssen die Deutschen beobachten, wie sich eine verbrauchte Politiker-Truppe noch einmal zur Macht quält, der es augenscheinlich nur noch um ihr persönliches Fortkommen geht, das Wohl von Volk und Land hin oder her. Ein wenig erhebender Anblick, aber womöglich ein lehrreicher.

Er könnte den Deutschen Anlass geben, ihr treuherziges, manchmal beinahe blindes Vertrauen in ihre politische Elite über Bord zu werfen. Dass bei der jüngsten Umfrage des Insa-Instituts SPD und AfD mit 17 zu 15 Prozent nur noch zwei Punkte auseinanderlagen, stellt bloß ein Indiz dafür dar, wie sehr dieses – allzu oft unbegründete – Vertrauen bereits gelitten hat. Auch bei den Unterstützern der etablierten Parteien breitet sich längst Misstrauen aus, die Anhänglichkeit zur „eigenen“ Partei lockert sich.

Diese Groko wäre ein schales Bündnis der letzten Meter einer abgelebten politischen Klasse. Wenn es scheitert, wird dies nicht allein das Ende einer bestimmten Parteien-Koalition bedeuten. In der Luft liegt eine weit tiefergreifende Veränderung der politischen Landschaft und des Denkens. 1990 blieb vielen Deutschen, vor allem im Osten der Republik, als Jahr des Anschlusses der DDR in Erinnerung, während die alte Bundesrepublik einfach weitermachte. Womöglich geht diese Epoche des „einfach Weitermachens“ gerade auf ihr Ende zu. *Hans Heckel*

MANUEL RUOFF:

Armer Trump

Völlig zu Recht wird beklagt, dass die EZB unter der Leitung des Italieners Mario Draghi die Zinsen mit Gewalt niedrig hält, damit sein Land und die anderen vor allem südeuropäischen Krisenstaaten billig an Kredite kommen und nicht zu sparen brauchen. Das Ergebnis dieser Politik ist eine Enteignung der Sparer, denen gar nichts anderes übrig bleibt als zu spekulieren, also beispielsweise in Aktien, Grundstücke und Sachwerte zu investieren, wollen sie nicht tatenlos zusehen, wie der Wert ihres Geldes dahinschmilzt. Durch diese künstlich erzeugte hohe Nachfrage besteht an der Börse wie auch auf den Immobilienmärkten die Gefahr einer Blase, die irgendwann platzen könnte.

In den USA scheint dieser Entwicklung nun Einhalt geboten worden zu sein. Man spricht von einer Zinswende. Die Zinsen steigen, der US-Dollar gewinnt an Wert. Der Normalbürger, der weder eine Spielernatur hat noch Spekulant ist und einfach nur will, dass die von ihm hart erarbeiteten Werte erhalten bleiben, braucht nicht mehr in Aktien, Immobilien und Sachwerte zu fliehen. Er kann seine Aktien verkaufen. Die Nachfrage nach Aktien lässt nach und damit auch die Gefahr einer irgendwann platzenden Blase.

Das ist eine Rückkehr zu gesunden Verhältnissen, an der sich die EZB ein Beispiel nehmen sollte. Doch was tun deutsche Leitmedien? Sie beklagen mit Krokodilstränen einen von den USA ausgehenden Crash an den Aktienmärkten und offerieren mit Donald Trump auch gleich ihren derzeitigen Lieblingsfeind als Schuldigen. Manchen scheint auch wirklich nichts zu abwegig, um damit dem verhassten US-Präsidenten etwas beizupulen.

Alles für den Fußball

Russland entfernt auf Verlangen der FIFA alle Sowjetsymbole

Vom 14. Juni bis zum 15. Juli findet in Russland die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 statt. Der Spielplan steht bereits fest und auch die Städte, in denen die Spiele ausgetragen werden. Vier Spiele finden in Königsberg statt: Kroatien – Nigeria, Serbien – Schweiz, Spanien – Marokko, England – Belgien (siehe *PAZ* Nr. 51/52 vom 22. Dezember 2017). Die Stadt bereitet sich schon lange darauf vor. Auf der Pregel-Insel Lomse, die aufgrund ihres weichen Untergrunds bislang nicht bebaut wurde, musste für den Bau des neuen WM-Stadions viel Vorarbeit geleistet werden, unter anderem war ein aufwendiges Drainagesystem vonnöten, damit das Stadion bei starken Regenfällen nicht im Morast versinkt.

Nach dem Dopingskandal vor den Olympischen Winterspielen sieht sich Russland verstärkt der Kritik ausgesetzt. Russlandgegner und Verfechter der EU-Sanktionen drohen immer wieder damit, sich dafür einzusetzen, Russland die Fußball-WM zu entziehen. Für die prestigeträchtige Sportnation wäre das ein Desaster. Nicht nur wirtschaftlich, da Russland auch in anderen Städten bereits viel für die WM investiert hat, sondern auch psychologisch.

> Sogar Straßen werden umbenannt

Nur so erklärt sich wohl, dass die russische Seite der Forderung der FIFA nachkommen will, alle Symbole, die als „Propaganda für das Sowjetsystem“ gewertet werden könnten, vor dem Beginn der WM zu entfernen oder zu verhüllen. Also werden demnächst Denkmäler von Sowjethelden verhüllt, Straßennamen zeitlich befristet umbenannt und außerdem mit lateinischen Buchstaben beschriftet, allerdings selbst in Ostpreußen in englischer Umschrift. In Königsberg hat man bereits begonnen, die Straßenschilder an Hauptstraßen auszutauschen. *MRK*

(siehe Seite 13)

Kühnert und Spielkameraden

Der Generationenstreit im links-grünen Parteienspektrum

Generation Y oder auch Millennials, die Jahrtausender, werden sie genannt. Gemeint sind jene vergleichsweise jungen Leute, die zwischen 1980 und dem Jahr 2000 das Licht der Welt erblickt haben. Zahlreiche Studien haben sich bereits mit ihrer Befindlichkeit beschäftigt. Die Millennials sind spannend, denn sie sind als erste Generation mit Internet und mobiler Kommunikation aufgewachsen.

Glücklich hat es sie angeblich nicht gemacht. Verglichen mit anderen Altersgruppen fühlten sie sich in ihrem Beruf am wenigsten wohl und klagten am häufigsten über Stress, ergab eine Umfrage des Augsburger Personaldienstleisters Orizon unter 2000 Teilnehmern im vergangenen Jahr. Andere Studien stellen sie dagegen als ziemlich lockere Zeitgenossen dar: Sie arbeiteten lieber in Teams als in tiefen Hierarchien. Wichtiger als Status und Prestige sei ihnen die Freude an der Arbeit. Mehr Freiräume, mehr Zeit für Familie und Freizeit seien zentrale Forderungen der Generation Y, gab vor einigen Jahren die Shell-Jugendstudie bekannt.

> Konformistisch und früh gealtert

Ob derlei Verallgemeinerungen tatsächlich taugen, sich ein Bild von hunderttausenden Menschen zu machen, die zufälligerweise ähnlichen Alters sind, ist sicherlich fraglich. Allerdings: Die Millennials, die sich – aus welchen Gründen auch immer – im links-grünen Parteienspektrum engagieren, weisen tatsächlich Gemeinsamkeiten auf. Derzeit revoltieren Kevin Kühnert und seine „Spielkameraden“ gegen ihre Elterngeneration. Ob die jungen Polit-Revoluzzer, die dort den „Zwergenaufstand“ (Alexander Dobrindt) proben, ihre Sache tatsächlich besser machen würden, darf allerdings bezweifelt werden. Ein Sozialwissenschaftler nennt sie „früh gealterte Junge“, die durch und durch konformistisch sind. *FH*

(Mehr über die Generation Kevin Kühnert, Seite 3)

MELDUNGEN

Brüssel plant EU-Maut

Brüssel – Die Europäische Kommission plant eine massive Belastung aller Autofahrer in der EU. Am 8. Januar wurde ein entsprechender Entwurf fertiggestellt. Durch eine Richtlinienänderung für die Festlegung von Straßennutzungsgebühren will die Kommission sich außerdem die Zuständigkeit dafür sichern. Für Lkw will die EU bereits ab 2021 kassieren, für private Pkw erst ab 2024. Den Mitgliedstaaten soll verboten werden, zur Gegenfinanzierung die Kfz-Steuer zu senken, wie in Deutschland geplant. Im zweiten Halbjahr 2018 muss der Entwurf dem EU-Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Zu dieser Zeit hat Österreich den Vorsitz mit Norbert Hofer (FPÖ) als zuständigem Verkehrsminister. Der hätte dann Gelegenheit, dem beabsichtigten weiteren Kompetenzausbau der Kommissare entgegenzutreten. *H.L.*

Wolfskinder auch in Masuren

Witzin – „Wolfskinder" verbindet man gemeinhin nur mit dem Königsberger Gebiet. Dass es auch in anderen Teilen Ostpreußens und des übrigen Ostdeutschlands Wolfskinder gab, wird gerne verdrängt. Umso bemerkenswerter ist es, dass jetzt ein Wolfskind aus Masuren an die Öffentlichkeit getreten ist: Der heute im mecklenburgischen Witzin lebende Baldur Beyer hat unlängst seine erschütternde Kindheitsgeschichte aufgeschrieben und fordert nun eine Anerkennung seines und des Schicksals seiner Leidensgenossen. Beyers Mutter war mit einer Gruppe von 2500 Frauen und Mädchen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt worden, und ihr Sohn schloss sich einer Bande von Kindern an, die sich der sowjetischen Kommandantur oder den neuen Kolonisten als Sklavenarbeiter anbieten mussten. Viele von ihnen sind dabei durch Not und Gewalt umgekommen. Beyer findet es beschämend, dass die Bundesrepublik sich erst jetzt und unter Druck von außen dieses Themas annimmt. Eine Veröffentlichung des 200 Seiten starken Manuskripts Beyers steht bisher noch aus. *T.W.W.*

Streit um Inklusion

Berlin – Eine Pause bei der Inklusion, der Unterrichtung von Schülern mit körperlichen oder geistigen Behinderungen in einer Regelklasse, hat Heinz-Peter Medinger, Bundesvorsitzender des Deutschen Lehrerverbands, gefordert. Er sieht die Schulen überfordert, was zuletzt im schlechten Abschneiden der Grundschulen bei Leistungsvergleichen Ausdruck fand. Jede Klasse, die Inklusionsschüler habe, benötige einen Zweitlehrer. Dafür seien massive zusätzliche Finanzmittel nötig. Widerspruch kam umgehend von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wie auch aus den Bundesländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, die sich als Vorreiter bei der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention sehen. Probleme bei der Inklusion war bei der Landtagswahl Schleswig-Holstein ein Thema. Hier ist man zu einer Bestandsaufnahme bereit. *MRK*

Diese Ausgabe enthält eine Beilage vom Archiv-Verlag, Braunschweig

»Kampfflugzeuge umkreisen Taiwan«

Taiwan-Repräsentant Jhy-Wey Shieh sprach über die Spannungen mit China

Wegen der Ein-China-Politik unterhalten Deutschland und Taiwan keine diplomatischen Beziehungen. Professor Jhy-Wey Shieh darf sich deshalb nicht Botschafter nennen. Sein offizieller Titel lautet „Repräsentant der Taipeh-Vertretung". Der Germanistikprofessor ist ein Seiteneinsteiger im diplomatischen Geschäft. Er steht der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) der Präsidentin Tsai Ing-wen nahe. Bereits von 2005 bis 2007 war er der Vertreter Taiwans in Berlin, danach bis 2008 als Minister Leiter des Informationsamtes der Regierung in Taipeh. Darauf lehrte er wieder an der Universität und moderierte täglich eine politische Talkshow im Fernsehen. 2016 kehrte Shieh wieder in sein altes Amt nach Berlin zurück. Für die *PAZ* sprach Michael Leh mit ihm über die aktuellen Spannungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan.

PAZ: *Die Volksrepublik China hat zu Jahresbeginn ohne Absprache mit Taiwan vier neue Flugrouten über der Taiwanstraße eröffnet. Taiwan hat protestiert und sprach von einer Gefährdung der Flugsicherheit. Worin besteht diese aus Ihrer Sicht?*

Jhy-Wey Shieh: 2015 gab es Verhandlungen zwischen China und Taiwan, da Peking neue Flugrouten über der Taiwanstraße wollte. Man kam überein, dass es aus Sicherheitsgründen nur eine neue Route von Norden nach Süden geben solle, die Route M 503. Vereinbart wurde auch, dass es weitere neue Flugrouten nur nach gegenseitiger Absprache geben solle. Doch jetzt haben die Chinesen Anfang Januar vier neue Flugrouten ohne Absprache mit uns eingerichtet, davon auch eine von Süden nach Norden, und uns das auch nur ganz kurzfristig mitgeteilt. Sie halten sich nicht an ihr Wort. Die Taiwanstraße ist zum Teil nur 130 Kilometer breit und weitere Flugrouten stellen ein Sicherheitsproblem dar. Auch die Vorschriften der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) sehen eine vorherige Abstimmung bei neuen Flugrouten vor.

PAZ: *Auf Druck Chinas darf Taiwan aber weder der ICAO, die eine Unterorganisation der UNO ist, angehören, ebenso wenig wie der Weltgesundheitsorganisation WHO oder Interpol. Eine Beschwerde Taiwans hat die ICAO daher schon zurückgewiesen. Die Generalsekretärin der ICAO ist übrigens auch eine Chinesin, Fang Liu.*

Jhy-Wey Shieh: China hat erklärt, es habe die neuen Flugrouten von der ICAO genehmigt bekommen. Die Taiwanstraße ist tatsächlich auch eine internationale Luftfahrtzone. Es gibt aber auch die Taipeh-Fluginformationszone, der Flughafen Taoyuan bei Taipeh ist ein großer internationaler Flughafen, auf dem jährlich Millionen Fluggäste aus aller Welt abgefertigt werden. Und diese Fluginformationszone grenzt an die Shanghai-Fluginformationszone. Es gehört zu den ICAO-Regeln, dass im Falle solcher angrenzender Flugzonen keine neuen Flugrouten ohne vorherige Abstimmung eingerichtet werden dürfen. Als vor drei Jahren die neue Flugroute M 503 von Norden nach Süden entlang der Taiwanstraße eingerichtet wurde, hatten die Chinesen darüber mit der früheren Kuomintang-Regierung Taiwans auch verhandelt.

> Einseitig und ohne Absprache hat China vier Flugrouten über der Taiwanstraße neu eröffnet

PAZ: *Zwischen der Hauptinsel Taiwans und den noch zu Taiwan gehörenden kleinen Inselgruppen Kinmen und Matsu direkt vor der chinesischen Festlandküste gibt es seit jeher eine taiwanische Flugroute quer über die Taiwanstraße. Hier ist eine nötige flugtechnische Abstimmung angesichts der sich kreuzenden Flugrouten besonders evident.*



In der Berliner Taipeh-Vertretung: Taiwans Repräsentant Professor Jhy-Wey Shieh *Bild: Leh*

Jhy-Wey Shieh: Wir haben nicht gesagt, dass das rein technisch nicht geht, aber es muss mit uns vereinbart werden. Eine weitere Route in der Süd-Nord-Richtung bedeutet dabei aber auch ein erhöhtes und unserer Meinung nach unnötiges Sicherheitsrisiko.

PAZ: *Die offizielle Begründung der Chinesen für die neuen zusätzlichen Flugrouten lautet, sie hätten ein vermehrtes Passagieraufkommen und bräuchten Ausweichstrecken.*

Jhy-Wey Shieh: Ja, das ist allerdings unserer Ansicht nach tatsächlich nicht der Fall und nicht glaubwürdig.

PAZ: *Es besteht der Eindruck, dass mit der einseitigen und rigiden Vorgehensweise Pekings die gegenwärtige Regierung in Taiwan, die chinakritischer ist als die Vorgängerregierung von der Kuomintang, abgestraft werden soll.*

Jhy-Wey Shieh: Das Ergebnis der letzten demokratischen Wahlen in Taiwan hat Peking nicht gefallen. Sozusagen vom ersten Tag des Regierungswechsels an sollte Taiwan dafür bestraft werden. Peking hat unter anderem die Zahl chinesischer Touristen, die Taiwan besuchen dürfen, um über die Hälfte gedrosselt. Selbst der Tourismus wird als Erpressungsmittel benutzt. Auch sonst wurden alle Register gezogen, um Taiwan weiter international zu isolieren, etwa durch weitere Ausgrenzung bei internationalen Organisationen. Die Salami-Taktik praktiziert China im Grunde allerdings auch schon länger.

PAZ: *Präsidentin Tsai Ing-wen wies Anfang Januar auch auf die zunehmende militärische Bedrohung durch China hin. Das Verteidigungsministerium in Taipeh hat erklärt, es würden „angemessene Maßnahmen" ergriffen, um chinesische Flugzeuge, welche die Mittellinie der Taiwanstraße unbefugt überqueren, zu warnen, abzufangen und zum Rückzug zu zwingen.*

Jhy-Wey Shieh: Peking schickt inzwischen gewissermaßen tagtäglich Kampfflugzeuge in Richtung Taiwan, und auch mit seinem Flugzeugträger „Liaoning" samt begleitenden Zerstörern und U-Booten wird Taiwan umkreist. Außerdem sind seit Langem auf dem chinesischen Festland uns gegenüber rund 1500 Raketen stationiert.

PAZ: *Was passiert, wenn sich chinesische Kampfflugzeuge der Mittellinie über der Taiwanstraße zu weit nähern?*

Jhy-Wey Shieh: Die Mittellinie wurde in den 50er Jahren von den Amerikanern markiert, damit weder China noch Tschiang Kai-schek oder dessen Sohn auf die dumme Idee kommen sollten, die jeweils andere Seite anzugreifen. Die Linie wurde bis heute respektiert und jeder weiß, eine Überschreitung würde Alarm bedeuten. Die Chinesen versuchen aber bei sogenannten Manövern im Grunde abzutasten, wie weit sie gehen können, und nähern sich der Mittellinie immer wieder mit Kampfflugzeugen. Wenn sie kurz vor ihr sind – das sind meistens ungefähr zehn Kilometer vor der Linie – sind wir gezwungen, auch unsere Kampfflugzeuge in Richtung Mitte der Taiwanstraße aufsteigen zu lassen. Unsere Piloten sprechen dann gegenüber den Chinesen die Warnung aus – und wir sprechen ja beide Chinesisch –: „Hallo, liebe Freunde, ihr seid zu nahe an die Mittellinie geflogen". Sie drehen dann wieder ab.

PAZ: *Nähern sich chinesische Kampfflieger vermehrt der Mittellinie?*

Jhy-Wey Shieh: Nicht nur das. Vor etwa einem Monat passierte es, dass sich wieder einmal ein chinesischer Kampfflieger der Linie näherte. Wie üblich startete daraufhin eine unserer Maschinen. Unser Pilot erklärte auch wieder: „Ihr seid zu nahe, dreht um." Dieses Mal erklärte der Chinese jedoch zum ersten Mal, angeblich sei unser Pilot zu nahe geflogen und wenn dieser nicht umkehrte, sei er verantwortlich für das, was dann passieren könnte. Was darauf unser Pilot wiederum geantwortet hat, wurde nicht bekannt gegeben. Der Verteidigungsminister Taiwans war zu dieser Zeit im Parlament, und er erklärte nur, es gebe keinen Grund zur Panik. Man fragt sich allerdings inzwischen, ob die Chinesen mit solchen Provokationen bewusst in Kauf nehmen, dass etwas passiert und sie so vielleicht einen Vorwand suchen, um kriegerische Aktionen zu starten. Es ist fast wie russisches Roulette, was die Chinesen da spielen.

PAZ: *China lässt ja auch weiter im Norden und Süden militärisch die Muskeln spielen.*

Jhy-Wey Shieh: Ja, auch die Japaner und weitere Staaten sind davon betroffen. Jeder in der Region weiß, dass es mit dem Aufstieg Chinas mit der Sicherheit in der Region bergab ging. Im Südchinesischen Meer haben die Chinesen auch noch eine künstliche Insel gebaut, auf der Kampfflugzeuge landen können und ihr Flugzeugträger anlegen kann.

PAZ: *Wie nahe kommt der Flugzeugträger – inzwischen haben die Chinesen ja schon zwei – der Küste Taiwans?*

Jhy-Wey Shieh: In der Taiwanstraße manchmal weniger als zehn Kilometer westlich der Mittellinie. Ja, inzwischen haben sie auch schon einen zweiten Flugzeugträger "Made in China". Den ersten hatten sie ja in der Ukraine gekauft und dann umgebaut und bewaffnet. Sie fahren mit ihm und Begleitschiffen sowie Flugzeugen um Taiwan herum und halten in unserer Nähe Manöver ab. Das ist wie wenn eine fremde Macht mit Flugzeugträgern, Zerstörern und Kampfflugzeugen ständig Übungen vor Sylt oder Rügen abhielte. Der Flugzeugträger „Liaoning" – er ist nach dieser nordöstlichen Provinz Chinas benannt – war zum Beispiel 2017 am 11. Januar, am 1. Juli und 12. Juli sowie am 4. Januar dieses Jahres vor unserer Küste. Sie haben auch schon von ihren Kampfflugzeugen aus geschossene Fotos in China veröffentlicht, auf denen im Hintergrund der höchste Berg Taiwans, der Jadeberg, zu sehen war. Indirekt sollte das wohl bedeuten: Wenn wir wollten, hätten wir das Foto auch von oben und nicht nur von der Seite aus machen können.

PAZ: *Wie reagiert die Bevölkerung Taiwans auf die fortgesetzte Bedrohung? In diesem Jahr werden wieder Wahlen in Taiwan stattfinden, und früher schon versuchte Peking, mit militärischer Bedrohung die Taiwanesen zu beeinflussen. Früher hatte das keinen Erfolg, heute aber wird China immer stärker. Rückt die Bevölkerung unter dem Druck näher zusammen, oder bewirkt Peking inzwischen mehr eine Spaltung, was ja wahrscheinlich auch ein Ziel dieser Politik ist?*

Jhy-Wey Shieh: Sie treiben tatsächlich einen Keil zwischen die zwei traditionellen politischen Lager in Taiwan, das ist ihnen teilweise gelungen, das muss man leider sagen.

> Die Chinesen halten inzwischen ihr System dem des Westens für überlegen

PAZ: *Ein schärferes Vorgehen Pekings ist auch in Hongkong spürbar. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" hieß es: „Die Schlinge in Hongkong zieht sich zu." Kann man ähnlich auch für Taiwan sagen: Die Schlinge wird enger?*

Jhy-Wey Shieh: Ja, die Schlinge wird enger. Die Chinesen sind außerordentlich selbstbewusst geworden. Sie denken inzwischen, die freiheitlichen Ordnungen des Westens hätten sich als ineffizient erwiesen und ihr System sei überlegen.

PAZ: *Der taiwanische Bürgerrechtler Lee Ming-che wurde in China im letzten November zu einer fünfjährigen Haft verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, für ein Mehrparteiensystem geworben zu haben. Mit dem harten Urteil sollte wohl auch ein Exempel statuiert werden. Haben Sie die Hoffnung, dass es gelingt, ihn einmal vorzeitig aus der Haft freizubekommen?*

Jhy-Wey Shieh: Wie ich die Kommunisten kenne, käme er wohl nur dann früher frei, wenn wir einen Kotau vor ihnen machten. Es ist zu fordern, dass man wenigstens seiner tapferen Frau gestattet, ihn im Gefängnis zu besuchen.

Halbstarke, die auf Kraftmeier machen

Links-grüne Jungpolitiker wie Kevin Kühnert inszenieren sich zu Unrecht als Opfer der etablierten Mächtigen

Aufruhr im links-grünen Kinderzimmer: Eine neue Politikergeneration mit Vertretern wie Juso-Chef Kevin Kühnert, Grüne-Jugend-Sprecherin Ricarda Lang oder Sarah Lambert von der Linksjugend drängen an die Macht. Ein Sozialwissenschaftler nennt sie „früh gealterte Junge“, sowie durch und durch angepasst. Was ebenfalls auffällt: Die Entscheider von morgen scheinen ebenso weltfremd wie ahnungslos.



Kein Sebastian Kurz und nur „ästethisches“ Rebellentum: „Wer Kevin Kühnert in eine Zeitmaschine setzt und 40 Jahre später die Tür öffnet, sieht sich Martin Schulz gegenüber“ Bild: Imago

Man muss Martin Schulz (62) nicht mögen – und seine politischen Ziele ebenso wenig. Sympathischer wird er einem allerdings bei der Vorstellung, dass da ein aufstrebender 28-Jähriger ist, der genau Gleiches im Sinn hat – nur alles ein bisschen zugespitzter: Noch mehr Brüssel als Schulz will der junge Herr und noch weniger Berlin. Die EU braucht mehr Umverteilung von den reichen Ländern zu den armen, und in Sachen „Flüchtlinge“ darf es keine Kompromisse geben. Wenn Städte und Gemeinden ein Ende ihrer Integrationsfähigkeit kommen sehen, müssten sie eben einfach „mehr Geld in die Hand nehmen“. Eine Obergrenze käme für ihn nicht in Frage, hat er gerade in einem Interview erklärt.

Die Rede ist natürlich von Kevin Kühnert. Der Vorsitzende der Jusos gilt derzeit als Hoffnungsträger der Sozialdemokratie, als jugendlicher Held, als bewunderter Groko-Rebell („Bild“), als deutscher Sebastian Kurz. Für den österreichischen Sozialwissenschaftler Bernhard Heinzlmeier vom Wiener Institut für Jugendkulturforschung zählt er dagegen zu den „früh gealterten Jungen“. Diese Leute hätten die gesamte Parteienkultur absorbiert und nichts anderes im Sinn, als dort Karriere zu machen. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk erklärte er: „Ich würde sagen, wenn man den Kevin Kühnert in eine Zeitmaschine setzt und nach 40 Jahren die Tür öffnet, würde einem Martin Schulz entgegenkommen.“

Sein Urteil über den Juso-Chef und andere Politiker seiner Generation fällt vernichtend aus: Noch nie seien Jungpolitiker so angepasst gewesen. Ihr Rebellentum sei nur ein vordergründiges und ästhetisches. In Wirklichkeit seien sie „gut integriert, konform, und

Ab mit den greisen 50-Jährigen in die Seniorenresidenz

konformistisch“. Ehrgeizig sind sie natürlich auch. Die Halbstarken markieren derzeit die Kraftmeier. Es gilt die greisen 50- bis 60-Jährigen in die nächste Seniorenresidenz zu verfrachten. Also haben die links-grünen Polit-Prinzen und -Prinzessinnen in ihren Marken-Sneakers eine Debatte losgetreten. Unter dem Hashtag, dem Internet-Schlagwort, „#diesejungenleute“, berichten sie empört über die Ungerechtigkeiten, die ihnen im Politikalltag widerfahren: Kevin Kühnert kritisiert, dass er für die „Bild“ das „SPD-Milchgesicht“ sei und dass die ZDF-Talkerin Maybrit Illner seinen Namen in ihrer Sendung mehrmals zu Kleinert verniedlicht habe. Empört meldete sich auch Sarah Rambatz zu Wort. Die Bundessprecherin der Linksjugend Solid, der Jugendorganisation der Partei „Die Linke“ tadelte ihre Genossen. Man halte sie für politisch unerfahren, obwohl sie doch bereits Nazi-Aufmärsche blockiert, Unterschriften gesammelt, Demonstrationen angemeldet und den Veganismus für sich entdeckt habe. Ach ja, im vergangenen Jahr sorgte die – Überraschung! – Politologie-Studentin für einen mittelschweren Eklat, als sie auf Facebook um „antideutsche Filmempfehlungen“ bat, und zwar „grundsätzlich alles, wo Deutsche sterben“. Sarah Lambatz musste ihren Listenplatz in Hamburg als Kandidatin für die Bundestagswahl räumen. Sie gab zu, sich eine „dumme, unbedachte Aktion“ geleistet zu haben. Sie hätten auch schreiben können, wie unreif und infantil ihr Verhalten gewesen sei: Ein böses, kleines Mädchen, das

Naziaufmärsche blockiert und den Veganismus entdeckt

kaputtmacht, was seinen Zerstörungsdrang weckt. Kinder können grausam sein.

Die Polit-Backfische werden möglicherweise als Milchgesichter, als unerfahren und unreif bezeichnet, weil sie es tatsächlich sind. Eventuell fallen die jugendlichen Kopien der Altvorderen aber auch einfach nur noch ärmlicher aus als die Originale. Da ist zum Beispiel Ricarda Lang (24). Die Jurastudentin und Bundessprecherin der Grünen Jugend kennt das dickste Problem des Landes ziemlich genau. Sie selbst hat es. Während ihre Altersgenossinnen in einem Land zurechtkommen müssen, wo zu Silvester Vergewaltigungs-Schutzzonen eingerichtet werden oder die Frankfurter Goethe-Universität Studentinnen nahelegt, in der Dämmerung nur noch gruppenweise unterwegs zu sein, veröffentlicht die vollschlanke Frau einen wütenden Artikel im „Spiegel“-Jugendmagazin „Bento“ über die Ungerechtigkeit, dass im Internet immer wieder auf höchst unfeine Art ihre mollige Figur kommentiert werde.

Andere verlassen gar nicht erst die Kinderzimmer in ihren Köpfen. Schließlich lassen sich die Probleme dieser Welt dort so spielerisch sicher lösen wie die Kriminalfälle der „Drei Fragezeichen“. Annalena Baerbock, neben Robert Habeck seit Kurzem Vorsitzende der Grünen und mit 37 Jahren dem taufrischen Jungpolitikerdasein noch nicht allzu lange entwachsen, hat sich ihre kindliche Naivität jedenfalls erhalten. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk erklärte die Frau, die von der Moderatorin als Energieexpertin vorgestellt wird, eines der größten Probleme der Energiewende kurzerhand für gelöst. Gefragt, was zu tun sei, wenn an grauen und windstillen Tagen, weder Solaranlagen noch Windräder Strom liefern, antwortet sie: „Deswegen haben wir Speicher. Deswegen fungiert das Netz als Speicher. Und das ist alles ausgerechnet.“

Nicht nur Elektrikern dürfte klar sein, dass Netze zwar den Strom leiten, ihn aber nicht speichern. Möglicherweise ist Annalena Baerbock nach ihrer Äußerung der entgeisterte Blick der Interviewerin aufgefallen. Mit schmollendem Unterton sagte sie daraufhin: „Ich habe irgendwie keine wirkliche Lust, mir sagen zu lassen, das kann nicht funktionieren.“ *Frank Horns*

MELDUNGEN

Mehr Kleine Waffenscheine

Berlin – Ende vergangenen Jahres waren 557 560 sogenannte Kleine Waffenscheine für Schreckschusspistolen sowie Pfefferspray- und Reizgaswaffen registriert. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hervor. Knapp zwei Jahre zuvor, im Januar 2016, waren es nur 300 949, sprich 46 Prozent weniger, gewesen. Die grüne Innenexpertin Irene Mihalic, welche die Anfrage gestellt hatte, beklagte den „zunehmenden Bewaffnungsgrad der Gesellschaft“, da er die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit „massiv erschwert“. Auch der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht von der CDU, zeigte sich besorgt angesichts dieser Entwicklung. *M.R.*

100 Übergriffe auf Christen

Wiesbaden – Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im vergangenen Jahr fast 100 Übergriffe auf christliche Ziele in Deutschland gezählt. In rund jedem vierten Fall wurden Kirchen und christliche Symbole angegriffen. Zu den Übergriffen zählen aber auch neun Körperverletzungen, eine Brandstiftung und ein Mord. In mindestens 14 Fällen handelte es sich um „christenfeindliche Straftaten“ zwischen Asylsuchern. Der Innenpolitiker und Justitiar der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Ansgar Heveling, fordert vor dem Hintergrund dieser Zahlen, dass beim Vorliegen von Strafbarkeitslücken diese „jetzt genauso geschlossen werden, wie es derzeit bei antisemitischen Angriffen zu Recht angepackt wird“. Vergleichszahlen für die Jahre davor liegen nicht vor, da derartige Verbrechen erst seit 2017 vom BKA gesondert erfasst werden. *M.R.*

Streit um Bevorzugung

Stuttgart: Zugewiesene Asylsucher müssen nicht auf Wohnung warten

Die Einwanderungskrise hat den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt der deutschen Großstädte erreicht. In der baden-württembergischen Landeshauptstadt gibt es nun richtig Ärger. Während Bedürftige mindestens drei Jahre auf eine Sozialwohnung warten müssen, gibt es für Asylsucher keine Warteliste. Sie werden bevorzugt behandelt.

Stuttgarts Finanzbürgermeister Michael Föll (CDU) verteidigte gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ die diese Vorgehensweise der Verwaltung: Man sei zwar in erster Linie den Bürgern der Landeshauptstadt verpflichtet, nicht anderen Bürgern. „Eine Befreiung von der Wartezeit gibt es bei einer Zuweisung nach Stuttgart“, erklärt er die bevorzugte Behandlung von jenen, die von den Behörden als Flüchtlinge eingestuft werden. „In einem solchen Fall wurde der Wohnort ja nicht freiwillig gewählt.“ Eine weitere Ausnahme kann bislang nur gemacht werden, wenn der Suchende in der Stadt arbeitet.

Bürgermeister Föll geht davon aus, dass die Zahl der Haushalte, die nach einer Sozialwohnung suchen, noch ansteigen wird. „Die Vormerkdatei wird 2018 mutmaßlich um weitere 500 Haushalte anwachsen.“ Man müsse zudem davon ausgehen, dass die Zuwanderer, die derzeit in Gemeinschaftsunterkünften leben, in den kommenden Jahren auf dem Wohnungsmarkt aktiv werden. Der Stuttgarter Kommunalpolitiker warnte in diesem Zusammenhang vor der Gefahr sozialer Spannungen und berichtet vom Austausch mit Kollegen. „Wir sind nicht die einzige Stadt, die betroffen ist.“



Heiß begehrt: Günstiger Wohnraum Bild: Imago

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer von den Grünen, der in der Vergangenheit zunehmend mit zuwanderungskritischen Äußerungen aufgefallen ist, nimmt die sich bildende Große Koalition in die Pflicht. Er fordert eine Mietpreisregelung und gerechte Verteilung von Sozialwohnungen: „Wer eine Million Flüchtlinge ins Land lässt, die fast alle eine Wohnung aus Steuermitteln benötigen, der muss wirksam gegen den Anstieg der Mietpreise vorgehen. Unbezahlbare Wohnungen sind sozialer Sprengstoff. Die Lunte brennt, sie muss gekappt werden“, sagte er gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ und warnt: „Wenn sich in einer Stadt wie Tübingen die Krankenschwester oder der Polizeibeamte keine Wohnung mehr leisten kann, dann gefährdet das den Zusammenhalt der Gesellschaft.“

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat die Einigung von Union und SPD, die Aussetzung des Familiennachzuges für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus bis Juli 2018 zu verlängern, unterdessen begrüßt. Städte und Gemeinden dürften bei der Integration der Flüchtlinge nicht überfordert werden. „Der sich abzeichnende Kompromiss von 1000 Nachzügen pro Monat erscheint aus unserer Sicht vertretbar“, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der Funke Mediengruppe. *Peter Entinger*

Ein bisschen wie in Israel

Jugendliche muslimische Messerstecher nun auch in Deutschland

Wer bislang geglaubt hatte, die Messerintifada würde seit mehr als einem Jahr nur im Westjordanland stattfinden, weil sich dort fast täglich jugendliche Palästinenser gegen die israelische Besatzung auflehnen, wird jetzt eines Besseren belehrt. Auch in Deutschland sind jugendliche Messerstecher aus islamischen Ländern, die erst vor Kurzem als angebliche Flüchtlinge zu uns gekommen sind, im Wochenrhythmus unterwegs. Während die Palästinenser die Messerattacken als „Protest gegen den Landraub der Israelis“ geltend machen, sind sie in Deutschland ein Protest gegen die Freiheit der Alteinwohner, in ihrem eigenen Land zu leben, wie sie wollen. Offenbar erscheint die Lebensweise der Einheimischen vielen jugendlichen islamischen Asylsuchern als eine Bedrohung, gegen die sie sich mit Messern wehren wollen.

Nach einer Reihe von Auseinandersetzungen, bei denen jugendliche syrische Asylsucher in der Stadt Cottbus gegen Alteingesessene mit Messern vorgingen, wird die Stadt, deren Ausländeranteil in nur zwei Jahren von vier auf neun Prozent in die Höhe geschnellt ist, jetzt zunächst keine weiteren Asylsucher mehr aufnehmen. Dies teilte das Brandenburger Innenministerium mit. Zwei 15 und 16 Jahre alte Syrer hatten nach einem Streit unter Jugendlichen einen 16-jährigen Deutschen mit einem Messer im Gesicht schwer verletzt. Beide wurden gefasst und in Untersuchungshaft genommen. Wenige Tage zuvor hatten drei junge syrische Flüchtlinge von angeblich 14, 15 und 17 Jahren auf ein Ehepaar eingestochen, weil dieses ihnen am Eingang eines Einkaufszentrums nicht den Vortritt überlassen wollte.

Opfergruppen und Tatmotive sind in Deutschland andere

Die Serie von Messerstechereien als Folge der Zuwanderung in Cottbus hat die Bürger in der Stadt aufgebracht, die Stimmung ist aufgeheizt. Der Zuzugsstopp, der im Vorfeld zwei Mal abgelehnt worden war, war wohl eine Folge dieser Bürgerproteste. Wie lang er gelten soll, ist unklar. Aus dem Ministerium verlautete: „Bis auf Weiteres.“ Aus der Zentralen Aufnahmestelle des Landes in Eisenhüttenstadt würden keine neuen Asylsucher mehr in die südbrandenburgische Stadt geschickt, teilte Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) dem Bürgermeister von Cottbus mit.

In Cottbus stellen Syrer mit 3400 die mit Abstand größte Ausländergruppe unter den inzwischen 8000 Ausländern. Viele von ihnen sind aus den umliegenden ländlichen Gebieten in die Stadt zugezogen und haben den Ausländeranteil in die Höhe schnellen lassen. Ähnliche Phänomene gab es bereits in anderen westdeutschen Städten wie Salzgitter, Delmenhorst, Wilhelmshaven. Dort allerdings wurde dem Antrag auf Zuzugssperren für Asylsucher bereits beim ersten Mal stattgegeben. Ob sich die Messerstecher von Zuzugssperren abschrecken lassen, wenn schon mehr Polizeistreifen nichts nutzen, bleibt fraglich.

In Israel übrigens sind gerade Polizisten und Soldaten die Hauptziele von Messerstechern. Lediglich die Tatsache, dass dort Polizei und Militär in der Regel bewaffnet und schneller sind bei der Abwehr von Messerattacken, hat dort zu einem Rückgang geführt. Wenige Kilometer hinter Cottbus beginnen Polen und Tschechien. Beide Länder weigern sich, Asylsucher, die ihnen die EU aufdrücken will, weil Angela Merkel vor zwei Jahren die Schleusen aufgemacht hat, aufzunehmen. *Bodo Bost*

Warum gerade Usbekistan?

Was das zentralasiatische Land zur Brutstätte des Terrors macht

Vier der folgenschwersten Anschläge des vergangenen Jahres wurden von usbekischen Moslems verübt. Ebenso kämpfen zahlreiche junge Männer aus Usbekistan in den Reihen des Islamischen Staates (IS) und ähnlicher Gruppierungen. Das wirft die Frage auf, wieso gerade das zentralasiatische Land zwischen Aralsee und dem Hochgebirge Tienschan eine derartige Brutstätte des Terrors ist.

In der Nacht zum 1. Januar 2017 erschoss Abdulkadir Mascharipow 39 Gäste des Istanbuler Nachtclubs „Reina“. Dem folgten am 3. und 7. April ein Anschlag auf die U-Bahn in Sankt Petersburg mit 14 Toten und die Lkw-Amokfahrt im Zentrum von Stockholm, die fünf Opfer forderte. Die Täter hier: Akbarschon Dschalilow und Rachmat Akilow. Außerdem ermordete Sajfulla Saipow am 31. Oktober 2017 in New York noch weitere acht Menschen mit einem Kraftfahrzeug. Alle diese Täter gehören dem Volk der Usbeken an.

In der ehemaligen mittelasiatischen Sowjetrepublik bekennen sich heute rund 90 Prozent der knapp 32 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung zum Islam – und etwa jeder zehnte Bewohner des Landes gilt als radikaler Moslem. Die Ursache hierfür liegt in dem Wertevakuum und der daraus resultierenden religiösen Renaissance nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR im Jahre 1991. Hierdurch entstanden nicht nur zahlreiche neue Moscheen und Koranschulen.

Tummelplatz von fünf islamischen Terrororganisationen

Vielmehr wurde Usbekistan, das ein Drittel größer als Deutschland ist, auch zu einem Tummelplatz für fünf islamische Terrororganisationen, nämlich al-Kaida, Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung), Akramiya (benannt nach dem Moslem Akram Juldaschew), Ozbekiston Islomiy Harakati (Islamische Bewegung Usbekistan, IBU) und Ittihad al-Jihad al-Islami (Islamische Dschihad-Union). Diese Gruppierungen, allen voran die IBU, verübten zahlreiche Anschläge im Lande, so beispielsweise im Februar 1999 sowie März, April und Juli 2004 gegen westliche Botschaften und andere Ziele in der Hauptstadt Taschkent. Und im Jahre 2000 marschierten sogar Kampfeinheiten der IBU bis auf 60 Kilometer an Taschkent heran.

Ziel der Aktionen war eine Destabilisierung Usbekistans, dessen säkulare Staatsführung eng mit den USA und der NATO kooperierte und nach dem 11. September 2001 auch Luftwaffenstützpunkte für Angriffsoperationen gegen die Taliban in Afghanistan zur Verfügung stellte. Deshalb ging die Regierung in Taschkent zunehmend härter gegen die radikalen Moslems vor.

Diese zettelten daraufhin 2005 einen regelrechten Aufstand im Ferghanatal an der Grenze zu Kirgisistan an. Dessen kompromisslose Niederschlagung durch usbekisches Militär forderte mehrere hundert Opfer und trug sehr zur weiteren Radikalisierung der muslimischen Bevölkerung bei. Letzteres galt freilich auch für das Wirken der zahlreichen Prediger, die aus Saudi-Arabien in die zentralasiatische Republik strömten und im Solde der Herrschenden in Riad standen. Durchaus zutreffend konstatierte der usbekische Präsident Islom Karimow durchaus zutreffend, sein Land werde nun vom „Gespenst des Wahhabismus“ bedroht.

Und dann fasste in letzter Zeit auch noch der IS in Usbekistan Fuß. Verantwortlich hierfür war vor allem der Bedeutungsschwund der IBU, die aufgrund des Verfolgungsdruckes nach Afghanistan und Pakistan ausweichen musste. Darüber hinaus besitzt der IS wegen seiner größeren Ressourcen und bisherigen Erfolge im Dschihad jetzt einfach die größere Anziehungskraft.

Wolfgang Kaufmann



Islamischer Terror: Sajfulla Saipow raste am 31. Oktober 2017 in New York mit einem Lkw in eine Menschenmenge Bild: pa

Hervorragende internationale Vernetzung

Die usbekische Szene der radikalen Moslems ist hervorragend international vernetzt – kein Wunder angesichts der mittlerweile 30 Millionen Usbeken, die es in den letzten 100 Jahren über die ganze Welt verstreut hat, und den ausländischen Wurzeln der meisten usbekischen Terrororganisationen. Beispielsweise wurde die Islamische Bewegung Usbekistan (IBU) 1998 in Afghanistan gegründet, wo sie zunächst auf Seiten der Taliban kämpfte und die Protektion von deren Chef Mullah Omar genoss.

Mittlerweile kooperieren die Dschihadisten in der zentralasiatischen Republik jedoch vor allem mit dem Islamischen Staat (IS). Der nutzt Usbekistan als Rekrutierungsgebiet für Kämpfer, die dann im Irak und Syrien zum Einsatz kommen. Nach Angaben der International Crisis Group (ICG) sollen in den letzten Jahren bis zu 4000 Usbeken den IS-Truppen beigetreten sein. Die wenigsten von ihnen stiegen aber in höhere Führungsränge auf. Nichtsdestotrotz schworen die IBU-Chefs Sheikh Muhammad

Weg von den Taliban, hin zum IS

Ali und Usman Ghazi dem „Kalifen“ und Führer des IS Abu Bakr al-Baghdadi im Sommer 2015 die Treue. Dadurch wurde Usbekistan aus Sicht der Dschihadisten formell Teil des Wilayah Khorasan, also der „Provinz“ Khorasan des IS, die sich von Nordwestindien bis ins ehemalige Russisch-Turkestan erstreckt.

Gleichzeitig sorgte die Propaganda des IS für eine Radikalisierung vieler Usbeken im westlichen Ausland. Die Folge hiervon waren mehrere größere Anschläge im vergangenen Jahr durch bisher zumeist eher unauffällige Personen.

In seinem Bemühen, die radikal-islamische Bewegung in Zentralasien gleichzuschalten, fordert der IS zunehmend auch die Taliban heraus, die ihrerseits nicht vor Gewalt gegen die usbekischen Gefolgsleute von al-Baghdadi zurückschrecken. Hierdurch ist eine höchst unübersichtliche Situation in weiten Teilen Zentralasiens entstanden, die aber nichts an der Gefährlichkeit der radikalen Moslems aus Usbekistan ändert.

W.K.

Zeitzeugen

Bild: CF

Ata Abu Rashta – Seit 2003 steht der aus Palästina stammende Ingenieur an der Spitze der global vernetzten islamischen Organisation Hizb ut-Tahrir, die auch in Usbekistan höchst aktiv ist und dort zehntausende Mitglieder haben soll. Sie verfolgt das Ziel der Vereinigung aller sunnitischen Muslime in einem weltweiten Kalifat. In Deutschland wurde die Hizb ut-Tahrir 2003 per Verfügung des Bundesministeriums des Innern verboten.

Dshumabai Chodshijew alias Juma Namangani – Der usbekische Islamist gründete gemeinsam mit dem Mullah Tachir Juldaschew 1998 die Islamische Bewegung Usbekistan. Er starb 2001 bei einem Luftangriff in Afghanistan. Seine näheren Todesumstände sind bis heute ungeklärt.



Bild: José Cruz ABr

Islom Karimow – Seit 1991 fungierte der „Falke“ als Präsident von Usbekistan. Kritikern zufolge kam es unter seiner Herrschaft bei der Bekämpfung des islamischen Terrorismus zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Die Anhänger Karimows wiederum beklagen, dass dessen Tod 2016 zu einem Machtverlust der säkularen Kräfte im Lande geführt habe, was dem Islamischen Staat und anderen Dschihadistengruppen in die Hände spiele.

Abduwali Qori Mirsajew – Der Geistliche aus der ostusbekischen Stadt Andischan gilt als der wichtigste islamische Theologe und Ideologe Zentralasiens. Er „verschwand“ 1995 unter ungeklärten Umständen im Bereich des Taschkenter Flughafens. Hierdurch konnte die Islamische Bewegung Usbekistan einen Kult um den „Märtyrer“ Mirsajew begründen und dessen Schriften für ihre Zwecke instrumentalisieren.



Bild: Screenshot YouTube

Ingeborg Baldauf – Aus der Sicht der Professorin für Sprachen und Kulturen Mittelasiens an der Humboldt-Universität zu Berlin ist es „naiv anzunehmen, dass die Politik Usbekistans individuelle Radikalisierung … unmittelbar begünstigt oder hervorgebracht habe“, wie man vielfach in den Medien lesen könne. Schließlich seien die usbekischen Attentäter der letzten Zeit doch erst während ihres Aufenthaltes im Ausland unter dem Eindruck der Propaganda des Islamischen Staates zu Terroristen geworden.

Auch in Deutschland aktiv

Terrororganisationen rekrutieren vor allem Salafisten

Usbekische Terrororganisationen mit islamischem Hintergrund sind auch in der Bundesrepublik Deutschland aktiv und rekrutieren hierzulande vor allem Angehörige der salafistischen Szene. So dienten die deutsch-marokkanischen Brüder Yassin und Mounir Chouka alias Abu Ibrahim und Abu Adam al-Almani aus Bonn als mediale Aushängeschilder der Islamischen Bewegung Usbekistan (IBU). Sie posierten für diese in Propagandavideos und riefen dabei unter anderem zur Tötung von Mitgliedern der „islamfeindlichen“ Bürgerbewegung „pro Nordrhein-Westfalen“ auf. Damit beeinflussten sie auch den Konvertiten Marco René Gäbel, der 2012 einen Sprengsatz auf dem Bonner Hauptbahnhof deponierte und später mit seinen Komplizen Enea Buzo, Koray Durmaz und Tayfun Sevim den pro NRW-Vorsitzenden Markus Beisicht ermorden wollte.

Gleichfalls aus der Bundesstadt kam Bekkay Harrach alias Abu Talha al-Almani. Dieser Terrorist stand sowohl der al-Kaida als auch der IBU nahe und forderte Deutschland 2009 in ultimativer

Arbeitet Taschkent auch mit Agent Provocateurs?

Weise auf, sein Militär aus Afghanistan abzuziehen.

Ein weiteres prominentes Mitglied der IBU mit deutschem Pass war der türkischstämmige Bünyamin Erdogan alias Imran al-Almani, dessen Tod Ende 2010 Schlagzeilen machte, weil der Terrorist während seines Aufenthaltes in Pakistan durch eine US-Drohne eliminiert wurde, was Kritikern solcher Einsätze als „völkerrechtswidrige Hinrichtung“ galt.

Unklar bleibt hingegen die Rolle der Islamischen Dschihad-Union (IJU), die sich zu den geplanten Anschlägen der „Sauerland-Gruppe“ (Fritz Gelowicz, Atilla Selek, Daniel Schneider und Adem Yilmaz) gegen US-Luftstützpunkte sowie den Flughafen in Frankfurt am Main bekannte und die vier Männer in einem Lager in Waziristan ausgebildet haben soll. Wenn man den Angaben des Insiders Ikrom Jakubow Glauben schenken kann, ist die IJU ein Kind des usbekischen Geheimdienstes SNB, der versucht, die Terrorgefahr im Lande noch zusätzlich zu erhöhen, um der Regierung in Taschkent Vorwände für Repressionen gegen Oppositionelle zu liefern.

W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Die »Berliner Tafel« wird 25

Viele kommen ohne sie nicht mehr aus – Der Ton ist durch die Asylflut »rauer« geworden



Wird der Anteil der Asylsucher verschleiert? Essensausgabe an einer Berliner Tafel

Bild: pa

In Berlin fing es an, im Februar 1993. Mittlerweile zählt Deutschland fast 1000 Tafeln, wo Bedürftige mit Lebensmitteln versorgt werden. Über den steigenden Anteil der Asylsucher schweigt man an der Spree aber lieber. Soll etwas verschleiert werden?

Im Januar machte die Berliner Tafel auf der Grünen Woche wieder einmal von sich reden. Ihre Helfer sammelten zwölf Tonnen Lebensmittel ein, um sie an Obdachloseneinrichtungen, an die Stadt- und die Bahnhofsmissionen zu verteilen. Vor 25 Jahren gründeten die Sozialarbeiterin Sabine Werth und einige Mitstreiterinnen den Verein Berliner Tafel – ein Anlass, um Bilanz zu ziehen.

Was im Februar 1993 in Berlin mit einer Initiative nach New Yorker Vorbild ins Werk gesetzt wurde, fand rasch ein breites Echo. Nach wenigen Jahren hatten sich die Tafeln in Deutschland zu einem festen Bestandteil bürgerlichen Engagements bei der Armenunterstützung entwickelt und etabliert.

Das Konzept ist einfach, erfordert in Großstädten aber eine ausgeklügelte Logistik. Überschüssige Lebensmittel und Spenden werden bei Supermärkten und im übrigen Einzelhandel eingesammelt und in den Ausgabestellen der Tafeln kostenfrei oder gegen einen symbolischen Betrag an Bedürftige abgegeben. Vorwiegend sind es leicht verderbliche Waren, welche die Geschäfte rechtzeitig loswerden wollen.

Generell basiert der Dienst der Tafeln auf Spenden und ehrenamtlicher Tätigkeit. Die Berliner Tafel hat außerdem 14 festangestellte Mitarbeiter. Landesweit betreiben heute 60 000 ehrenamtliche Mitarbeiter 934 Tafeln. Auch in einigen anderen europäischen Ländern sind vergleichbare Initiativen entstanden.

Nach Auskunft des Bundesverbandes Deutsche Tafeln verschaffen die Einrichtungen durch ihre Arbeit insgesamt 1,5 Millionen Armen einen unverzichtbaren finanziellen Spielraum, um bei den Lebenshaltungskosten zu sparen. Vorausgegangen ist in allen Fällen eine Bedürftigkeitsprüfung.

Die Tafel-Kunden sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener, zunehmend aber auch Rentner und Asylsucher. Einige Tafeln bieten inzwischen sogar Deutschkurse und Beratung für Asylsucher an. Flächendeckend verteilt die Berliner Tafel in ihren 45 „LAIB-und-SEELE"-Ausgabestellen Lebensmittel und gelegentlich Gebrauchsartikel. Manche Tafel-Mitarbeiter sind zugleich auch Kunden. Jeder Kunde ist berechtigt, einmal wöchentlich bei der Ausgabestelle, die seiner Postleitzahl zugeordnet ist, Lebensmittel abzuholen.

Dass die Nachfrage stetig steigt, sieht Sabine Werth, die langjährige ehrenamtliche Vorsitzende der Berliner Tafel, mit Sorge. Offensichtlich ist diese Entwicklung eine Folge der schleichend um sich greifenden Verarmung in der Hauptstadt. Berlin ist die Stadt mit dem bundesweit höchsten Anteil an Hartz-IV-Empfängern. 2015/16 musste zudem noch ein großer Zuzug von Asylsuchern geschultert werden. Kritiker wie der Sozialwissenschaftler Stefan Selke scheinen recht zu behalten mit ihrer Bewertung, dass die Tafeln und andere Lebensmittelangebote zunehmend die Grundversorgung der Armen übernehmen, die eigentlich dem Staat obliege.

> Zunehmend kommen auch Rentner, deren Geld nicht mehr reicht

Laut Auskunft des Bundesverbandes Deutsche Tafel verzeichneten die Tafeln von 2014 bis Frühjahr 2016 landesweit einen Rekordzuwachs an Kunden, in Nordrhein-Westfalen mancherorts bis zu 50 Prozent. Allgemein wurde dies vor allem auf einen hohen Anteil von Asylsuchern zurückgeführt.

Die Berliner und Brandenburger Tafeln hatten bis zum Frühjahr 2016 ebenfalls einen Zuwachs an Neukunden von einem Drittel (32,9 Prozent) zu stemmen. Es kam zu Engpässen bei der Lebensmittelausgabe. Seither sei der Ton unter den Kunden rauer geworden, meldete die „Welt". Ab Mitte 2016 war diese Entwicklung in Brandenburg wieder rückläufig.

Und in Berlin? Aus nicht nachvollziehbaren Gründen gibt die dortige Tafel keine detaillierten Zahlen zum Anteil der Asylsucher bekannt. Die auf ihrer Netzseite veröffentlichten „Jahresberichte" verraten hierüber nichts. Auskünfte wie „2017 kamen 27 bis 28 Prozent unserer Kunden aufgrund zu geringer Rente oder als Grundsicherungs-Empfänger zu uns, weil sie von ihrem Geld einfach nicht leben können" – so Geschäftsführerin Antje Trölsch in der „Berliner Zeitung" – vermitteln gar den Eindruck der Verschleierung. Der Berliner Verein teilt lediglich mit, dass in der Hauptstadt monatlich bis zu 50 000 bedürftige Menschen in die Ausgabestellen kämen. Zudem versorge die Tafel rund 300 soziale Einrichtungen wie die Bahnhofsmission am Zoo sowie Kinder- und Jugendzentren mit frischen Lebensmitteln, die vor Ort verarbeitet würden.

Vor diesem Hintergrund macht sich Skepsis breit angesichts der Tatsache, dass Werth seit 2010 in Interviews stets die Zahl von 125 000 Menschen nennt, die „inzwischen" durch die Berliner Tafel versorgt würden. *D. Jestrzemski*

Ausgerechnet Aldi

Von Theo Maass

Die für Wohnungsbau zuständige Berliner Senatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) ist eine Belastung für den rot-rot-grünen Senat. Die von ihr versprochenen „goldenen Berge" im Wohnungsbau erweisen sich als potemkinsche Dörfer. Die Zahl der versprochenen Neubauwohnungen liegt weit über dem, was tatsächlich fertiggestellt wird. Bei der Senatsklausur war eines der ganz wichtigen Themen der Wohnungsbau. Der freundliche Hinweis des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller (SPD), er habe Lompscher seine „Unterstützung" angeboten, kann auch als Drohung aufgefasst werden.

Ausgerechnet die bösen Kapitalisten in Gestalt des Discounters Aldi kommen nun der roten Senatorin zu Hilfe. Das Unternehmen will 2000 neue Wohnungen auf dem Grund und Boden seiner Filialen in Berlin bauen. Die meisten Märkte sind eingeschossige Gewerbebauten mit großen Parkplätzen. Über den – dann umgebauten – Filialen will Aldi mehrgeschossige Wohnhäuser errichten. In den beiden Problembezirken Lichtenberg und Neukölln sollen die ersten entstehen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Wegner verhöhnte deswegen den Senat: „Es ist bezeichnend, dass ein Lebensmitteldiscounter dem rot-rot-grünen Senat aus der Patsche helfen muss, weil dieser mit den eigenen großen Bauvorhaben nicht vorankommt." Der parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Abgeordnetenhaus, Frank C. Hansel, begrüßte die Aldi-Initiative, befürchtet aber, dass die Berliner Bürokratie die Aktion konterkarieren könnte.

Nur eine dunkle Ahnung? Keineswegs! Das Bezirksamt Lichtenberg gab bekannt, dass ihm ein Bauantrag der Firma Aldi für das Grundstück in der Sewanstraße vorliege. Doch das Vorhaben erfordere einen neuen Bebauungsplan. Der müsse erst erstellt werden. „Vor 2019 werden keine Bagger rollen", heißt es aus dem Rathaus Lichtenberg. Bezirksbürgermeister ist hier Lompschers Parteigenosse Michael Grunst, die zuständige Baustadträtin, Birgit Monteiro, kommt von der SPD.

Müller hatte an die Adresse Lompschers gerichtet gedroht: „Ich erwarte, dass die Senatorin auch Fristen setzt." Will er nicht als politischer Hampelmann dastehen, müsste er Lompscher anweisen, dafür Sorge zu tragen, dass beispielsweise mit dem Bau der Aldi-Wohnungen in allernächster Zeit begonnen werden kann, und nicht erst in Jahren. Ansonsten müsste er die Senatorin rauswerfen. Das wird er aber nicht machen, weil das Bündnis mit der Linkspartei dann zur Disposition stehen würde.

Also weiter wie bisher.

Die Hemmschwelle sinkt

Berlin: Übergriffe in Bussen und Bahnen werden immer brutaler

Innerhalb von drei Tagen ist es in Berlin zu sechs Gewalttaten gegen Fahrer und Kontrolleure der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) gekommen. Bereits am 27. Januar wurde ein BVG-Angestellter auf seinem Weg zur Arbeit in Berlin-Hellersdorf angegriffen. Dabei näherte sich eine Person von hinten und schlug plötzlich gegen den Kopf des Opfers.

Der 49-Jährige erlitt bei dem Angriff schwere Kopf- und Augenverletzungen. Einen Tag später bedrohte ein stark alkoholisierter Mann im U-Bahnhof Wittenau einen BVG-Sicherheitsmitarbeiter mit einem Messer. Ebenfalls am letzten Januarwochenende verletzte ein Schwarzfahrer in der Buslinie M 29 einen Kontrolleur. Am U-Bahnhof Südstern wurde zudem ein Fahrzeugführer mit einer Flasche beworfen. Am Montag darauf versuchte schließlich am Hauptbahnhof ein Mann, gewaltsam die Tür eines Busses aufzudrücken, der bereits abgefahren war. Bei einem anschließenden Gerangel erlitt der Busfahrer eine Handverletzung.

Gegen den Tatverdächtigen wird nun wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung ermittelt. Wie aus den Sicherheitsberichten der Verkehrsbetriebe hervorgeht, ist die Zahl der Übergriffe auf BVG-Personal in den vergangenen Jahren zwar sogar zurückgegangen. So wurden 2012 insgesamt 1004 Angriffe registriert. Für das Jahr 2016 weist der Bericht zahlenmäßig weniger, nämlich 555 Übergriffe aus. Laut BVG-Sprecherin Petra Reetz ist allerdings die Hemmschwelle der Angreifer spürbar gesunken und deren Gewaltbereitschaft gestiegen. Alarmierend ist auch eine andere Entwicklung: Insbesondere seit Jahresbeginn sorgt eine Reihe von sexuellen Übergriffen auf Frauen in Bussen und Bahnen für Schlagzeilen. Die für Bahnhöfe und Züge zuständige Bundespolizei meldete im Januar gleich mehrere Fälle, bei denen Frauen unsittlich berührt wurden oder solche, bei denen Täter in der Öffentlichkeit masturbierten.

> Zahl der Anzeigen wegen Sex-Taten hat sich verdoppelt

Auch Berlins Polizei hat 2017 deutlich mehr Anzeigen wegen sexueller Übergriffe in Bussen und Bahnen aufgenommen. Mit 295 hat sich deren Zahl zu 2016 fast verdoppelt. Als Erklärung für den drastischen Anstieg wird die Reform des Sexualstrafrechts vom November 2016 genannt. Auch unter dem Einfluss der Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2015/16 ist das Recht verschärft worden. So können auch verbale oder körperliche Belästigungen, wie etwa ein Begrapschen, besser geahndet werden. *Norman Hanert*

RBB im Feuer

Scharfe Kritik an Berichten über Lebus

Am 25. Januar scheiterte zum dritten Mal die Wahl eines Bürgermeisters in der brandenburgischen Kleinstadt Lebus. Der älteste Stadtverordnete Joachim Neumann (CDU) erlitt einen Schwächeanfall und musste ins Krankenhaus gebracht werden, worauf die Sitzung abgebrochen wurde.

Die Ursache für den Zusammenbruch des CDU-Verordneten sehen nicht nur Beobachter von der AfD im aggressiven Auftreten des RBB-Journalisten Olaf Sundermeyer, der auch schon in der Berichterstattung rund um die Bürgerproteste in Cottbus eine zweifelhafte Rolle gespielt hatte.

Neumann erklärte vor seinem Kollaps, die Medien würden sich nicht dafür interessieren, „wie gut oder schlecht es uns in Lebus geht und wie viel Geld wir für Investitionen haben". Sie seien stattdessen nur auf „parteipolitisches Blabla" aus. Grund der RBB-Attacken: Im November war der Ex-Pressesprecher der AfD-Landtagsfraktion, Detlev Frye, vom Stadtrat zum Bürgermeister gewählt worden. Frye wies auf die Vorberichterstattung insbesondere des RBB hin, die einen derartigen Druck erzeugt habe, dass Neumann zusammengebrochen sei. Die Wahl im November war jedoch wegen eines Formfehlers ungültig, ihre Wiederholung zwei Wochen später scheiterte, weil zu wenig Ratsmitglieder erschienen waren.

> AfDler sollte Bürgermeister werden

Notwendig wurde die Bürgermeisterwahl durch den Rat, weil die von den Bürgern gewählte Bürgermeisterin und ihre Stellvertreterin zurückgetreten waren. Bei der Kommunalwahl im Mai 2019 wählen die Einwohner von Lebus ihren ehrenamtlichen Bürgermeister. *Hans Lody*

Fluchttunnel entdeckt

In Berlin ist erneut ein alter Fluchttunnel unter den ehemaligen kommunistischen Grenzsperranlagen entdeckt worden. Schon im September waren Arbeiter bei Bauarbeiten auf einen 1970 gebuddelten Tunnel gestoßen. Insgesamt sind 19 Fluchttunnel bekannt, die zwischen 1961 und 1984 gegraben worden waren, damit Menschen aus dem Ostsektor in den Westen der geteilten Stadt fliehen konnten. Nur drei davon waren erfolgreich und ermöglichten mehr als 300 Menschen die Flucht. Die meisten wurden verraten, so auch der jetzt entdeckte, der 1963 entstand. Der Archäologe Torsten Dressler hofft, das mit diesem Bauwerk erstmals ein solches Zeugnis der Geschichte erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Der Tunnel führte von der damaligen Lagerhalle des Nordbahnhofs im Wedding in fünf Metern Tiefe 80 Meter weit bis zum ersten Wohnhaus an der Oderberger Straße im Ost-Stadtteil Prenzlauer Berg. *H.H.*

MELDUNGEN

Bildung gegen radikalen Islam

Moskau – Die Rolle der muslimischen Erziehung von jungen Menschen sei von größter Bedeutung, so Wladimir Putin. Deshalb werde die Regierung die muslismische Erziehung weiterhin unterstützen, da sie eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung schädlicher Ideen durch islamische Extremisten spiele. Mittels der Unterstützung der islamischen Gemeinschaft in Russland sowie großer staatlicher Universitäten, theologischer Akademien und anderer Bildungseinrichtungen in Moskau, Kasan und im Kaukasus will die Regierung die Verbreitung extremistischen Gedankenguts vermeiden. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung Russlands sind Moslems. *MRK*

Neue Wege für Dänemark

Kopenhagen – In Dänemark hat die Volkspartei die Option einer ganz großen Koalition ins Gespräch gebracht. Neun Parteien entsenden Abgeordnete in das Landesparlament, was bei einer Regierungsbildung den Einfluss kleiner Parteien überproportional vergrößert. Die letzte Linksregierung kam nur zustande, weil die Abgeordneten aus Grönland und den Färöer Inseln sie geduldet hatten. Es handelt sich um eine Minderheitsregierung aus Venstre, Liberaler Allianz und Konvervativer Volkspartei, die von den Stimmen der Dansk Folkeparti (DF) gestützt wird. Der DF-Vorsitzende Kristian Thulesen Dahl sieht das Bündnis, erweitert um die Sozialdemokratische Partei, als realistische Option, seit die Roten in der Ausländer- und Asylpolitik zu einer realistischen Haltung gefunden hätten und die Regierungspolitik in dieser Frage unterstützten. Thulesen Dahl wäre eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten genehm, weil seine Volkspartei deren sozialpolitische Vorstellungen teilt. *Hans Lody*

Dschihad hinter Gittern

Frankreichs Gefängniswärter schlagen Alarm: »Habe jeden Tag Angst mein Leben«

Ein Streik der Gefängniswärter hat unhaltbare Zustände in Frankreichs Haftanstalten offengelegt. Vor allem radikale Moslems, die Aufseher und Mithäftlinge bedrohen und attackieren, sorgen für erhebliche Verunsicherung.

Die französische Regierung ist noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen: Der illegale Streik der Gefängnisaufseher ist nach mehr als zwei Wochen beendet. Nach der Androhung von Disziplinarverfahren, den ersten Entlassungen sowie der Einbehaltung von Gehältern durch die Gefängnisverwaltung und das Justizministerium akzeptierte vergangene Woche die Mehrheitsgewerkschaft UFAP-UNSA, die rund 40 Prozent der Wärter vertritt, das Angebot von Justizministerin Nicole Belloubet zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die beiden anderen Gewerkschaften FO und CGT weigern sich zwar nach wie vor, das Abkommen zu unterzeichnen, doch ist die Streikdynamik fürs Erste gebrochen.

Ausgelöst wurde der Aufstand des Gefängnispersonals durch den deutsch-polnischen Islamisten Christian Ganczarski, einem

Islamist griff Wärter mit Messer und Schere an

der Drahtzieher des Anschlags auf die Zwillingstürme in New York 2001 und des Attentats von Djerba 2002, für den sich die deutsche Justiz trotz klarer Datenlage kurioserweise nie näher interessiert hatte.

Ganczarski griff am 11. Januar im Hochsicherheitsgefängnis von Velin-le-Vieil drei Gefängnisaufseher mit Messer und Schere an. Daraufhin streikte das Sicherheitspersonal landesweit und blockierte viele Haftanstalten, denn bei mehr als 4000 Angriffen auf Aufseher allein im vergangenen Jahr ist die Lage in den französischen Gefängnissen ohnehin sehr angespannt. In einigen Haftanstalten wie dem Hochsicherheitsgefängnis von Moulins-Yzeure ersetzten mobile Einsatzkommandos der Polizei die Aufseher im Inneren. In Fresnes trieben Polizei und Armee die Häftlinge mit Tränengas in die Zellen zurück, um eine aufkommende Meuterei im Keim zu ersticken. Die Justiz befürchtete zwischenzeitlich, in U-Haft befindliche Straftäter aufgrund der Blockaden nicht mehr rechtzeitig einem Haftrichter vorführen zu können und sie deshalb laufen lassen zu müssen.

Durch das Streikende ist diese Gefahr zwar jetzt gebannt. Doch die Versprechen von Justizministerin Belloubet, 1500 besonders gesicherte Plätze für radikale Moslems zu schaffen, das Wachpersonal materiell besser auszurüsten, bis 2021 1100 zusätzliche Gefängniswärterposten zu schaffen und die Gehaltsprämien zu erhöhen, werden die Probleme in Frankreichs Haftanstalten nicht lösen.

Es fehlen seit Jahren mindestens 40 000 Gefängnisplätze im Land. Auf 100 Plätze kommen heute im Durchschnitt 118 Gefangene. Menschenrechtsorganisationen und Europarat ermahnen Frankreich seit Jahren wegen schlechter Ausstattung und prekärer Hygienebedingungen in den Haftanstalten. 2016 erkrankten in Fresnes zwei Häftlinge an Leptospirose aufgrund der Präsenz von Ratten. Doch selbst ein ehemaliger Dschihadist, der nach acht Jahren in marokkanischen Gefängnissen vor mehr als sechs Jahren nach Frankreich zurückgekehrt ist und zuerst im Hochsicherheitstrakt von Fleury-Mérongis und heute im Hochsicherheitsgefängnis von Moulins-Yzeure seine Haft verbüsst, verteidigt den französischen Staat. „Es sind die Häftlinge, die alles zerstören. Kaum gibt es beispielsweise einen neuen Getränkeautomaten, treten sie dagegen, machen ihn kaputt und beschweren sich dann über die schlimmen Haftbedingungen. Mit den Duschen ist es genauso. Mit allem. Sie machen aus allem Kleinholz“, so der Häftling namens Richard gegenüber französischen Medien.

Diese allgegenwärtige Gewalt ist das größte Problem in den Haftanstalten. Durch den Islam verschlimmert es sich noch. Richard geht fast nur früh morgens aus seiner Zelle, wenn die meisten Häftlinge noch schlafen. Da er dem Islam abgeschworen hat und Christ geworden ist, wird er von den Muslimen bedroht – zeitweise so stark, dass er Isolationshaft beantragte, um sich vor Schlägen und Ähnlichem zu schützen. „Als ich nach Frankreich zurückkam, hatte ich gehofft, von dem Druck der Islamisten befreit zu sein. Doch die Situation im Gefängnis ist in Frankreich kaum anders als in Marokko.“

Der Aufseher Bernard erklärt im Magazin „Paris Match“: „Früher hatte ich morgens immer Angst, einen Erhängten in der Zelle zu finden. Heute habe ich Angst, dass man mir die Kehle durchschneidet, mich enthauptet, mir ein Messer in den Rücken jagt – im Namen des IS. Jeden Tag bei der Arbeit habe ich diese Angst im Bauch.“ Mit der erwarteten Rükkkehr der kampferprobten Dschihadisten aus Syrien dürfte sich die Lage in den Gefängnissen nicht verbessern.

Furcht vor Rückkehrern aus Syrien wächst

In den Haftanstalten selbst werden die Sicherheitsvorschriften nicht oder nur teilweise angewandt. So sind beispielsweise entgegen den Vorschriften in vielen Gefängnissen die Türen der Zellen nicht permanent verriegelt. Diese Nachlässigkeiten bei der Durchsetzung von Disziplin durch das Wachpersonal selbst verstärken die allgemeine Unsicherheit innerhalb der Anstalten. Das Sagen dort haben die Caïds, die islamischen Bandenchefs, die sowohl ihre „Geschäfte“ relativ ungestört weiterverfolgen als auch ihre Mitgefangenen terrorisieren können. *Eva-Maria Michels*



Zorn auch in Brest: Feuer bei einer der landesweiten Protestaktionen Bild: Getty

»Es gibt nichts zu feiern«

Rumänien: Verhältnis zur ungarischen Minderheit ist zerrüttet

Am 15. Januar trat der rumänische Ministerpräsident Mihai Tudose nach einem Machtkampf mit seinem sozialdemokratischen Parteichef Liviu Dragnea zurück. Kurz zuvor hatte Tudose aber noch einen Streit entfacht, der für diplomatische Spannungen mit Ungarn auch nach seinem erzwungenen Rücktritt sorgt. In einer Talkshow sagte er auf die im Kontext der Katalonienkrise gestellte Frage nach einem Autonomiestatut für die ungarische Minderheit in Rumänien: „Wenn sie irgendwo ihre Fahne aufhängen, werden sie daneben hängen.“ Gemeint war die Fahne der Ungarnpartei. Mit deren Hilfe war Tudose noch vor einem halben Jahr ins Amt des Premiers gewählt worden.

Die Heimat der 1,4 Millionen ethnischen Ungarn am Rande Siebenbürgens, die auch als Székler bezeichnet werden, gehört zu den ärmsten Gebieten Rumäniens. Dass die Rumänien-Ungarn nach 1990 nicht in Massen das Land verlassen haben wie die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben liegt nur daran, dass Budapest ihnen die ungarische Staatsangehörigkeit anbot, auch wenn sie in Rumänien blieben. Deshalb dürfen die Székler auch in Ungarn mitwählen. Die Ungarnpartei in Rumänien (UDMR) erzielte bei fast allen Wahlen nach 1990 zwischen fünf und zehn Prozent und sorgte bei knappen Wahlausgängen für eine Regierungsmehrheit.

Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs gehörte das Széklerland, wie das damals noch weitgehend deutschsprachige Siebenbürgen, zum ungarischen Teil des Habsburgerreichs. Dann fiel es an Rumänien, das Österreich-Ungarn noch im November 1918, nachdem es im Mai bereits einen Separatfrieden geschlossen hatte,

Bukarest bejubelt den Anschluss Siebenbürgens 1918

erneut den Krieg erklärte und dafür im Vertrag von Trianon Siebenbürgen und das galizische Buchenland zugesprochen bekam.

Wegen dieser Gebietsgewinne erklärte Bukarest 2018 zum „Jahrhundertgedenkjahr“. Der Chef des Ungarnverbands, Hunor Kelemen, sagte dagegen, für die ungarische Minderheit gebe es nichts zu feiern. Ungarische Historiker erinnern an die Selbstverwaltung, die man den Ungarn und den Deutschen 1922 in Aussicht gestellt, jedoch nie gewährt habe. Formell autonom war das Széklerland, wo die Ungarn mehr als 80 Prozent der Bevölkerung stellen, nur zwischen 1952 und 1968 unter den Kommunisten. Nicolae Ceaucescus Sturz 1989 war maßgeblich auf den Aufstand des ungarischen Pfarrers László Tőkés in Temeswar zurückzuführen.

Rumänien hatte im Zuge seiner EU-Integration seit 2007 eine Abkehr von der jahrzehntelangen Rumänisierungspolitik vollzogen und gesetzliche Minderheitenrechte verankert. Diese gehen sogar über die Standards in vielen anderen EU-Ländern hinaus. So können die Ungarn ebenso wie die Deutschen vom Kindergarten bis zur Universität durchgehend in ihrer Muttersprache lernen oder studieren. In Gebieten mit mehr als 20 Prozent Minderheitenanteil ist deren Sprache sogar zweite Amtssprache. In der Praxis aber ist manches beim Alten geblieben oder hat sich gar verschlechtert. Auch die Wahl des Siebenbürger Sachsen Klaus Johannis zum Staatspräsidenten 2014 führte nicht zum Besseren. Er gilt in den Augen der Székler als Verräter, vor allem seit er dem bekanntesten Ungarn Rumäniens, Pfarrer Tőkés, 2016 wegen Separatismusbefürwortung den rumänischen Verdienstorden wieder aberkannt hat. *Bodo Bost*

Stunde der Lautsprecher

Italiens Wahlkämpfer überbieten sich in utopischen Versprechen

Am 4. März wählt Italien ein neues Parlament. Die Hoffnungen auf neue politische Stabilität ist gering. Die Schulden des Landes liegen auf Rekordniveau. Doch sparen will niemand. Im Gegenteil: Während der heißen Wahlkampfphase überbieten sich die Parteien mit teuren Versprechungen.

Italien ist nach Griechenland das größte Sorgenkind der Eurozone mit einer Staatsverschuldung von etwa 130 Prozent der Wirtschaftsleistung. Doch das stört die Protagonisten wohl weniger. Die links-populistische Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo hat beste Chancen, stärkste Partei zu werden. Ihr zentrales Wahlkampfmotto lautet „Weniger Steuern, mehr Lebensqualität“. Sie fordert, die EU-Regeln zur jährlichen Neuverschuldung zu ignorieren, um Investitionen zu ermöglichen.

Im Wahlprogramm findet sich auch die Forderung nach einem Grundeinkommen für rund fünf Millionen Menschen, die im Land unter der Armutsgrenze leben. Experten schätzen die Kosten auf rund 17 Milliarden Euro pro Jahr.

Wenn es um große Ankündigungen geht, darf Silvio Berlusconi nicht fehlen. Der 81-Jährige darf zwar nicht selbst antreten, weil er wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder verurteilt ist. Aber er bestimmt den Kurs seines Wahlbündnisses, dem neben seiner konservativen Forza Italia (Italien voran) auch die Rechtsparteien Lega Nord sowie die Fratelli D'Italia (Brüder Italiens) angehören. Die drei Parteien haben sich in den vergangenen Tagen auf ein gemeinsames Programm verständigt. Die Bewegung Noi



Auch er schon wieder: Silvio Berlusconi Bild: Imago

con Italia (Wir mit Italien) hat sich kürzlich mit Vertretern der ehemaligen christdemokratischen „Unione di Centro“ (UDC) verbündet.

Berlusconi ist, trotz Kandidaturverbots, die zentrale Figur der Wahlkampagne. Er verspricht den Wählern eine „Steuer-Revolution“ und einen Einheitssteuersatz von 23 Prozent. Eine Verdoppelung der Mindestpensionen auf 1000 Euro ist ebenfalls angedacht. Wirtschaftswissenschaftler der Uni Mailand halten das alles für utopisch. „Es gibt viele Dinge, die im Wahlkampf gesagt werden können, und nur wenige passieren“, sagte Ökonom Fausto Panunzi der Deutschen Presseagentur. „Paradoxerweise können wir nur mal wieder hoffen, dass Politiker Versprechungen machen, die sie nicht einhalten werden.“

Die Fünf-Sterne-Bewegung schickt nicht Parteigründer Grillo ins Rennen, sondern den telegenen, erst 31-jährigen Süditaliener Luigi di Maio. An der Spitze des Berlusconi-Bündnisses stehen neben dem Altstar die TV-Moderatorin Giorgia Meloni von den Brüder Italiens sowie Lega-Chef Matteo Salvini, dem Ambitionen auf den Posten des Ministerpräsidenten nachgesagt werden.

In der Riege der Lautsprecher geht der amtierende Premier Paolo Gentiloni von den Sozialdemokraten nahezu unter. Er betont gebetsmühlenartig, dass Italien die schlimmste Krise der Nachkriegszeit überwunden habe und es Zeit für hartes Arbeiten und nicht für Wunder sei. *Peter Entinger*

Länger arbeiten für die Asylsucher

Schwedens Finanzministerin Magdalena Andersson kündigt Erhöhung des Renteneintrittsalters an

Die Schweden mit ihrer multikulturellen Euphorie, der politischen Korrektheit und der Überzeugung, dass in der Selbstauflösung der Nationen das Heil der Zukunft liege, werden allmählich zur Kasse gebeten. Denn auch Illusionen kosten Geld.

Eine Entwicklung, die auch in Deutschland allmählich einsetzt, führt in Schweden bereits zu konkreten Problemen: Die unkontrollierte Zuwanderung hat dort zu einer deutlich erhöhten Geburtenzahl geführt. Das wäre an sich eine erfreuliche Erscheinung, wenn man damit rechnen dürfte, dass die Bevölkerungsteile, die diese Entwicklung verursachen, sich in den allgemeinen Kreislauf von Arbeit, Erwerb und Nutznießung einfügen.

Nun aber zeigt sich, dass Zuwanderer überproportional dazu neigen, von Lohnersatzleistungen zu leben, und somit nicht nur keinen Beitrag zum allgemeinen Aufkommen erbringen, sondern zusätzlich im Gegenteil die Kassen der Sozialsysteme belasten.

Es kann daher nicht verwundern, dass Schwedens Finanzministerin Magdalena Andersson

> Zuwanderer zehren überproportional von Sozialleistungen

von den Sozialdemokraten kürzlich ankündigte, dass ihre Landsleute künftig länger werden arbeiten müssen, um die Kosten der Zuwanderung abzudecken. Allerdings konnte sie diese Einsicht nicht daran hindern, noch kurz zuvor einen neuen Geschenkkorb, traditionell gefüllt mit Schwedens Wohlfahrtsstaats-Ideologie, zu überreichen. Im Budget für das laufende Jahr, das im vergangenen Herbst aufgestellt worden war, sind zahlreich kostenrelevante Leistungen für Familien, Kinder, Studenten und Ruheständler vorgesehen, wobei beim Titel „Familien und Kinder“ Zuwanderer eine große Rolle spielen dürften.

Andersson also fordert ihre Landsleute, vor allem diejenigen, die in Lohn und Brot stehen, auf umzudenken. „Jene“, so erklärt sie, „die mit 30 zu arbeiten beginnen, werden die Möglichkeit haben, länger als bis 65 zu arbeiten.“ In Schweden ist für derlei Fragen ein Pensionsausschuss zuständig, in dem fast alle Parteien vertreten sind und der jetzt bereits über ein späteres Pensionsalter verhandelt. Auch wenn die Maßnahme nicht populär sein dürfte – man zieht sie der anderen Möglichkeit vor, nämlich die Steuern zu erhöhen.

Dies sind die Folgen der Zuwanderung, soweit sie den einzelnen Bürger betreffen. Nicht minder berührt sind naheliegenderweise die Kommunen. Sie benötigen wegen der Zuwanderer Schulen, Betreuungsplätze für Kinder und weitere zusätzliche Infrastruktur, müssen die Krankenversorgung von der Ersten Hilfe bis zu den Krankenhäusern ausbauen und haben Kosten für weitere Integrationsmaßnahmen zu tragen.

Der neueste Wirtschaftsbericht des Kommunal- und Städteverbandes (SKL) stellt fest, dass, wenn nicht schnell Gelder für all diese Maßnahmen bereitgestellt würden, die Differenz zwischen den kommunalen Steuereinnahmen und den Sozialausgaben auf annähernd 60 Milliarden Schwedische Kronen steigen werde, das sind rund sechs Milliarden Euro.

Diese Probleme sind indes nicht die größten, mit denen sich das skandinavische Land durch die Zuwanderung konfrontiert sieht. Ein anderes, das man durch Geld nicht regeln kann, ist die Kriminalität, die sich als Folge der Zuwanderung in für Schweden neuer Form und neuer Dimension zeigt. Zentrum dieser Erscheinung ist die südschwedische Stadt Malmö. Dort ist ein Machtkampf verschiedener krimineller Clans entbrannt, der eine Welle der Gewalt einschließlich regelmäßiger Massenvergewaltigungen mit sich bringt, gegen welche die Polizei keine Mittel mehr zu haben scheint.

Ministerpräsident Stefan Löfven, Sozialdemokrat wie Andersson, hat angekündigt, gegen die organisierten Banden mit dem Militär vorgehen zu wollen. Er gab bekannt: „Es wäre nicht meine erste Wahl, das Militär einzusetzen. Aber ich will alles Nötige tun, um der schweren, organisierten Kriminalität den Garaus zu machen.“

Kein Wunder. Nicht nur dem Regierungschef liegen Daten vor, die zu denken geben. Während der zurückliegenden 40 Jahre ist die Zahl der Gewaltverbrechen in dem einst beispielhaft friedlichen Land um 300 Prozent gestiegen. Signifikant ist dabei die Zahl der Vergewaltigungen. Im Jahre 1975 wurden bei der Polizei 421 derartige Delikte angezeigt, 2014 waren es 6620. Die Steigerungsrate beträgt 1472 Prozent. Damit liegt Schweden, bezogen auf die Größe der Bevölkerung, weltweit auf Platz zwei der Häufigkeit von Vergewaltigungen, übertroffen nur vom afrikanischen Lesotho.

Noch im Jahre 2015 hatte Löfven erklärt, Schweden werde keine neuen Mauern in Europa zulassen, und daraufhin die Grenzen seines Landes für 163 000 weitere Zuwanderer geöffnet. Damit schaffte er es, im EU-Vergleich, bezogen auf die Einwohnerzahl, die meisten Immigranten aufzunehmen.

Die Schweden werden jedoch nicht nur zur Kasse gebeten. Sie

> Die Sicherheitslage hat sich massiv verschlechtert

sehen sich darüber hinaus der Notwendigkeit gegenüber, für die Sicherheit im eigenen Lande das Militär einzusetzen. Einzelne Regionen wie der Stockholmer Vorort Rinkeby, der hauptsächlich von Zuwanderern bewohnt wird, sind nicht mehr gefahrlos begehbar. Somit wäre die Frontlinie fürs Militär bereits vorgezeichnet.

Florian Stumfall



In Zugzwang wegen Zuwanderung: Stefan Löfven und Magdalena Andersson

Bild: Imago

MELDUNGEN

Mehr Handel mit Russland

Berlin – Erstmals seit 2012 hat der deutsche Export nach Russland wieder zugelegt. In den ersten elf Monaten des Jahres 2017 wurden Waren für gut 24 Milliarden Euro exportiert, während es im ganzen Vorjahr nur 21,5 Milliarden waren – ein Plus von gut einem Fünftel. Hauptgüter waren Erzeugnisse der Maschinenbau- und der Automobilindustrie. Auch die russischen Exporte nach Deutschland legten um fast ein Fünftel auf 28,6 Milliarden Euro zu. Es handelte sich vor allem um Öl- und Gaserzeugnisse. 2012 hatte der Export noch 38 Milliarden Euro erlöst, brach dann aber wegen der Wirtschaftslage und vor allem infolge der westlichen Sanktionen erheblich ein. *T.W.W.*



Siemens bleibt in Görlitz

München – Siemens-Chef Joe Kaeser ist weiter von einer Schließung des Werks in Görlitz abgerückt. Er sagte, ein Ende der Fertigung dort sei nicht vor 2023 zu befürchten, „danach müssen wir sehen“. In der schlesischen Stadt standen 720 Arbeitsplätze auf der Kippe. Interessant: Es waren die Aktionäre, die sich für Görlitz eingesetzt haben. Man dürfe nicht nur an Rendite denken, so ein Aktionärsvertreter. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.972.657.628.999 €
Vorwoche: 1.972.704.587.435 €

Verschuldung pro Kopf:
23.824 €
Vorwoche: 23.825 €

(Dienstag, 6. Februar 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Zweifel am Sanktionskurs

Strafmaßnahmen gegen Russland – Ost-Bundesländer als Verlierer

Die Ministerpräsidenten der östlichen Bundesländer haben sich bei einem gemeinsamen Treffen in Berlin für eine Lockerung der gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen ausgesprochen. Reiner Haseloff (CDU), der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, bewertete das russische Verhalten als ein Bruch des Völkerrechts, zugleich bezweifelte er aber auch die bisherige Wirksamkeit der Strafmaßnahmen der EU: „Und die Wahrscheinlichkeit, dass es Wirkung entfaltet, wird von Tag zu Tag geringer.“

Laut Haseloff treffen die Sanktionen Wirtschaftsunternehmen in den ostdeutschen Flächenländern, die traditionell gute Kontakte nach Russland unterhalten, besonders stark. Der CDU-Politiker sprach sich auch für neue „methodische Ansätze“ aus, um den Ukraine-Konflikt zu befrieden. Auch Birgit Keller (Linke), die Landwirtschaftsministerin Thüringens, wies auf die negativen Auswirkungen der Agrarsanktionen hin. Zudem sprach sie auch die besonderen historischen Verbindungen Ostdeutschlands nach Russland an.



Bild: pa

Sanktionsopfer: Woidke (r.) beim Besuch einer Textilfabrik

Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) wurde beim Treffen der Ministerpräsidenten der östlichen Bundesländer durch Staatskanzleichef Thomas Kralinski (SPD) vertreten. Woidke selbst weilte erstmalig in seiner Position als Regierungschef zu einem Besuch in Moskau. Ein wichtiger Punkt auf dem Besuchsprogramm war ein Treffen mit Igor Setschin, dem Chef des Ölkonzerns Rosneft. Das staatlich kontrollierte Unternehmen hat für die nächsten Jahre Investitionen in Höhe von 600 Millionen Euro in Deutschland angekündigt. Allein 400 Millionen Euro sollen in die PCK-Raffinerie im brandenburgischen Schwedt (Oder) fließen. Diese Investitionspläne sind von der EU-Sanktionen gegen Russland nicht betroffen.

Die Bundesregierung bezeichnet in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag die Russland-Sanktionen als Erfolg. Laut Bundesregierung wurden die Sanktionen ergriffen, um die Gesprächsbereitschaft der politisch Verantwortlichen in Russland zu befördern. In ihrer Antwort verwies die Bundesregierung auf die russische Bereitschaft, an den Gesprächen im sogenannten Normandie-Format teilzunehmen.

Die Europäische Union hatte im Jahr 2014 wegen Russlands agieren in der Ukraine-Krise Wirtschaftssanktionen verhängt, die inzwischen bis zum bis Sommer 2018 verlängert wurden. Im Gegenzug zu den EU-Sanktionen hatte auch Russland ein Einfuhrverbot für Lebensmittel aus der EU erlassen. *Norman Hanert*

Höhen und Tiefen

Wie Russlands Wirtschaft den Sanktionen trotzt

Obwohl die russische Wirtschaft den Sanktionen des Westens bislang trotzen konnte, sieht die Zukunft keineswegs rosig aus. Im vierten Quartal sorgte vor allem die Industrieproduktion für schlechte Zahlen. Mit nur einem Prozent erreichte sie nur die Hälfte des vom Wirtschaftsministerium prognostizierten Wachstums.

Für 2018 erwarten dennoch die Chefs von Rohstoffunternehmen und von verarbeitenden Betrieben eine Verbesserung der Wirtschaftslage. Die schlechten Zahlen im vierten Quartal 2017 erklärt man sich mit der allgemein schlechten Konjunktur durch die Einigung mit der OPEC auf ein Öl-Förderlimit. Im November und Dezember hatte besonders die Metallverarbeitung unter einem hohen Rückgang zu leiden. Die Statistikbehörde Rosstat sieht allerdings keinen Grund zur Beunruhigung. Der Rückgang im Dezember sei saisonbedingt, man habe in den acht Monaten zuvor ein ununterbrochenes Wachstum verzeichnet.

Für 2018 prognostiziert das Wirtschaftsministerium ein Industriewachstum von 2,5 Prozent. Grund zur Sorge bereite allein die sinkende Nachfrage bei den Förderfirmen, die bereits im vergangenen Jahr ein Minus von 20 Prozent verbuchen mussten.

Dennoch erwartet jeder vierte Unternehmer eine Besserung. Ein Wachstum von 1,7 Prozent gilt als realistisch. Auch, wenn Russland bestrebt ist, sich vom Import unabhängig zu machen und erste Erfolge bei der Landwirtschaftsförderung erkennbar sind, ist die russische Wirtschaft nach wie vor vom Rohstoffexport abhängig. Die Entwicklung des Ölpreises hängt wie ein Damoklesschwert über allem:

> Russen kaufen Autos, Häuser und selbst Kinokarten auf Pump

Sinkt dieser auf 30 bis 40 US-Dollar pro Barrel, machen die Verluste jeden noch so kleinen Gewinn wieder zunichte.

Ein großes Problem stellt daneben die geringe Binnennachfrage dar. Um dem entgegenzuwirken, gibt es seit dem Beginn der sanktionsbedingten Krise staatlich subventionierte zinsgünstige Kredite für Verbraucher. Finanziert wird inzwischen alles: Ob Geld für Weihnachtsgeschenke, Kleidung, Luxusgegenstände, Schönheits-Op, Urlaubsreisen, Technik oder auch nur die nächste Verabredung sowie Kinokarten – viele Russen verschulden sich, um ihren einmal erreichten Lebensstandard zu halten. 2017 wurden Kredite in Höhe von umgerechnet 807 Millionen Euro neu vergeben, das sind 37 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei werden die Laufzeiten der Kredite immer länger und das, obwohl die Einnahmen der Kreditnehmer im Durchschnitt um zehn Prozent zurückgegangen sind,

Die russische Zentralbank schlägt Alarm. Sie will die Regeln für die Kreditvergabe zumindest für Immobilienkredite verschärfen, weil absehbar ist, dass in Zukunft eine Großzahl an Krediten platzen wird. Die Bank fordert mindestens 15 Prozent Eigenkapital von Bauherren. Dagegen protestiert die Immobilienbranche. Sie befürchtet einen Zusammenbruch des Markts, da diese Regelung zirka ein Drittel der Kaufinteressenten ausschließen würde, die über kein Eigenkapital verfügen. Bei sinkendem Realeinkommen und erhöhten Ausgaben bleibe den Menschen keine Möglichkeit zum Sparen. Bewohner der Provinz sind besonders betroffen, da dort die Gehälter ohnehin viel niedriger sind als in den Städten. Sie könnten sich kein Eigenheim mehr leisten.

Manuela Rosenthal-Kappi

Hexentanz

Von Harald Tews

Die durch „MeeToo" ausgelöste kollektive Hysterie hat nun auch die Kunst erfasst. Wegen Sexismus werden alte Gemälde abgehängt, auf denen nackte Frauenbrüste zu sehen sind. Und von der Fassade der Berliner Alice-Salomon-Hochschule wird jetzt Eugen Gomringers Gedicht „Avenidas" getilgt, weil empfindsame Gemüter es als sexistisch auffassen könnten.

Doch selten haben sich in Politik und Gesellschaft alle so schützend vor die Kunst gestellt. Im Falle der harmlosen „Avenidas"-Wortfetzen sprach sogar Kulturstaatsministerin Monika Grütters von einem „Akt der Kulturbarbarei". Die kollektive Entrüstung ist leicht zu erklären: „MeeToo" hat einen bösen Geist der Vergangenheit geweckt. Von der wegen Sexismus begründeten Kunstzensur ist es nicht weit zu Bücherverbrennungen und „Entartung" von Kunst. Das erzeugt eine Abwehrhaltung. Doch aus falscher Solidarität zur Anti-Sexismus-Kampagne wagt es keiner, die daraus resultierende moderne Hexenverfolgung auch zu bekämpfen.

Was folgt als Nächstes? Wird Rock-Musik demnächst nur noch in einem Museum verbotener Kunst zu hören sein? Wohl kaum. Darin offenbart sich das Heuchlerische dieser Sittenwächter. Sie suchen sich nur die schwächsten Opfer aus, während sie selbst zur Rock-Musik, deren Lyrik garantiert zu 90 Prozent sexistisch ist, tanzen.

Abgas-Hysterie

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Wieder einmal viel Lärm um nichts? Die Aufregung war groß, als bekannt wurde, dass deutsche Autohersteller Tests an Affen und Menschen in Auftrag gegeben hatten, um die Schädlichkeit von Stickstoff in Abgasen zu untersuchen. Sofort wurde den Herstellern unterstellt, damit die eigenen Abgas-Manipulationen beim Diesel herunterspielen zu wollen. Weiter wurde ihnen angelastet, die mit der Studie beauftragte „Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor" (EUGT) gegründet zu haben. Das Unversitätsklinikum Aachen, an dessen Institut 25 Personen untersucht worden waren, die über Stunden Stickoxyd eingeatmet hatten, brachte es an den Tag: Die Studie von 2013 hatte mit dem VW-Abgasskandal nichts zu tun, sondern sie diente der Bestimmung des Stickstoff-Grenzwerts am Arbeitsplatz.

Kaum ein Wort war darüber zu lesen, dass die Probanden schließlich freiwillig an der Studie teilgenommen hatten, wie etwa 10 000 Menschen jährlich, die an Medikamententests der Pharmaindustrie teilnehmen. Damit lassen sich leicht bis zu ein paar tausend Euro verdienen. Das Risiko, dass dabei etwas schiefgeht, trägt der Proband selbst. Im Internet gibt es viele Portale, die pharmazeutische Auftragsforschung vermitteln. In wessen Auftrag die wohl handeln?

Die derzeitige Abgas-Hysterie ist nichts anderes als ein Kriegszug gegen die deutsche Autoindustrie.

EU? Zeit für Alternativen!

Von Hans Heckel

Aus Fehlern kann man lernen – oder auch nicht. Die EU-Kommission scheint fest entschlossen zu sein, ihre Fehler aus der Vergangenheit nicht nur zu wiederholen, sondern noch zu übertreffen.

Aus Brüssel dringt die Nachricht, dass die Kommission den Beitritt der fünf Balkanstaaten Serbien, Montenegro, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Albanien sowie der längst nicht von allen Ländern der Welt als Staat anerkannten Region Kosovo in die EU „maßgeblich" beschleunigen will.

Man fasst sich an den Kopf und sieht Ideologen und Bürokraten auf ihrem Blindflug durch die Wirklichkeit. Wie es aussieht, haben die Verantwortlichen aus ihren Fehltritten der Vergangenheit keinerlei Schlüsse gezogen. Sie marschieren wie betäubt weiter auf den Pfaden der alten Erweiterungs-Euphorie, die auf dem Irrtum aufgebaut ist: Je größer die Europäische Union, desto besser werde sie, und desto einiger und gefestigter. Das allenthalben längst offensichtliche Problem der Überdehnung und Überlastung der EU wird komplett ausgeblendet.

Balkan: Brüssel setzt unbelehrbar auf Erweiterung

Entlarvend ist die Behauptung, dass eine solche Beitrittsperspektive „eine treibende Kraft für eine Transformation in der Region" sein werde. Nach den Erfahrungen heißt das: Ihre Reife für die EU sollen die Staaten nicht von selbst erreichen und einbringen, sie soll vor allem erst durch Subventionen aus Brüssel herbeifinanziert werden.

Selbst das schon 1981 aufgenommene Griechenland hat bewiesen, dass dies nicht funktioniert. Das Mittelmeerland wurde nicht „transformiert", und wenn doch, dann eher zum Schlechteren. Korruption und Verschwendung wurden nicht eingedämmt, sondern mit den Hilfen der EU verfestigt und zur vollen Blüte gebracht, bis alle Lebensbereiche damit verpestet waren. Die Euro-Aufnahme hat diese Entwicklung schließlich zur Katastrophe reifen lassen. Und nun also Länder wie das Kosovo, das dem Sprengel eines Mafiaclans ähnlicher sieht als einem funktionierenden Staat.

Doch möglicherweise ist dies das Stahlbad, durch welches Europa erst gehen muss, bis die Vernunft eine Chance erhält. Vielleicht muss der falsche, eurokratische Einheitswahn erst in seinen eigenen Irrtümern und Widersprüchen verbrennen, bis die alte, viel bessere Idee des Europas der Vaterländer eine zweite Chance erhält.

Die Hoffnung, dass die Brüsseler EU noch reformfähig ist, diese Hoffnung ist mit den neuen Erweiterungsplänen erneut ein Stück geschrumpft. Denn Reformfähigkeit setzt Lernfähigkeit voraus. Brüssel ist nicht einmal willig zum Lernen, geschweige denn fähig dazu. Man klebt fest in seinem immer gleichen Prozedere. Es wird Zeit, sich Gedanken zu machen über Alternativen zu dem monströsen Konstrukt.



Oft subventioniert die EU bloß veraltete Strukturen, statt Reformen auszulösen: Straßenszene in der albanischen Stadt Frier

Bild: pa

Frei gedacht





Vom gefährlichsten Ungeheuer aller Zeiten

Von Eva Herman

Es ist dies eine Zeit, von der man nicht glauben möchte, dass sie derartige Auswüchse hätte annehmen können. Und doch, die Zeichen stehen offenbar total auf Sturm. Die Parteienpolitik, die über Jahrzehnte das Fundament unserer „Regierungen" bildete, offenbart derzeit ihr hässlichstes Gesicht. Gewiss, zuweilen ahnte man schon, dass dieses System uns keine gerechte Zukunft würde schenken können. Doch wer zog es wirklich einmal ernsthaft in Zweifel? Nur einzelne Stimmen waren es, die jedoch im Sturm der sich entwickelnden Ereignisse rasch wieder verstummten.

Wie nahe wir uns schon am Abgrund befinden, zeigen die derzeitigen, unsäglichen, sogenannten Groko-Verhandlungen. Schon bei Nennung des Begriffs sieht man vor dem geistigen Auge immer wieder dieses gefräßige, missgebildete Ungeheuer Groko, welches, schwer atmend, in dem für ihn typischen Kriechgang, dennoch ganz zielbewusst, seinen Weg ins Auge fasst, der es an den ersehnten und überlebensnotwendigen Futtertrog führt, auf dass es somit ewig existieren solle. Da kraucht es entlang, mit seinem eigenen Schleim die Spur ziehend, mit riesig aufgerissenen, dennoch mausetoten Augen sucht es nur nach Fressbarem, gedankenlos alles wegmampfend, was sich ihm so alles willig auf den Weg legt. Das Groko-Ungeheuer, welches demnächst Deutschland wieder „regieren" soll, ist von übel deformierter, abstoßender Gestalt. Das Groko denkt nur an sich, das ist seine Natur, es kann gar nicht anders. Der Rest ist ihm egal.

Wer kritisch betrachtet, was sich das Groko schon alles geleistet hat in den zurückliegenden Jahren, was es schon alles irreparabel weggefressen und auf Nimmerwiedersehen verschlungen hat, dem muss doch endlich das Blut in den Adern gefrieren. Warum, so muss man doch fragen, schauen alle immer noch seelenruhig zu, während sich das ewig hungrige Groko schon wieder über uns hermacht und sich in impertinentestem Phlegma vor aller Augen an jenen Platz zu schieben sucht, der ihm allein das sichere Weiterleben garantiert. Es ist doch gar keine Frage: Das Groko wird genau so weitermachen wie bisher: Es schlingt alles in sich hinein, was noch übrig ist von uns, und zwar bis zum letzten Restlein. Es ist wie ein Albtraum derzeit, es scheint, also wolle niemand dieser immensen Gefahr der eigenen Existenzvernichtung ins Auge sehen.

Früher schon, doch besonders in den letzten Jahren haben wir in Deutschland unendlich viel verloren, so ziemlich alles, was uns wert und lieb war. Wie zum Beispiel die Zukunft unserer Kinder. Es gibt sie kaum noch. Daran war vor allem das Groko Schuld, doch wir natürlich ebenso, da wir das alles zuließen. Unsere über Jahrhunderte und Jahrtausende erworbenen Werte gingen ebenso dahin, sie wurden sehenden Auges getilgt, hinuntergewürgt. Von dem Ungeheuer namens Groko. Nachdem das Groko diese satt und zufrieden verdaut hatte, kamen am Ende nur noch übelriechende Reste heraus, die das rülpsende Urvieh laut ausstieß und von den begeisterten Massenmedien verbreiten ließ. Man nannte dies die „neuen Werte", die „modernen" Werte unserer „zivilisierten Gesellschaft". Aus Liebe war Kampf geworden, aus Familie wurde Gender, aus Verantwortung, Eigenständigkeit und Nachhaltigkeit machte man Globalismus und Zentralismus. Diese übelriechende Kloake überzog unser Land. Dasselbe geschah mit unserer Kultur und den alten Traditionen. Letztere schienen dem verfressenen Groko besonders gut zu schmecken, denn die Geschwindigkeit, mit der es sie vernichtete, war beeindruckend. Diese hatte sich das scheußliche Monstrum derart genüsslich einverleibt, dass am Ende hinten gar nichts mehr herauskam, was noch entfernt erinnert hätte an das, was einst die Werte gewesen, was uns ausgemacht hatte. Zack, Zack, und schon war alles weg! Es waren in Wahrheit nur wenige Bisse nötig, um Kultur und Tradition dem siechenden Volke aus der Seele zu reißen. Spannend dabei zu beobachten, dass das bereits blutende Opfer sich ganz bereitwillig zerlegen ließ, ohne spürbare Gegenwehr. Man ließ es einfach geschehen, sich offenbar windend in der Sehnsucht nach dem endlichen Tode hin, anstandslos wich man von seinem angestammten Platz, um für andere das Feld zu räumen. Das Groko indes nickte zufrieden, lauerte noch ein bisschen und setzte dann schmatzend seinen Weg fort.

Die sterbenden Opfer ließ es schließlich zurück, ohne noch nach ihnen zu schauen, ließ sie rechts und sogar links liegen.

Oh, ja, dem Groko wurde es sehr leicht gemacht. Es durfte zuschlagen und wüten, wo immer es wollte, das Feld war weit geöffnet. Kein Feind dieser Welt konnte dem Groko offenbar gefährlich werden. Weswegen dieses ja jetzt auch zurückkommt, wie selbstverständlich. Obwohl es eigentlich von niemandem dazu aufgefordert, geschweige denn, gebeten wurde. Im Gegenteil: Die Bürger hatten eigentlich ganz andere Entscheidungen bei der Wahl Ende September 2017 getroffen. Aber, als sei es das Normalste der Welt, das Groko, von dem man dachte, es sei gestorben, hob plötzlich wieder seinen hässlichen Kopf, witterte mit der widerwärtigen Nase in die verschiedensten Windrichtungen, und setzte sich sodann langsam wieder in Gang, Richtung Futtertrog. Bätschi, Bätschi, hatten viele noch gerufen, das böse Groko ist tot! Doch alles nur Schein, es lag und lauerte solange, bis es sicher sein konnte, dass die Luft rein sei.

Nun ist das Groko also wieder auf dem Vormarsch. Gewiss, viel zu Fressen gibt es nicht mehr, der Großteil ist ja schon weg. Doch wird sich die Chimäre neue Pfründe suchen, um den ewig hungrigen Leib zu stopfen. Sind also schon die Werte, Traditionen und unsere Kultur nahezu vernichtet, so gibt es doch hier und da noch einige Überbleibsel von Selbstbewusstsein und Kampfesstärke. Diese sind durchaus von kräftigerem Gewebe, die nicht so leicht verdaut werden können, ohne dabei üblen, inneren Widerstand auszulösen. Doch auch hier hatte das Groko noch gerade rechtzeitig die Weichen gestellt, um dieses eigentlich strapazierfähige Material bereits im Vorfeld mürbe zu machen: Durch Groko-Gesetze, welche das Ungeheuer einfach erschuf, zum Zwecke der Unterbindung freier Meinungsäußerung. Alle bisher dagewesenen Rechte fraß es kurzerhand auf, ließ die Überbleibsel am Ende zur Makulatur werden und wartet so auf den weiteren, bald legalisierten Einsatz, gefräßig wie immer, bereit, alles wegzumalmen, was da noch ist. Langsam spüren auch die letzten Mohikaner, wie gefährlich dieses Groko in Wahrheit ist.

Und doch: Ist es nicht seltsam? Niemand hält es auf. Immer noch nicht. Alle schauen wortlos zu, wie das unbeliebte Viech sich wieder an jenen Platz begibt, der ihm doch nicht gebührt. Der einzige Vorteil an der Sache ist, dass wir bald tatsächlich nichts mehr zu verfüttern haben. Damit ist auch dem hungrigen Biest ein Ende gesetzt. Und schon bald, so funktioniert Geschichte, wird ein noch größeres, noch viel gefräßigeres Scheusal kommen und unser Groko auffressen: Ratz Fatz, bis nichts mehr übrig ist. Dann soll aber niemand Grokodilstränen verdrükken, denn wir hätten alles auch ganz anders haben können: Mit ein bisschen mehr Einsatz und Courage.

Übrigens: Das Groko könnte auch Jamaika heißen oder Ampel. Es ist allein eine Systemfrage.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Es hat sich ausgelacht

Eine Berliner Institution wird abgerissen – Fürs Theater am Kurfürstendamm läuten schon die Totenglocken

Es ist amtlich. Die legendären Theaterbühnen am einstigen Berliner Prachtboulevard Kurfürstendamm müssen dem Kommerz weichen. Im Mai wird der gesamte Komplex des Ku'damm Karrees abgerissen, drei letzte Stücke werden bis dahin aufgeführt. Gekrönt vom „Abrissfestival“ – ein Hoch auf die Kunst der Unterhaltung!

Vor genau 40 Jahren stand die Urberlinerin Barbara Schöne mit dem Kollegen Harald Juhnke am Kurfürstendamm auf der Bühne. „Spiel mit dem Feuer“ hieß das Stück, das mit 750 Vorstellungen zu einem großen Erfolg wurde. Vergangenen Sonnabend kehrte die Grande Dame der Unterhaltung an diese Traditionsstätte zurück. Ein letztes Mal vor dem Abriss der historischen Ku'damm-Bühnen, einer echten Institution.

Für West-Berliner und Theateranhänger ist dieses Ende ein Armutszeugnis für Berlin, wurde doch die Komödie in den 1920er Jahren von Architekt Oskar Kaufmann für Regisseur Max Reinhardt als Boulevardtheater mit 500 Plätzen erbaut. Jahrzehntelang war sie Spielstätte für Größen wie Heinz Rühmann, Inge Meisel oder Günter Pfitzmann. Marlene Dietrich feierte hier 1928 mit „Es liegt was in der Luft“ ihre Premiere am Ku'damm.

Kulturvielfalt läge dem Senat am Herzen, wird immer wieder verkündet. Doch wo bleiben die Theater im Westen der Stadt? 1993 erfolgte die Schließung des Schillertheaters, dann die Privatisierung des Schlosspark Theaters, Übernahme durch Didi Hallervorden, und die Zukunft des Hansa-Theaters steht seit mehr als einem Jahrzehnt in den Sternen.

Das Theater und die Komödie am Kurfürstendamm werden nun einem Neubau weichen. Impresario Jürgen Wölffer, der das Theatergeschäft in die Hände seines Sohnes Martin gab, spricht sogar von einem Skandal: „In Wien, Paris und London tut man alles, um solche Spielorte zu erhalten, hier werden sie abgerissen.“

Nach 15-jährigem Streit und dem misslungenen Versuch des Vereins „Rettet die Ku'damm-Bühnen“, gegründet von Theaterclub-Chef Otfried Laur und Grünen-Politikerin Franziska Eichstädt-Bohlig, wird das nächste Stück Berliner Kultur- und Stadtgeschichte begraben. Intendant Martin Woelffer darf zwar im künftigen Neubau eine Bühne nach eigenen Vorstellungen aufbauen, ein Nachgeschmack bleibt jedoch. Der Eingang wird nicht mehr am einstigen Prachtboulevard sein, dort werden künftig Geschäfte ihre Pforten öffnen. Die Ersatzbühne soll im Kellergeschoss entstehen, mit einem oberirdischen Foyer. Die besondere Patina der West-Berliner Theaterstätte wird verloren gehen.

Zwischenzeitlich zieht Woelffer in die Interimsspielstätte Schillertheater, die auch schon – sieben Jahre lang – der Deutschen Staatsoper als Exil diente. Optimistische Bauplanungen gehen nun von zwei Spielzeiten aus, Woelffer richtet sich auf drei Jahre ein. Bauen in Berlin dauert in der Regel länger, das ist nichts Neues.

Ebenfalls nicht neu ist der hart umkämpfte Markt im Berliner Kulturleben. Fehlen Planungssicherheit und Subventionen, können sich die kreativen Köpfe privater Etablissements nur schwer auf das Theatermachen konzentrieren. Da ist es nicht leicht, die Gratwanderung zwischen eigenem Anspruch und dem Wunsch nach Unterhaltung zu meistern.



Bald gehen über der Glitzergöttin die Lichter aus: Annette Frier in „Gott der Allmächtige“ Bild: Bäthge

Im aktuellen Stück „Das Wunder vom Kudamm“ wird die Utopie eines unglaublichen Happy Ends erzählt: Eine Handvoll tapferer Übriggebliebener stemmt sich im Theater gegen den drohenden Abriss und trotzt ihrem Schicksal. Barbara Schöne stimmt mit ihren Kollegen Berliner Lieder aller Zeiten und Stile an – von Marlene Dietrich über Hildegard Knef und Paul Lincke bis Peter Fox. Es ist ein hoffnungsvoller Liederabend über Widerstandsgeist und Theater-Wahnsinn. Nach dem Tod Peter Frankenfelds versammelte die 70-jährige Ulknudel Schöne als Assistentin von Juhnke mit der legendären Sendung „Musik ist Trumpf“ einst bis zu 30 Millionen Zuschauer vor dem Fernseher. In ihrem Lied „Ist die Welt auch noch so schön“ schwingt jetzt im Theater dann doch etwas Wehmut mit, die über dem Theater schwebt.

Keinesfalls wehmütig wollen sich die Macher des Abrissfestivals inklusive Musik und Tanz geben. Es soll vielmehr eine Hommage an die goldenen Zeiten sein, in denen das Nachtleben Berlins auch im Westen brodelte. An die Revuen nach Mitternacht am belebten Kurfürstendamm, auf dem man nachts noch auf und ab flanierte. Luxusmarken-Läden, Elektronikfachgeschäfte und Designer-Einrichtungshäuser locken nur wenige Flaneure an.

Zum Abschied soll an die Geschichte dieses besonderen Ortes im Westen Berlins erinnert werden. Die Ausstellung „Lebewohl“ lässt die glorreichen Zeiten wieder aufleben, 60 Fotos spiegeln ein Jahrhundert Berliner Kulturleben wider. Und Anfang März wird der wohl größte Entertainer Deutschlands zurückkehren an den Ort seines Schaffens: Harald Juhnke singt, tanzt barfuß und steppt in Lackschuhen – nämlich in Form eines Hologramms. In „The Entertainer“ wird die Geschichte eines Spaßmachers erzählt, der – getrieben zwischen Witz und Wahnsinn – seine Scherze erzählt, bis der letzte Scheinwerfer erloschen ist. Schauspieler Peter Lohmeyer schlüpft in die Rolle des legendären Berliners – und schaltet am Schluss tatsächlich das Licht aus.

Ausgerechnet Gott läutete den Anfang vom Ende auf der Bühne des Ku'damm Theaters ein mit „Gott der Allmächtige“, gespielt von Annette Frier, die beliebte Anwältin Danni Lowinski in der gleichnamigen Sat.1-Serie. Die Abriss-Spielzeit hat begonnen, da kann selbst der Schöpfer des Himmels und der Erde nichts mehr richten. Im letzten der neuen zeitgemäßen Zehn Gebote verkündet er, der hier eine „sie“ ist: „Glaube an dich selbst!“

Erlebt man das muntere nächtliche Treiben beim Abrissfestival, so verstärkt sich der Eindruck: Auch jedem Ende wohnt ein gewisser Zauber inne, und der Glaube stirbt ja bekanntermaßen zuletzt. Denn: The Show must go on! *Susan Bäthge*

„Das Wunder vom Kudamm“ läuft bis 6. Mai, Eintritt 13 bis 47 Euro. „Der Entertainer“ läuft vom 4. März bis 6. Mai, Eintritt 13 bis 47 Euro. Karten unter Telefon (030) 8859110, Internet: www.komoedie-berlin.de. Das Abrissfestival läuft bis 6. Mai im Theater am Kurfürstendamm.



MELDUNGEN

»Wolfskinder« in der Oper

Berlin – Die Neuköllner Oper in der Berliner Karl-Marx-Straße 131–133 widmet sich in ihrem neuesten Projekt den Wolfskindern. Im gleichnamigen Musiktheater werden Motive aus Humperdincks Oper „Hänsel und Gretel“ mit dem Leiden der elternlosen Kinder und Jugendlichen verknüpft, die 1945 auf der Flucht aus Ostpreußen in den Wäldern Litauens umherirrten. Termine: 9. bis 11., 16. bis 18. sowie 23. und 24. Februar. Karten unter Telefon: (030) 68890777 oder Internet: www.neukoellneroper. de *tws*

Theodor Fontane im Internet

Potsdam – Der 200. Geburtstag Theodor Fontanes am 30. Dezember 2019 wirft Internetschatten voraus. Das Land Brandenburg, das für das Fontane-Jahr zwei Millionen Euro zur Verfügung stellt, gibt jetzt einen Ausblick auf das Programm mit der neuen Webseite www.fontane-220.de.*tws*

Kölner Museum bleibt am Dom

Köln – Das Römisch-Germanische Museum (RGM), das direkt neben dem Kölner Dom liegt, kann nun noch bis Ende 2018 im Gebäude am Roncalliplatz bleiben. Ursprünglich sollte es für sechs Jahre geschlossen werden. Grund dafür ist die überfällige Sanierung des über 40 Jahre alten Gebäudes. Doch kurz vor der angekündigten Schließung kam der Rückzieher. Die Feuerwehr hat einem Vorschlag zugestimmt, die Brandschutzanlagen bei laufendem Museumsbetrieb zu sanieren. Doch für die Zeit ab 2019 sucht die Stadt Köln weiter nach einem Interimsquartier für das RGM. Das „Belgische Haus“ am Neumarkt kommt als Ausweichstätte in Frage. Seit der Eröffnung 1974 haben mehr als 20 Millionen Menschen das RGM besucht. *ske*

Ab- und herausgeschnitten

Kinofilm über die Getty-Entführung – Schauspieler Kevin Spacey gleich mitentführt

Der Entführungsfall von John Paul Getty III. wird immer mit einem abgeschnittenen Ohr in Erinnerung bleiben. Der Film „Alles Geld der Welt“ wird es mit einem herausgeschnittenen Hauptdarsteller bleiben. Aus dem am 15. Februar in den Kinos startenden Drama, welches das Schicksal des 1973 in Italien von der 'Ndrangheta entführten Milliardärsenkel aufrollt, ist gleichsam der Schauspieler Kevin Spacey entführt worden.

Ursprünglich hatte der Hollywoodstar die Rolle des geizigen US-Ölmagnaten Jean Paul Getty verkörpert, der keinen Cent Lösegeld für seinen Enkel zahlen wollte. Doch dann ging auch Spacey in der „MeeToo“-Anklagewelle regelrecht unter. Weil er in grauer Vorzeit junge Männer sexuell belästigt haben soll, haben Hollywoods Sittenwächter auch ihn zur Persona non grata erklärt. So hat man ihn nicht nur aus der letzten Staffel der beliebten Serie „House of Cards“ getilgt, sondern auch aus dem bereits fertig abgedrehten Getty-Film.

Nun musste alles schnell gehen. So wollte man den US-Premierentermin Ende Dezember 2017 unbedingt einhalten, der dazu berechtigt, dass der Film für die diesjährigen Oscars berücksichtigt wird. Außerdem sollte er gegenüber einem Konkurrenzprodukt, eine in diesem Jahr startende TV-Serie über den Getty-Fall, zeitlich die Nase vorn haben. Regisseur Ridley Scott ließ daher nur sechs Wochen vor dem US-Kinostart alle Szenen, in denen Spacey auftrat, mit Christopher Plummer als greisem Getty nachdrehen. Mit Erfolg: Der kanadische Ersatzmann erhielt jetzt sogar eine Oscar-Nominierung für die beste Nebenrolle.

Der etwa zehntägige Nachdreh machte den Film natürlich teurer. Neben der zusätzlichen Gage für Plummer erhielt Mark Wahlberg als Gettys Berater einen Aufschlag von 1,5 Millionen Dollar, während Michelle Williams als Mutter des Entführungsopfers mit angeblich nur 1000 Dollar abgespeist wurde. Doch Hollywoodstar Wahlberg zeigte sich generös: Er kündigte an, seine Zusatzgage im Namen seiner Kollegin Williams zugunsten von Missbrauchsopfern spenden zu wollen.





Bild: Tobis Film GmbH

Steinreicher Opa: Getty (Christopher Plummer) mit seinem Enkel

So löste sich alles in Wohlgefallen auf. Scott gelang dann auch ein spannendes Entführungsdrama, selbst wenn es nicht ganz an seine früheren, schon kultartig verehrten Hits wie „Alien“, „Blade Runner“ oder „Gladiator“ heranreicht. Zentrum seines Interesses ist weniger das junge, damals 16-jährige Entführungsopfer, gespielt von dem nicht mit Christopher Plummer verwandten Charlie Plummer, sondern der alte Getty, ein Geizkragen à la Dagobert Duck. Durch Hinhaltetaktik gelingt es ihm, das Lösegeld für seinen mittellosen Enkel von 17 auf drei Millionen Dollar zu reduzieren, die er auch nur deshalb lokker macht, weil er das Geld zum Teil trickreich versteuern kann.

Nach fünf Monaten Gefangenschaft kommt Getty III frei, mit einem Ohr weniger und als gebrochener Mann, der dem Drogenkonsum verfällt. *Harald Tews*

Tod am Pendel

Der Erfinder des »Foucaultschen Pendels«

Umberto Eco, der Autor des Weltbestsellers „Im Namen der Rose“, ersann 1988 eine missbräuchliche Verwendung des „Foucaultschen Pendels“. In seinem gleichnamigen Werk wird eine Romanfigur im Pariser Museum Conservatoire des Arts an einem solchen Pendel erhängt.

Als der französische Physiker Léon Foucault das nach ihm benannte Pendel 1851 erstmals aufhing, wollte er damit lediglich die Erdrotation nachweisen. Denn solche Pendel bewegen sich statt in einer spiralförmigen, in einer rosettenförmigen Kreisbahn.

Der vor 150 Jahren, am 11. Februar 1868, in Paris gestorbene Physiker erfand daneben auch den Kreiselkompass und sorgte für eine exakte Messung der Lichtgeschwindigkeit. Trotzdem wird sein Name meist nur wegen des Pendels in Erinnerung bleiben, auch weil dieses Eingang in die Literatur fand. Das mag sich ändern, wenn die Wissenschaft am 18. September 2019 seinen 200. Geburtstag feiert. *H. Tews*



Foucaultsche Pendel zieren inzwischen auch Treppenhäuser: Hier eine Version im Hamburger Zürichhaus Bild: tws

Der Widerstand endete unter dem Fallbeil

Die Flugblätter der »Weißen Rose« prangerten das NS-Regime an

Die sechste Flugblattaktion wurde der Weißen Rose zum Verhängnis. Am 18. Februar vor 75 Jahren verhafteten die Nationalsozialisten Sophie und Hans Scholl.



Bild: akg images

Münchner Ostbahnhof 1942: Mitglieder der Weißen Rose, kurz vor ihrer Abkommandierung als Sanitäter für die Ostfront

Die Gestapo hatte bei den Verhören leichtes Spiel. Das Geschwisterpaar gestand alles und bereute nichts. Nur eines: „die Dummheit“, wie Sophie Scholl sagte, die Flugblätter aus dem zweiten Stock der Ludwig-Maximilian-Universität in den Lichthof herabgeworfen zu haben. Dabei wurde sie vom Hausmeister beobachtet. Die Widerstandskämpfer der Weißen Rose waren enttarnt.

Aus den Protokollen der Vernehmung geht hervor, wie mutig und charakterfest die Geschwister alle Fragen beantworteten, die Biologie- und Philosophiestudentin Sophie, 21 Jahre alt, und der Medizinstudent Hans, 24 Jahre. „Ich bin nach wie vor der Meinung, das Beste getan zu haben, was ich gerade jetzt für mein Volk tun konnte ... Ich will die Folgen, die mir aus meiner Handlungsweise erwachsen, auf mich nehmen.“ Mit diesen Worten der Sophie Scholl schließt das Protokoll. Fast wortgleich äußerte sich ihr Bruder.

Ihre sechste und letzte Flugblattaktion richtete sich an die Studenten der Münchner Universität: „Kommilitoninnen! Kommilitonen! Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer von Stalingrad. Dreihundertdreißigtausend deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegsgefreiten sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben gehetzt. Führer, wir danken dir! Es gärt im deutschen Volk: Wollen wir weiter einem Dilettanten das Schicksal unserer Armeen anvertrauen? Wollen wir den niedrigsten Machtinstinkten einer Parteiclique den Rest unserer deutschen Jugend opfern? Nimmermehr!“

Die jungen Widerstandskämpfer, geboren in Forchtenberg, stammten aus einer liberalen, christlichen Familie mit fünf Kindern. Ihr Vater Robert war überzeugter Pazifist und Demokrat. Im Gegensatz zu der Einstellung ihrer Eltern begeisterten sich Sophie und Hans Scholl anfangs für die Ideen des Nationalsozialismus. Beide waren Mitglieder der Jugendorganisationen Bund Deutscher Mädel (BDM) und Hitlerjugend. Hans nahm als HJ-Fahnenträger 1935 am Reichsparteitag in Nürnberg teil. Er kehrte ernüchtert zurück. Die NS-Parolen erschienen ihm als hohle Phrasen, die mit seinem Traum von einer freien, humanistisch geprägten Welt nichts gemein hatten. Er und seine Schwester kehrten der Hitlerjugend den Rücken und traten in die verbotene Bündische Jugendbewegung ein. 1937 wurde Hans Scholl deswegen verhaftet und angeklagt. Eine Strafe erhielt er nicht. Mit Ausbruch des Krieges arbeitete er in Lazaretten an der West- und Ostfront. Die schrecklichen Folgen des Krieges verfestigten die Abscheu der Familie gegen das NS-Regime. Vater Robert bezeichnete in seinem Steuerbüro vor Mitarbeitern Adolf Hitler als „Geißel Gottes“. Er wurde denunziert und zu Haft mit anschließendem Berufsverbot verurteilt. Im August 1942 trat er seine Strafe an.

Am 27. Juni 1942 erschien das erste Flugblatt der Weißen Rose, verfasst von Hans Scholl und seinem Freund Alexander Schmorell. Sie schickten es an ausgewählte Empfänger, an Professoren, Autoren, Buchhändler und Studenten. „Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique ‚regieren‘ zu lassen. Ist es nicht so, dass sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt ...?“

Bis September 1942 tauchten weitere drei Flugblätter auf, nun in großer Zahl vervielfältigt auf Matrizen. Im Flugblatt Nummer 2 prangerte die Weiße Rose an, dass Juden auf „bestialischste Art“ ermordet wurden, und rief die Deutschen auf: „Leistet passiven Widerstand, wo immer Ihr seid. Es ist höchste Zeit, diese braune Horde auszurotten.“ Das Flugblatt Nummer 3 gibt konkrete Anweisungen zum aktiven Widerstand. „Sabotage in Rüstungs- und kriegswichtigen Betrieben, Sabotage in allen Versammlungen, Kundgebungen, Festlichkeiten, Organisationen, die durch die nationalsozialistische Partei ins Leben gerufen werden. Verhinderung des reibungslosen Ablaufs der Kriegsmaschine ...“

Im Flugblatt Nummer 4 stellt sich die Weiße Rose vor: „Wir schweigen nicht. Wir sind Euer böses Gewissen.“ Im fünften Flugblatt „An alle Deutschen“, erschienen im Januar 1943, entwirft sie ein Bild vom vereinten Europa mit dem föderalistischen Staat Deutschland. „Der imperialistische Machtgedanke muß, von welcher Seite er auch kommen möge, für alle Zeit unschädlich gemacht werden.“

Tausende Flugblätter tauchten in München und Umgebung auf. Sie steckten in Briefkästen, Telefonzellen und an den Frontscheiben von geparkten Autos. Die Gestapo vermutete längst, dass hinter der Weißen Rose Studenten ständen. Die Diktion, philosophische Betrachtungen über das Recht auf freie Rede und gegen staatliche Willkür, deuteten darauf hin.

Nach der Schlacht von Stalingrad bereitet die Weiße Rose die sechste Flugblattaktion vor. In einem Koffer und einer Tasche tragen Sophie und Hans Scholl Stapel in die Eingangshalle der Universität. Um 11.15 Uhr wird Sophie festgenommen, gleich danach ihr Bruder. In seiner Tasche steckt der Entwurf für ein siebtes Flugblatt, verfasst von Christoph Probst.

Sophie Scholl hätte möglicherweise ihr Leben retten können. Der Leiter des Verhörs soll in der jungen Frau eine Mitläuferin gesehen haben, die von ihrem Bruder, dem Kopf der Weißen Rose, verführt wurde. Sophie Scholl wies das zurück. Vier Tage nach der Verhaftung fand der Prozess unter Vorsitz des Präsidenten am Volksgerichtshof, Roland Freisler, statt. Noch am selben Tag wurden die Geschwister und Christoph Probst durch das Fallbeil enthauptet. Alexander Schmorell wurde später gefasst und hingerichtet.

Nach Kriegsende stellten die Amerikaner den Hausmeister der Universität vor Gericht. Er gab an, nur seine Pflicht getan zu haben. Es sei verboten gewesen, Gegenstände in den Lichthof zu werfen. Der Inhalt der Flugblätter habe ihn nicht interessiert. Der Angeklagte erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren. *Klaus J. Groth*

Der »Vater des modernen Rechnens«

Mit dem Gebrauch von Deutsch statt Latein und arabischen Ziffern statt römischen Zahlen setzte Adam Riese Maßstäbe

Wer zwei und zwei zusammenzählen kann, beruft sich gern auf ihn: Das macht nach Adam Riese vier. Die Redensart soll unterstreichen, dass die Rechnung stimmt, und das seit 500 Jahren. Der nachhaltig beschworene Oberfranke aus Staffelstein am Main veröffentlichte 1518 das erste seiner drei Rechenbücher für den Unterricht in Rechenschulen und für die Ausbildung von Kaufleuten und Handwerkern. Das bewährte Werk über das Rechnen auf den Linien eines Rechenbretts, ein historisches Rechenverfahren für die Grundrechenarten, erschien unter dem Titel „Rechnung auff der linihen“. Im ausführlichen Untertitel bekundete der Verfasser: „Gemacht durch Adam Riesen von Staffelsteyn / in massen man es pflegt tzu lern in allen rechenschulen gruntlich begriffen anno 1518. vleysiglich uberlesen / und zum anderen mall in trugk fertiget.“ Auf heutiges Deutsch und kurz gesagt schrieb Riese ein Rechenbuch für ABC-Schützen.

Ein halbes Jahrtausend Widerhall braucht mehr als einen guten Grund. Riese legte als erster einer größeren Öffentlichkeit die wichtigsten Rechenarten schriftlich dar. Seine Anleitung erklärte jedermann, der lesen konnte, wie sich die maßgeblichen Regeln für das Zusammenzählen, Abziehen, Malnehmen und Teilen mit Tafel und Kreide bewältigen ließen.



Vor 500 Jahren erschien sein erstes Rechenbuch: Adam Riese

Bild: bpk

Zuvor war der Umgang mit Zahlen und Summen auf meist mündliche Überlieferung und einen kleinen Kreis beschränkt gewesen. Kaufleute benutzten den Abakus für ihre Abrechnungen. Das Gerät bestand aus einem Rahmen mit mehreren Reihen kleiner Kugeln oder Perlen. Die schob man hin und her, um Preise, Soll und Haben nach Heller und Pfennig aufzulisten.

Die Gelehrten des ausgehenden Mittelalters kannten zu Lebtagen Rieses freilich mehr als die Grundrechenarten. So hatte Zeitgenosse Nicolaus Copernicus aus Thorn berechnet, dass die Erde die Sonne umrundete. Die Kirche wollte damals noch das Gegenteil wahrhaben.

Doch die Ergebnisse des Astronomen erschienen auf Latein. Das war damals die Verkehrssprache der Wissenschaft, aber nicht des Volkes. In einer Zeit ohne allgemeine Schulpflicht bildete dies eine zusätzliche Hürde vor den Quellen der Bildung. Riese schrieb dagegen Deutsch.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung für den Durchbruch seines Lehrstücks hatte der Mainzer Johann Gutenberg um 1440 geschaffen. Die Erfindung des Buchdrucks ermöglichte es, Aufzeichnungen in nennenswerter Zahl zu vervielfältigen und über Land und Meer zu verbreiten. Bis dahin kannte Europa nur Abschriften von Hand. Das beschränkte naturgemäß die Auflagen.

Rechenmeister Riese benutzte zudem die arabischen Ziffern von 0 bis 9 für den bequemen Gebrauch im Dezimalsystem. Die gängige Zahldarstellungen war seinerzeit noch die der Römer in Gestalt von Großbuchstaben: I für 1, V für 5, X für 10, L für 50, C für 100, D für 500 und M für 1000. Aus Verbindungen dieser sieben Zeichen wurden die übrigen Zahlen gebildet. So bezeichnete MDXIIX, aber auch MDXVIII das Erscheinungsjahr 1518 des ersten Rechenbuchs. Die Null konnten die Römer nicht darstellen. Zudem war der Stellenwert zwiespältig. Vor einer höherwertigen Ziffer wurde abgezogen, dahinter dazu gezählt. So stand die Buchstabenkombination IX für neun und die XI für elf. Solche Besonderheiten machten die Grundrechenarten umständlich. Meister Riese erwarb das Verdienst, auch dieses Hindernis für die Fasslichkeit der Rechenregeln beseitigt zu haben.

Das Dezimalsystem war nur eins unter mehreren gebräuchlichen Verfahren. Manchethalben rechnete man in einer Zwölfer-Anordnung. Darauf deutet die heute noch übliche Mengenbezeichnung von einem Dutzend hin. In der Zeitrechnung benutzt man immer noch ein Sechziger-Schema. So werden Stunden nach 60 Minuten zu jeweils 60 Sekunden gezählt. Dieser Ansatz stammt noch von den Babyloniern.

Dasselbe gilt für die Unterteilung des Kreises in 360 Grad. Sie gehört gleichfalls zum babylonischen Erbe. Die Anordnung eröffnete gewisse Vorzüge für das Rechnen in ganzen Zahlen. Die 360 besitzt besonders viele Teiler, die keinen Rest hinterlassen. Erst in der Neuzeit führten Landvermesser eine Kreisteilung zu tausend Gon ein. Darüber hinaus hat sie sich jedoch nicht durchgesetzt.

Sein Glücksgriff mit der allgemein verständlichen Darstellung ermutigte Riese zu zwei Neufassungen: „Rechenung auff der linihen und federn“, erschienen 1522, und „Rechenung nach der lenge auf den Linihen und Feder“ von 1550. Bis ins 17. Jahrhundert wurden seine Bücher rund 120-mal aufgelegt.

Adam Riese kam 1491 oder 1492 als Sohn des Müllers Contz Riese und dessen Frau Eva in Staffelstein zur Welt. Vom Familiennamen sind verschiedene Schreibweisen überkommen wie „Ris“, „Ries“, „Ryse“ oder „Ryeß“. Über den Bildungsweg des Meisters ist wenig bekannt. Um 1518 leitete er offenbar eine Rechenschule in Erfurt. Dort erschienen seine beiden ersten Bücher. 1522 zog er nach Annaberg ins Erzgebirge.

Dort heiratete Riese im Jahr 1525 Anna Freybergk, die Tochter eines Schlossers. Das Paar hatte fünf Söhne und drei Töchter. Seinen Lebensunterhalt bestritt der Vater mit Abrechnungen der Erzgruben. Zudem betrieb er auch hier eine Rechenschule. Im Jahr 1559 starb der Meister. Das Schulhaus in der Annaberger Johannisgasse beherbergt heute ein Adam-Riese-Museum. Die Nachwelt hat den volkstümlichen Deutschen mit etlichen Denkmälern geehrt. 1997 wurde nach ihm ein Asteroid benannt, der Himmelkörper „7655 Adamries“. Die Bundespost gab zu seinem Andenken zwei Sonderbriefmarken heraus: 1959 zum 400. Todestag und 1992 zum 500. Geburtstag.

Sein Geburtsjahr ist allerdings nur ungenau bekannt. Das einzige zeitgenössische Bildnis von Riese aus dem Jahr 1550 trägt einen Vermerk, der sein Alter mit 58 Jahren angibt. Aber Monat und Tag stehen nicht fest. Wenn der Meister seinen 58. Geburtstag im selben Jahr begangen hat, wäre er 1492 geboren.

Doch er könnte sein 58. Lebensjahr auch schon im Herbst 1549 vollendet und folglich das Licht der Welt bereits 1491 erblickt haben. Dann läge die Bundespost mit ihrer zweiten Gedenkmarke daneben. Denn: 1549 weniger 58 ergibt 1491 – nach Adam Riese! *V. Wittmann*

Roms letzter und Austrias erster Kaiser

Vor 250 Jahren wurde der Herrscher des Heiligen Reiches und des Kaiserstaates Österreich Franz II./I. geboren

Dutzende von Deutschen und auch Nichtdeutschen waren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches in der Tradition des (West-)Römischen Imperiums. Und immerhin vier Habsburger waren Kaiser von Österreich. Aber nur einer war beides, als Franz II. von 1792 bis 1806 Roms und als Franz I. von 1804 bis 1835 Austrias Kaiser.

In Franz' 43-jährige Herrschaftszeit fiel die von seinem Land ausgehende Restauration. Bemerkenswerterweise wurde diese jedoch nicht ihm, sondern dem verhassten Staatskanzler Klemens von Metternich angelastet. Er selber hingegen erfreute sich bei seinen Untertanen einer recht großen Beliebtheit. Ähnlich wie sein preußisches Pendant, Friedrich Wilhelm III., bevorzugte er einen bescheidenen, bürgerlichen Lebensstil. Gerne gab er sich volkstümlich. Er besaß die auch seinem Enkel und Nachfolger von 1848 bis 1916, Franz Joseph I., nachgesagte Mischung aus Gelassenheit und Wurstigkeit, aus Souveränität und Phlegma. Goldig war auch sein Humor. Als der bereits dreimal Verwitwete 1816 die nur halb so alte vierte Frau ehelichte, meinte er trocken: „Wenigstens habe ich dann nicht in ein paar Jahren wieder eine Leich'!"

Dabei ist Franz von der Verantwortung für die Politik seines Kanzlers Metternich nicht freizusprechen. Wir befinden uns mit Franz noch im Zeitalter des Spätabsolutismus, und Metternich hätte nichts bewirken können ohne die Rückendeckung seines Souveräns. Und wenn Franz auch ein eher an Botanik als an Politik interessierter Mensch war, so wollte er politisch doch noch vor seinen Vorgänger von 1765 bis 1790 und Onkel, den Reformkaiser Joseph II., zurück. Im Vergleich mit Joseph, dem Zeitgenossen und gewissermaßen österreichischen Pendant von Friedrich dem Großen, war er in dem Spektrum zwischen dem ersten Diener des Staates, Preußens König Friedrich II., und dem Staat daselbst, Frankreichs König Ludwig XIV., eher bei letzterem. Für ihn stand nicht der Staat im Zentrum, sondern die Dynastie. So überließ er denn auch seinem ältesten Sohn, Ferdinand, das Erbe trotz begründeter Zweifel an dessen Regierungsfähigkeit.

Zum Verständnis von Franz' reaktionärer Haltung muss man bedenken, dass ihm vom Beginn seiner Herrschaft an erst vom revolutionären Frankreich und dann vom Kind der Französischen Revolution, Kaiser Napoleon I., zugesetzt wurde.

1790 starb Franz' Onkel Joseph II. und zwei Jahre später dessen direkter Nachfolger, Franz' Vater Leopold II. Nun war Franz am Ruder. Er übernahm die Herrschaft in Österreich und wurde noch im selben Jahr traditionsgemäß von den Kurfürsten zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches gewählt. Noch vor seiner Krönung im Frankfurter Dom, welche die letzten Kaiserkrönung in Mitteleuropa sein sollte, erklärte das revolutionäre Frankreich, formal noch Königreich, Österreich den Krieg. Wie diesen ersten führte auch der zweite Koalitionskrieg zu einem Machtgewinn Frankreichs auf Kosten Österreichs.

1804 krönte sich Napoleon zum Kaiser der Franzosen. Damit standen die Habsburger nun unter den Bonapartes, denn gemeinhin wählten die Kurfürsten zwar den jeweils in Österreich regierenden Habsburger zum Kaiser, aber das machte aus den Habsburgern noch keine kaiserliche Dynastie. Deshalb schuf Franz die österreichische Erbmonarchie mit ihm als Kaiser. Franz war nun in Personalunion als Franz II. Kaiser des Heiligen Römischen Reiches und als Franz I. Kaiser von Österreich. Mit dem österreichischen Kaiserstaat hatten die Habsburger nun endlich ein staatliches Gefäß für ihre vor allem durch Heirat im Laufe der Jahrhunderte gewonnen diversen Besitzungen im mitteleuropäischen Raum, von denen das Erzherzogtum Österreich nur einen Bruchteil ausmachte.



Franz I. im österreichischen Kaiserornat: Gemälde von Friedrich von Amerling aus dem Jahre 1832

Bild: CF

Spätestens die Gründung des Rheinbundes ließ Franz die Gefahr erkennen, dass die Kurfürsten als nächstes einen Angehörigen des Hauses Bonaparte zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches wählen und damit die Habsburger zu Lehensmännern eines Bonaparte machten, denn ein großer Teil Österreichs war ja nicht souverän, sondern gehörte zum Heiligen Römischen Reich. Also legte Franz 1806 die Krone nieder und erklärte das Heilige Römische Reich für aufgelöst.

Nach dem verlorenen fünften Koalitionskrieg von 1809 gab Franz den Widerstand gegen Frankreich vorerst auf und ließ seinen neuen Außenminister Metternich eine frankreichfreundliche Politik betreiben. Dazu gehörte, dass Franz Napoleon seine Tochter Marie-Louise zur Frau gab, dass er sich an dessen Russlandfeldzug beteiligte und dass er nach dessen Scheitern nicht wie Preußen gleich die Seite, sondern erst einmal nur in die Neutralität wechselte, was Österreich die Rolle eines Züngleins an der Waage gab. Metternich entschied sich schließlich für die antinapoleonische Koalition, und Napoleons Schicksal war besiegelt.

Bei der Neuordnung Europas nach Napoleons Niederlage auf dem Wiener Kongress von 1814/15 war Franz zwar der Gastgeber, aber die Politik machte Metternich. Allerdings war er persönlich maßgeblich mit dafür verantwortlich, dass Österreich aus Deutschland hinauswuchs, wie es so schön heißt. Enttäuscht von der Illoyalität der Rheinbundfürsten während der napoleonischen Zeit lehnte er es ab, der Idee der Restauration folgend die von ihm niedergelegte römisch-deutsche Kaiserkrone wieder aufzunehmen. Damit verzichtete er ohne Not auf ein wichtiges Symbol der Vorherrschaft in Deutschland.

Zudem hatte er die Erfahrung machen müssen, dass sich Österreichs Exklaven nur schwer verteidigen ließen. Er verzichtete deshalb auch auf den Rückerhalt der Österreichischen Niederlande und Vorderösterreichs mit den Exklaven in Südwestdeutschland zugunsten einer Arrondierung seines Staatsgebietes im Außerdeutschen. Die prestigeträchtige Wacht am Rhein überließ er damit der anderen großen deutschen Großmacht. Dieses und überhaupt das Herauswachsen Österreichs aus Deutschland in Kombination mit dem Hineinwachsen Preußens in Deutschland ist eine wichtige Weichenstellung für die Lösung der deutschen Frage durch Preußen auf Kosten Österreichs.

Die kleindeutsche Lösung erlebte Franz jedoch genauso wenig wie das Münden der Restauration in die 48er Revolution. Metternich, der bis 1859 lebte, musste noch erleben, dass er 1848 vom Hof gejagt wurde. Da war Franz schon längst tot. Der vor 250 Jahren, am 12. Februar 1768, geborene Doppelkaiser starb am 2. März 1835 in seiner Haupt- und Residenzstadt Wien. *Manuel Ruoff*

Die »Weltformel« des »teutonischen Ehrgeizlings«

Vor 60 Jahren jubelte die Presse, der Physik-Nobelpreisträger Werner Heisenberg habe die physikalische »Theorie von Allem« gefunden

Werner Heisenberg gehörte zu den genialsten deutschen Wissenschaftlern aller Zeiten. Vor 60 Jahren präsentierte der Nobelpreisträger für Physik des Jahres 1932 seine aufsehenerregende „Weltformel".

Das von Isaac Newton und James Clerk Maxwell begründete Gebäude der klassischen Physik wirkte lange Zeit ebenso monumental wie unantastbar – bis Albert Einsteins Relativitätstheorie und Max Plancks Quantentheorie es zum Einsturz brachten. Anschließend versuchte Einstein, den von ihm selbst maßgeblich mitverursachten „Schaden" zu reparieren, indem er sich an die Einheitliche Feldtheorie wagte, die sämtliche grundlegenden physikalischen Kräfte im Universum in mathematischen Gleichungen miteinander verknüpfen sollte. Jedoch war diese Aufgabe selbst für das Genie Einstein zu anspruchsvoll: Seine „Weltformel" wollte partout nicht aufgehen.

Dann trat in den 1950er Jahren ein weiterer Nobelpreisträger auf den Plan, nämlich Werner Heisenberg. Der Deutsche gehörte zu den Mitbegründern der Quantenmechanik, die das Verhalten von Atomen beschreibt, und hatte 1927 im Alter von erst 26 Jahren die nach ihm benannte, revolutionäre Unschärferelation formuliert. Diese besagt unter anderem, dass es unmöglich sei, gleichzeitig die Geschwindigkeit und den Aufenthaltsort eines Elementarteilchens mit beliebiger Genauigkeit zu bestimmen. Heisenberg, der während des Zweiten Weltkrieges auch in das bis heute legendenumwitterte deutsche Atomwaffenprojekt eingebunden war, fungierte seit 1946 als Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik in Göttingen. In dieser Eigenschaft machte er sich gemeinsam mit einem Freund und Kollegen, dem Physik-Nobelpreisträger des Jahres 1945 Wolfgang Pauli, daran, Relativitäts- und Quantentheorie miteinander zu vereinen und die Phänomene Gravitation, Elektromagnetismus sowie schwache und starke Wechselwirkung in einem Modell beziehungsweise einer Formel zusammenzufassen. Diese hätte den theoretischen Physikern die Möglichkeit verschafft, alle Massenverhältnisse von Elementarteilchen, deren Wechselwirkung miteinander sowie ihr gesamtes sonstiges Verhalten ebenso präzise zu berechnen, wie das bei den Bewegungen der Planeten mit Hilfe der Newtonschen Gleichungen möglich ist.

Allerdings kam es im Laufe der Zeit zu einem Zwist zwischen Heisenberg und Pauli, weil letzterer als Perfektionist ersten Grades Heisenbergs unkonventionelle Art des Umgangs mit mathematischen Regeln kritisierte und schließlich 1957 drohte: „Wenn Du nicht mit diesem Unsinn aufhörst, dann kündige ich Dir unsere Freundschaft auf." Trotzdem freilich präsentierte Heisenberg seine aus lediglich 13 Komponenten bestehende Formel am 24. Februar 1958 während eines Vortrages im physikalischen Kolloquium der Universität Göttingen. Die Veranstaltung wurde auch von einigen vorab informierten Journalisten besucht, die sofort in sensationslüsterner Manier vermeldeten, nun sei endlich die „Weltformel" mitsamt der dazugehörigen physikalischen „Theorie von Allem" (theory of everything, ToE oder TOE) gefunden – so jubelte beispielsweise die „Frankfurter Allgemeine" auf ihrer Titelseite vom 1. März 1958.



Kurz vor seinem 70. Geburtstag: Werner Heisenberg

Bild: Imago

Dies verstörte sogar den eigentlich höchst selbstbewussten Heisenberg, weil ihm schwante, dass seine Einheitliche Feldtheorie doch noch ziemlich hypothetischer Natur war: „Die ganze Mathematik ist schauderhaft schwer. Nach längerem Nachdenken wird mir der Fall immer unklarer. Alles ist nur Vermutung." Deshalb schrieb er am 27. Februar 1958 entschuldigend an Pauli, die Presse habe ihre physikalisch unbeleckte Leserschar leider in „furchtbar dummer Form" informiert.

Das hinderte Heisenberg indes nicht daran, die „Weltformel" am 23. April 1958 während des Festaktes zum 100. Geburtstag von Max Planck nochmals vor knapp 3000 Zuhörern in Berlin vorzustellen. Damit erhielt die Angelegenheit endgültig eine Eigendynamik, die sich der Kontrolle des Nobelpreisträgers entzog. US-amerikanische Wissenschaftler starteten nun einige recht unqualifizierte Angriffe gegen den deutschen Kollegen. Als Grund gab Heisenbergs Ex-Mitarbeiter und Nachfolger als Institutsdirektor, Hans-Peter Dürr, später im Interview mit dem Deutschlandfunk an, dass sein früherer Chef an den Forschungsstätten jenseits des Atlantiks als „teutonischer Ehrgeizling" galt, „der die deutsche Physik für viel besser hielt, als das Übrige, was in der Welt passiert ist."

Jenseits solcher primitiven Verunglimpfungen hatten die Kritiker allerdings durchaus Recht, wenn sie sich über Heisenbergs hyperoptimistische Aussage mokierten, es gebe zwar noch verschiedene Kleinigkeiten zu klären und zu verbessern, aber im Wesentlichen liege er schon richtig. Selbstironisch verschickte Pauli einige Postkarten, auf die er ein Rechteck zeichnete und daneben schrieb: „Hiermit möchte ich der Welt demonstrieren, dass ich malen kann wie Tizian. Es fehlen nur noch ein paar Details."

Heisenberg ließ sich nicht beirren und hoffte bis zu seinem Tode im Jahre 1976 auf eine praktische Bestätigung für die Richtigkeit der von ihm aufgestellten Formel. In der Zwischenzeit entwickelten Forscher wie George Zweig und Murray Gell-Mann vom California Institute of Technology in Pasadena das Quark-Modell, das erstmals Ordnung in die Vielfalt der damals bekannten Elementarteilchen brachte und Heisenbergs Berechnungen deutlich widersprach. Das wiederum veranlasste diesen, sich über den Glauben an irgendwelche seltsamen „Quarkteilchen" zu ereifern: „Das ist schlechte Philosophie und folglich schlechte Physik."

Am Ende sollten sich aber die Theorien der Wissenschaftler vom Schlage Gell-Manns durchsetzen – weshalb letzterer 1969 den Nobelpreis erhielt. Die Existenz der Quarks, die heute neben den Leptonen und Eichbosonen als die fundamentalen und kleinsten Bestandteile jeglicher Art von Materie gelten, wird inzwischen nicht mehr ernsthaft bestritten.

Zugleich suchen Wissenschaftler weiter nach einer „Weltformel", die tatsächlich allen Ansprüchen genügt. Dabei scheint das Ziel momentan weiter entfernt als vor 60 Jahren. Vielleicht können aber die String-Theorien oder die Theorie der Schleifenquantengravitation (Loop-Theorie) dazu beitragen, die größte theoretische Herausforderung der modernen Physik zu meistern.

Wolfgang Kaufmann

Moment der Woche



Große Gefühle im Stadion: Eintracht-Frankfurt-Fans jubeln zusammen mit Spielern über einen 2:1-Sieg gegen Augsburg. Politik spielt in diesem Moment keine Rolle. Mancher mag die SPD wählen, mancher die CDU oder die AfD. Im Einstehen für die Eintracht sind echte Fans alle vereint. Was für ein böses Foul von Funktionären, wie Frankfurt-Präsident Peter Fischer, wenn sie ankündigen, AfD-Mitglieder aus dem Verein werfen zu wollen. *FH*

Selbstsicher und selbstverliebt

Unwissenheit, Widersprüche, wenig Neues — die Grünen und ihre neue Vorsitzende

Selbstsicher wirkt sie, als sie um 12.07 Uhr auf der Bühne des Hannoveraner Congress Centers hinter dem Rednerpult steht. Aber auch ein wenig selbstverliebt. Ihre Augen wandern ebenso schnell wie ziellos durch den großen Konferenzsaal, in dem sich die Delegierten der Partei Bündnis 90/Die Grünen versammelt haben, um für die kommenden Jahre zwei neue Bundessprecher auf den Schild zu heben.

Während sie lächelt, zeichnen sich immer wieder die Grübchen in dem noch etwas kindlich anmutenden Gesicht ab. Aus dem bereitgestellten Glas nimmt sie einen Schluck Wasser, atmet noch einmal durch und dann heißt es auch schon „Annalena, bitte!“. Das Tagungspräsidium hat ihr, Annalena Baerbock, das Wort für die große Kandidatenrede erteilt. Sie legt los. Leidenschaftlich will sie wirken. Sie muss darauf achten, dass ihre Stimme sich nicht überschlägt. Doch es gelingt ihr, auch wenn sie am Ende der elfminütigen Redezeit etwas rauer klingt als zu Beginn.

Immer wieder hämmert sie den Delegierten ein, was ihrer Meinung nach in der aktuellen politischen Lage zu tun ist. Freilich ohne dies explizit so zu sagen. Stattdessen erhebt sie ihre Forderungen in die Position des einzig objektiv Gebotenen, ja des Alternativlosen. „Wir müssen ...“ ist daher eine ihrer häufigsten Wortwendungen. Inhaltlich bietet sie nichts wirklich Neues. Die Rede ist ein kleiner Ritt durch die Leib-und-Magen-Themen ihrer Partei. Lediglich der Familiennachzug von Asylsuchern, der Kohleausstieg und die Europapolitik werden von ihr etwas deutlicher hervorgehoben.

Foto: Bündnis 90/Die Grünen

Annalena Baerbock: Häme für ein Interview im Deutschlandfunk

Zumindest bei den letzteren beiden Politikfeldern vermag die 1980 geborene Hannoveranerin auf eine gewisse Expertise aus ihrer eigenen Karriere zurückblicken. Sie ist prototypisch für heutige Berufspolitiker. Nach dem Abitur studierte Baerbock Politikwissenschaften in Hamburg und London. Eher untypisch für einen Berufspolitiker ihrer Partei ist, dass sie ihr Studium tatsächlich erfolgreich abschließen konnte. Passend zum Ende ihrer Hochschulausbildung im Jahr 2005 trat Baerbock dann den Bündnisgrünen bei und arbeitete zunächst als Mitarbeiterin für eine Europaabgeordnete. Parallel hierzu bastelte sie bereits an ihrer eigenen politischen Karriere. Den Einsatz in den Gremien der Partei hebt sie vor den Delegierten in Hannover genauso hervor, wie ihre Tätigkeit bei den gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU und FDP nach den zurückliegenden Bundestagswahlen.

Konkrete Ergebnisse ihrer bisherigen politischen Arbeit bleibt sie den versammelten Parteifreunden indes schuldig. Mit kämpferischen Worten beschwört sie stattdessen das Ringen um die gesellschaftliche Durchsetzung der bündnisgrünen Agenda. Die ist bekannterweise mehr als widersprüchlich: Staatstragend oder radikal, sozial oder ökologisch. Die Europäische Union muss verteidigt werden und zwar so, wie sie ist. Doch zugleich soll sie sich auch verändern.

Bei all diesen Antagonismen unterläuft ihr ein Lapsus, als sie erklärt, sie kämpfe gegen den Kohleausstieg, obwohl sie ganz offensichtlich das Gegenteil behaupten wollte. Schon einige Tage zuvor waren ihr in einem Interview mit dem Deutschlandfunk ebenfalls Fehler unterlaufen. So war sie der Ansicht, dass die grüne Bewegung am Standort eines geplanten Endlagers für Atommüll im niedersächsischen Gorleben seinerzeit vor allem gegen die Aufrüstung demonstriert hätte. Auch diktierte sie der das Interview führenden Journalistin ins Mikrofon, dass man überschüssig produzierten elektrischen Strom aus Erneuerbaren Energien im Stromnetz für einen späteren Bedarf speichern könne. Während die letzte Bemerkung gerade in sozialen Netzwerken viel Häme hervorgerufen hatte, nahmen die Delegierten des Parteitages keinen Anstoß an diesem Fauxpas.

Obwohl Baerbocks Rede zwar mit wohlwollendem, aber nur mäßigem Applaus bedacht wurde, wählten sie die 37-jährige Bundestagsabgeordnete mit 64,45 Prozent zu ihrer neuen Vorstandssprecherin. Ihre Gegenkandidatin, die dem linken Parteiflügel zugerechnete Anja Piel, erhielt lediglich 34,78 Prozent der Stimmen. Die Spitze der Bündnisgrünen hat sich mit ihr und dem ebenfalls gewählten Bundessprecher, Robert Habeck, zwar verjüngt, ob damit jedoch auch der von der Partei proklamierte politische Generationenwechsel eingeleitet wurde, bleibt abzuwarten.

Dirk Pelster

»Wolfgang, Sie sind .... «

... zu 2,1 Prozent Afrikaner und zu 27,1 Prozent Osteuropäer — *PAZ*-Autor Wolfgang Kaufmann ließ seine Gene analysieren

DNA-Tests sind „in“. Angeblich verraten sie, aus welchen Regionen der Erde die eigenen Vorfahren stammen, beziehungsweise welchen Ethnien sie angehörten. Allerdings ist das Verfahren wissenschaftlich umstritten. Darüber hinaus drängt sich der Verdacht auf, dass mit Hilfe der sogenannten Ethnizitätsschätzung Gehirnwäsche betrieben werden soll.

Nun ist sie endlich da: die ungeduldig erwartete Mail, die mir das Ergebnis des DNA-Tests zu meiner ethnischen Herkunft mitteilt. Schnell öffnen und auf den entsprechenden Link klicken. Sofort erscheint die Zeile: „Wolfgang, Sie sind ...“ Sekunden später rotiert ein Globus auf dem Bildschirm und ich erfahre, dass ich zu 97,9 Prozent Europäer und zu 2,1 Prozent Afrikaner bin. Anschließend folgt die genauere Aufschlüsselung: „70,8 Prozent Nord- und Westeuropäer (davon 25 Prozent Skandinavier und 18,4 Prozent Engländer); 27,1 Prozent Osteuropäer (aus dem Raum zwischen Baltikum und Balkan).“ Und am Ende wird es ganz interessant, denn nun kommen die Angaben zu meinen afrikanischen Wurzeln: Diese liegen im Küstenstreifen des Maghreb (mit einem Anteil von 1,2 Prozent) und in Nigeria (0,9 Prozent). Außerdem zeigt mir das System auch gleich noch über 400 vermutliche Cousins dritten bis fünften Grades an. Allerdings leben die nicht im Raum rund um die Sahara, sondern in den USA, Kanada und Australien.

Mit diesem Resultat endet eine knapp zweimonatige Prozedur, in deren Verlauf ich zwei Speichelproben nach Houston (Texas) gesandt hatte, wo dann die Merkmale meiner DNA erfasst und ausgewertet wurden. Dabei ging es darum, bis zu 650000 verschiedene kleinere Variationen im Erbgut zu identifizieren, Sie sind jeweils für die Völker in bestimmten Gebieten der Erde typisch und haben sich in den letzten 200000 Jahren herausgebildet. Möglich wird dies durch einen Vergleich mit modernen DNA-Proben von Personen, deren Vorfahren nachweislich seit vielen Generationen in der gleichen Gegend siedeln.

Das heißt, die Anbieter solcher Herkunftsanalysen brauchen einen riesigen Fundus an Daten. Und tatsächlich können führende Test-Dienstleister wie Ancestry in den USA und MyHeritage in Israel inzwischen auf jeweils mehr als eine Milliarde DNA-Profile von Menschen aus den unterschiedlichsten Regionen der Welt zurückgreifen. In deren Besitz gelangten sie, weil das Interesse an der Ahnenforschung per DNA-Test in letzter Zeit extrem gewachsen ist. Denn diese erlaubt ja nicht nur Ethnizitätsschätzungen, sondern auch die Suche nach Blutsverwandten in Gegenwart und Vergangenheit, was der Genealogie viele neue Impulse verliehen hat.

Andererseits ist aber nach wie vor ungeklärt, wie verlässlich die Analysen sind. Angeblich sollen sie alle Vorfahren der Probanden bis zurück zur Zeit der Völkerwanderung (4. bis 6. Jahrhundert nach Chr.) berücksichtigen. Ein weiterer Ausgriff in die Vergangenheit gestaltet sich in Europa naturgemäß extrem schwierig, weil damals zahlreiche Ethnien ihren Siedlungsraum wechselten. Kritiker wie die Professoren für evolutionäre Genetik Mark Thomas und Mark Stoneking sprechen hier ganz unumwunden von „genetischer Astrologie“ ohne echte wissenschaftliche Grundlage. So wird bemängelt, dass die Vergleichsgruppen zu klein sind – vor allem im Falle „exotischer“ Völker. Hier sollte man zumindest bei Herkunftsanteilen von weniger als zehn Prozent Vorsicht walten lassen, weil statistische Ausreißer schnell zu Scheinergebnissen führen können. Vielleicht ist das ja die Erklärung für meine angeblichen afrikanischen Vorfahren? Ebenso verweisen die Experten auf die hohe genetische Ähnlichkeit der Menschen in Deutschland, Nordfrankreich, den Benelux-Ländern, Südengland und Südskandinavien. Möglicherweise bin ich also auch kein Teil-Engländer oder -Skandinavier.

> Als Argument für Multikulti taugen die Tests trotzdem nicht

Dass Fehler grundsätzlich möglich sind, gesteht selbst MyHeritage ein: Man möge bitte beachten, „dass die Ethnizitätsschätzungen – welche das Ergebnis eines in hohem Grade genauen statistischen Algorithmus darstellen – immer noch Schätzungen sind“. Allerdings haben manche Kunden schon Herkunftsanalysen bei verschiedenen Anbietern in Auftrag gegeben, bei denen exakt das gleiche Ergebnis herauskam. Was wiederum als Indiz für die Seriosität und Genauigkeit des Verfahrens dienen kann. Deshalb gibt es unter Fachleuten auch durchaus überzeugte Verteidiger der DNA-Genealogie.

Trotzdem sollte der derzeitige Rummel um die Ethnizitätsschätzungen aber zur Skepsis gemahnen. Anlass hierzu gibt vor allem ein Video namens „The DNA Journey“ („Die DNA-Reise“), das im Frühjahr 2016 – also kurz nach dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise – beim Internet-Videoportal YouTube auftauchte und inzwischen viele Millionen Mal abgerufen oder geteilt wurde. In dem reichlich fünf Minuten langen Filmchen bekommen Menschen aus aller Welt die Frage gestellt, ob sie stolz auf ihre ethnische Herkunft seien und ob es Länder oder Völker gebe, die ihnen eher unsympathisch erschienen. Dann machten diese Personen einen DNA-Test, der erstaunliche Ergebnisse erbrachte: So war der deutschfeindliche Engländer plötzlich selbst zu fünf Prozent Deutscher. Anschließend verkündeten die Macher des Videos, das angeblich im Auftrag der Reisesuchmaschine Momondo entstand: „Du hast mehr mit der Welt gemeinsam, als Du denkst.“ Woraufhin die Probandin aus Frankreich voller Pathos hinzusetzte: „Vielleicht lehne ich mich jetzt etwas weit aus dem Fenster, aber so ein Test sollte Pflicht sein. So etwas wie Extremismus würde es dann nicht mehr geben. Wer wäre dumm genug, anzunehmen, es gäbe so etwas wie eine reine Rasse?“

Und tatsächlich erwiesen sich diese Ermahnungen mit explizitem Bezug auf die umstrittenen DNA-Tests als recht wirkungsvoll, wie diverse Reaktionen im Internet zeigen. Stellvertretend hierfür seien die Ausführungen der „alternativen“ Bloggerin Annika Moon genannt. In einem Beitrag unter dem Titel „Huch, ich bin gar nicht deutsch?“ schrieb die Mittzwanzigerin mit der Vorliebe für „gruselige Orte, außergewöhnliche, vegane Beauty-Produkte, sowie Klamotten und Accessoires in fröhlichem Schwarz“: „Der Wert eines Menschen hat nichts mit seiner Herkunft zu tun. Ich komme mir fast blöd vor, so etwas zu schreiben, weil das selbstverständlich sein sollte. Ist es aber leider nicht. Vor allem während der Flüchtlingsdebatte wurde das mal wieder sehr deutlich. Dabei dürfte ein DNA-Test zeigen, dass wir alle einen Migrationshintergrund haben.“

Genau solche „Einsichten“ sollen die neuerdings immer offensiver angebotenen Ethnizitätsschätzungen beziehungsweise Herkunftsanalysen wohl auch provozieren. Dabei taugen deren Ergebnisse bei näherem Hinsehen weder dazu, dem ebenso unkontrollierten wie ungebremsten Zustrom von Armutsflüchtlingen, Kriminellen und radikalen Moslems etwas Gutes abzugewinnen, noch eignen sie sich als Argument zugunsten der Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft. Auch wenn ich nun weiß, dass ich – vielleicht! – zahlreiche nichtdeutsche Wurzeln habe, wird mich das keinesfalls dazu bringen, meine Kultur, mit der ich aufgewachsen bin und Tag für Tag lebe, gegen ein „buntes“ Gemisch kultureller Versatzstücke aus aller Herren Länder einzutauschen.

Wolfgang Kaufmann



Blick auf Abbildungen menschlicher Chromosome. Sie bestehen aus DNA, der Desoxyribonukleinsäure, in der die Erbinformation gespeichert ist

Bild: Imago

Wer es genau wissen will, zahlt mehr als 1000 Euro

DNA-Herkunftsanalysen beziehungsweise Ethnizitätsschätzungen werden sowohl von kommerziellen als auch freien Anbietern durchgeführt. Zu den letzteren zählen unter anderem Eurogenes, MDLP, Dodecad, puntDNAL und GedrosiaDNA, die freilich allesamt genetische Rohdaten abfordern. Um die zu erhalten, muss man dann in der Regel doch Bezahldienste wie FTDNA, iGENA, 23andMe, Living DNA, MyHeritage, AncestryDNA oder Genoma in Anspruch nehmen. Hierbei fallen Gebühren in Höhe von weniger als 100 bis deutlich über 1000 Euro an – je nachdem, wie detailliert das Ergebnis sein soll und ob gerade eine Rabattaktion läuft.

Besonders genaue Resultate versprechen Living DNA und MyHeritage, welche 58 beziehungsweise 42 Volksgruppen in die Herkunftsschätzung einbeziehen. So kann der Proband beispielsweise herausfinden, ob er vielleicht Vorfahren unter den Eskimos und Basken oder aus Amazonien und Papua-Neuguinea hat. Außerdem unterscheidet die israelische Firma MyHeritage noch zwischen vier Hauptgruppen des jüdischen Volkes.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 9. Februar 2018

MELDUNGEN

Ex-Gouverneur auf US-Liste

Königsberg – Nikolaj Zukanow, Ex-Gouverneur des Königsberger Gebiets, belegt Platz 15 auf der erst kürzlich veröfffentlichen Sanktionsliste der USA gegen Personen, die dem russsichen Präsidenten Wladimir Putin nahestehen. Ob Zukanow tatsächlich an Einfluss gewonnen hat, oder er lediglich aufgrund seiner neuen Berufsbezeichnung „Bevollmächtigter des Präsidenten für die Region Leningrad“ auf die Liste geriet, darüber rätseln Politiker im Gebiet. Nach Ansicht des Politologen Andrej Miroschnitschenko sagt der Rang in Russland wenig über die tatsächliche Nähe zum Präsidenten aus. Die hätten lediglich damalige Wegbegleiter aus St. Petersburg und dem KGB. Beide Kriterien erfülle Zukanow bekanntlich nicht. *MRK*

Mehr Geld für Großfamilien

Königsberg – Rund zwei Millionen Euro will die Gebietsregierung für kinderreiche Familien lockermachen. Davon profitieren können Familien, in denen 2017 und im laufenden Jahr ein drittes oder weiteres Kind geboren wurde und die über weniger als umgerechnet 1165 Euro Einkommen verfügen. Die Berechtigten können entscheiden, ob sie die Summe als Einmalzahlung oder monatlich erhalten möchten. Die Sonderregelung gilt für anderthalb Jahre. Insgesamt zählen im Gebiet 3663 Familien zu den Berechtigten. 1828 Kinder wurden ihnen bereits 2017 geboren. *MRK*

Kalinin muss ins Körbchen

FIFA-Forderung: Alle Sowjet-Symbole müssen für die Zeit der WM aus Königsberg weichen

Die FIFA macht es zur Bedingung, die Russische Fußball-Union erklärt sich einverstanden: Während der Austragung der WM-Fußballspiele im Königsberger Gebiet müssen alle Symbole, die an die kommunistische Vergangenheit erinnern, verdeckt werden. Die Straßennamen müssen lateinisch beschriftet sein.



Die Vorbereitung auf die Fußball-WM in Königsberg ist in vollem Gange: Eine Variante der Übertragung des „Leninskij prospekts“ per englischer Transliteration

Foto: J.T.

Die Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft wirkt sich immer mehr auf den Alltag der Königsberger aus. Sie betreffen das Aussehen der Stadt, ihre Infrastruktur, den öffentlichen Personennahverkehr, die Sicherheit, touristische Anziehungspunkte und vieles mehr. Doch es gibt auch eine Neuerung, die viele anfangs für einen Scherz hielten. Dass dem nicht so ist, wurde allmählich jedem klar: Es geht darum, dass die FIFA gefordert hat, die Straßen zu „entkommunisieren“, das heißt, sie temporär umzubenennen und die Straßen der Städte, die an der Meisterschaft teilnehmen, in lateinischen Buchstaben auszuschildern.

Nach Verhandlungen mit der offiziellen russischen Seite wurde vereinbart, alle kommunistische Symbolik von den Straßen der Städte zu entfernen, in denen Spiele der Fußball-WM 2018 ausgetragen werden. Das bedeutet konkret, dass die Straßen befristet umbenannt werden müssen, und dass auch noch vorhandene sowjetische Symbole an Gebäuden und Objekten, die sich an den Hauptstraßen der Städte befinden und entlang der sogenannten Protokollstrecke, vor den Blicken des Besuchers verdeckt sein müssen. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass sich ausländische Fans – besonders die aus osteuropäischen Ländern – durch den Anblick der Symbole emotional mit der kommunistischen Vergangenheit konfrontiert sehen.

Ungeachtet dessen, dass diese Maßnahmen erst zum Beginn der WM durchgeführt werden müssten, hat man sich in Königsberg schon an die Arbeit gemacht. Ein Teil der Straßen hat englische Namen erhalten. Bei der Umbenennung der Straßen sollte die Transliteration angewendet werden, das heißt, die Übertragung der russischen Buchstaben in englische. Ins Englische übersetzt werden nur die Wörter „uliza“, „prospekt“, „bulwar“, „nabereschnaja“, „pereulok“, „alleja“, „projesd“. Die Straßen heißen dann etwa „street“, „boulevard“ und „avenue“.

Doch bei der Umsetzung der geforderten Transliteration gibt es einige Unstimmigkeiten. Und das ist nicht verwunderlich, denn mit der Herstellung und Anbringung der neuen Schilder an den Häusern der betroffenen Straßen wurden verschiedene Firmen beauftragt. So kommt es, dass an einem Haus zum Beispiel ein Schild in der Schreibweise „Oktyabrskaya ulica“ hängt, und an einem anderen „Oktiabrskaya street“. Auf den Schildern des Lenin-Prospekts hängen Schilder wie „Leninskii ave.“ und „Leninski ave.“. Außerdem beschriften einige Firmen die Schilder auch in russischer Sprache.

Schutz für ehemalige Sowjetopfer

Die FIFA hat der Russischen Fußball-Union und dem WM-Organisationskomitee für die Durchführung der Änderungen schon gedankt. Zu Beginn der Spiele wird die Stadtbehörde alle Gegenstände, welche die FIFA-Inspektoren als „Elemente der Propaganda für das Sowjetregime“ qualifizieren, verstecken oder von der Straße entfernen müssen. Wahrscheinlich wird es so aussehen, dass die Denkmäler Lenins, Kalinins und anderer Prominenter der Sowjetzeit in speziellen Boxen platziert werden, die Werbung für Sportveranstaltungen tragen. Im Zuge dieser Maßnahmen wurde bereits darüber diskutiert, einige dieser Denkmäler überhaupt zu entfernen und sie an einen anderen Ort zu bringen. Die Königsberger sind indessen gespannt, welche Überraschungen die WM-Vorbereitungen ihnen sonst noch bringen werden.

Jurij Tschernyschew

Groeben-Mausoleum eingeweiht

Rekonstruktion des Anbaus an der Ordenskirche Groß Schwanfeld erfolgreich beendet

Das Mausoleum an der Kirche von Groß Schwansfeld, Kreis Bartenstein, wurde zirka 1730 an die dortige Ordenskirche angebaut für Friedrich v. d. Groeben, der in der Schlacht vor Wien 1683 das Söldnerheer unter dem polnischen König Sobieski führte und damit wohl die Entscheidung bei der Befreiung Wiens von den Türken herbeiführte.

Nachdem im Jahr 1997 bereits die Grabkapelle des Otto-Friedrich v. d. G. (Gründer der ersten brandenburgischen Kolonie in Ghana 1683) am Dom von Marienwerder mit einem Zuschuss der Familie gefördert wurde, hatte der Familienverband seit über zehn Jahren für die Restaurierung des Mausoleums einen Betrag von 10000 Euro zugesagt. Nach jahrelang gestellten Förderanträgen hatte endlich im Frühjahr 2017 die polnische Denkmalbehörde einen Förderbetrag von zirka 13750 Euro bewilligt. Unter regelmäßiger Kontrolle der Denkmalbehörde aus Allenstein, die insbesondere auf die Originalität von 1937 achtete, begannen im Mai vergangenen Jahres die Restaurierungsarbeiten. Für



Die lange geplante Rekonstruktion fand endlich ihren Abschluss: Mausoleum an der Kirche von Groß Schwansfeld am Tag der feierlichen Einweihung

Foto: C.v.d.G

vorbereitende Arbeiten und Planungskosten hatte der Pfarrer in der Kirchengemeinde bereits 20000 Zloty gesammelt. Mit der Förderung vom Denkmalamt und den 10000 Euro der Familie war das Projekt nun realisierbar. Zu dem geplanten Einweihungstermin Ende November brachte Christian v. d. Groeben vom Rotary Club Tauberbischofsheim noch 500 Euro mit, da die unvermeidlichen Kostensteigerungen leider noch nicht vollständig gedeckt waren. Aus Witterungsgründen konnten die Arbeiten erst Anfang Dezember abgeschlossen werden, und die Einweihung fand am 9. Dezember statt. Damit hatte eine fast unendliche Geschichte nun ihren Abschluss gefunden. *C.v.d.G..*

Weniger Straftaten

Allenstein: Polizei legt Jahresbericht vor

Der Jahresbericht der Polizei des südlichen Ostpreußens verzeichnet für das vergangene Jahr weniger Straftaten. Die Zahl sei um 1139 Straftaten gesunken. Es ereigneten sich auch weniger Unfälle. Auf den Straßen starben 118 Personen, das sind 40 weniger als 2016. Als Grund für die positive Entwicklung sieht die Behörde, dass mehr Polizeibeamte auf den Straßen Präsenz zeigen, was eine vorbeugende Wirkung habe. Daneben wurden laut Polizei-Kommissar Krzysztof Wasynczuk Senioren und die Autofahrer über das Verhalten im Straßenverkehr belehrt.

2017 wurde in Widminnen (Kr. Lötzen) ein Polizeiposten eingerichtet, und es wurden Geräte für mehr als 2,3 Millionen Zloty eingekauft. Die ermländisch-masurische Polizei hat 19 städtische und Kreis-Kommandanturen mit 3385 Beamten. 2017 begannen 126 Beamte ihren Dienst, und für 2018 sind 75 Einstellungen geplant. Bei den Behörden sind ständig etwa 120 freie Stellen unbesetzt. Der Vorsitzende der Polizei-Gewerkschaft in Allenstein, Slawomir Koniuszy, unterstrich, dass das Modernisierungsprogramm wenig bringe. Es enthalte zu wenig Ermutigung, bei der Polizei zu arbeiten. Bei der letzten Personalauswahl habe man 80 Einstellungen geplant, angenommen wurden nur 49. An Interessierten fehle es nicht, doch die wenigsten Bewerber erfüllten die Anforderungskriterien.

Erfolg durch mehr Präsenz auf Straßen

In diesem Jahr plant die ermländisch-masurische Polizei die Errichtung einer neuen Kommandantur in Bartenstein, eines Kommissariates in Korschen und Polizei-Posten in Dubiningen (Kreis Goldap) und Maldeuten (Kreis Mohrungen). Für die Investition im südlichen Ostpreußen werden etwa 13 Millionen Zloty benötigt. Im Plan ist auch der Bau eines bedeckten Schießstandes und eines neuen Gebäudeflügels für die Woiwodschafts-Kommandantur. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute befassen wir uns mit einem schwergewichtigen Thema im wahrsten Sinne des Wortes: Es geht um einen fünf Tonnen schweren Granitstein, der in einem Park von Pretoria in Südafrika steht. Noch steht – denn er muss umgesetzt werden. Aber um verständlich zu machen, warum sich unser Landsmann **Siegfried Kittel** an uns wendet und wir seine Bitte an unsere Leserschaft weiterreichen sollen, muss zuerst einmal die Entstehung dieses Monumentes erklärt werden, denn da spielt Herr Kittel selber eine ausschlaggebende Rolle. Der heute 91-Jährige war der Initiator, der den Stein ins Rollen brachte – aber darüber lassen wir ihn, den Ersten Vorsitzenden der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen S.A. und deren Mitbegründer, lieber selber erzählen:

„Im Januar 2001 unterbreitete ich dem Vorstand den Plan, hier in Südafrika eine Gedenkstätte für die Vertriebenen zu bauen, die Idee bekam ich nach einem Besuch in Bayern. Sie wurde aufgenommen, und die Planung begann. Der neue Bürgermeister von Pretoria, der hier in einer Missionsschule Deutsch gelernt hatte, erteilte uns die Genehmigung und sagte uns seine volle Unterstützung bei der Durchführung zu. Als Standort wurde ein Park ausgewählt, in dem sich ein großes Museum befand und auch schon ein Monument der Portugiesen stand.“

Mithilfe des für die Bearbeitung des Mammutsteines gefundenen Steinmetzen wurde nach langer Suche ein passender Granitblock gefunden. Und dann begannen die eigentlichen Schwierigkeiten, denn der fünf Tonnen schwere Stein musste zuerst in eine Fabrik, wurde dort bearbeitet und mit dieser Inschrift in Deutsch und Englisch versehen:

„Zur Erinnerung an die Enteignung und Vertreibung aus unserer deutschen Heimat und als Dank an Südafrika für eine neue Heimat und Zukunft – Ost- und Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Schlesien und Sudetenland.“ Darüber die Wappen Ost- und Westpreußens.

Mit diesem Stein erfüllte der Ostpreuße Siegfried Kittel die sich selber gestellte Aufgabe, eine bleibende Erinnerung an die Vertreibung zu schaffen. Als Heimatloser war er nach dem Krieg in Lüneburg gelandet. Dort hatte er seine Frau **Julie** kennengelernt, die er in der St. Johanneskirche heiratete und mit der er 1952 nach Südafrika ging. Es wurden 68 glückliche Ehejahre, bis seine Frau vor zwei Jahren plötzlich verstarb. Siegfried Kittel hatte 1961 eine Tätigkeit bei Siemens in Johannesburg gefunden. Dort lernte er einige Landsleute kennen, alles Menschen mit Verbundenheit zu Ostpreußen über Generationen mit einer fast unwahrscheinlichen Liebe zu der verlassenen Heimat. Sie gründeten 1975 die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen S.A., deren erster Erster Vorsitzender **Helmut Tillwick** war. Als dieser nach drei Jahren aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat, übernahm sein Stellvertreter Siegfried Kittel den Vorsitz.

Der Transport des Mammutsteins zu dem bereitgestellten Aufstellungsplatz in dem Park in Pretoria war wieder mit großen Schwierigkeiten verbunden. In der Zwischenzeit war das Stufenfundament errichtet worden, und so konnte der Stein am 12. Oktober 2001 in Position gebracht werden. Um ihn herum wurden zwölf Eichen gesetzt, eine passende Umrahmung für das Monument, das am 27. Oktober durch einen Geistlichen eingeweiht wurde. Die Feier, zu der auch viele Ostpreußen kamen, wurde sogar gefilmt. Leider hat Herr Kittel bisher noch keine Kopie gefunden, aber er hofft noch immer, eine zu bekommen. Es lief also alles sehr gut an, die Anlage wurde von den Mitgliedern der Landsmannschaft gepflegt, aber dann begann der Park zusehends zu verkommen und damit auch diese der Öffentlichkeit zugängliche Gedenkstätte. Heute ist der Museumspark verdreckt, verschmutzt, vermüllt, die Stufen des Fundaments werden als Essplatz genutzt, die Abfälle bleiben liegen. Die Gedenkstätte ist, wenn nichts geschieht, dem Verfall preisgegeben Das wollen die Vertriebenen, für die sie ein Stück Heimat ist, verhindern. Also muss ein neuer Standort für den Gedenkstein gefunden werden, und da bietet sich das deutsche Kirchen- und Schulgelände in Pretoria an. Hier könnte der Stein neu aufgestellt werden, er wäre vor Fremdeinwirkungen geschützt, könnte gepflegt werden und würde die Erinnerung an die Oder-Neiße-Gebiete immer sichtbar und damit wach halten. Aber Transport und Neuaufstellung würden wieder viel Geld kosten, das die Mitglieder der Landsmannschaft nicht aufbringen können.

„Jetzt ist der Punkt gekommen, wo wir Hilfe brauchen“, schreibt Herr Kittel und kommt damit zu dem eigentlichen Anlass seiner Mail, der bisher ungelösten Finanzierung des Vorhabens. Trotz seines hohen Alters will er den Schriftverkehr übernehmen und die Verbindung zu alten Freunden in Deutschland suchen, die unsere Landsleute in Südafrika unterstützen könnten. Er denkt da in erster Linie an Deutsche, die einige Zeit am Kap gelebt haben und wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt sind und die heutigen Verhältnisse dort gut kennen. Siegfried Kittel hofft sogar, dass sich einige von unseren Leserinnen und Leser an eine Begegnung mit ihm erinnern, gleich ob diese in Südafrika oder auf einer seiner Deutschlandreisen erfolgte, auf denen er Landsleute aus Bayern und Berlin kennenlernte. Auch an deutsche Reisegruppen erinnert er sich, die auf ihren Afrikareisen mit den dort lebenden Vertriebenen zusammenkamen und die vielleicht die Gedenkstätte in Pretoria besuchten. So meint er, dass es durchaus „interessierte echte Ostpreußen“ geben könnte, die bereit wären, das dringend notwendige Vorhaben zu unterstützen „Ich kann es nicht begreifen, dass es nicht möglich sein sollte, solch eine Gedenkstätte für die Zukunft zu erhalten“, beendet der alte Herr seinen „Aufruf“, den wir in dieser Form an unsere Leserschaft weitergeben – wir selber haben nicht die Möglichkeit, solch eine Hilfsaktion durchzuführen, können also nur Vermittler sein. Als solche dürften wir in diesem Fall einen gewissen Seltenheitswert haben, denn der Appell eines 91-jährigen aus Pretoria wird nun von einer fast 102-Jährigen aus Hamburg bearbeitet und weitergegeben. Siegfried Kittels Brüder wurden übrigens fast 94 Jahre alt! Es ist also nie zu spät, auch in hohem Alter etwas zu beginnen, das für die Zukunft erhalten bleiben soll. „Herzliche Grüße an alle, die mich kennen“, soll ich noch von Siegfried Kittel ausrichten, der Zuschriften auf dieser E- Mail Adresse erwartet. (herbert.kittel@mweb.co.za)



So gepflegt sieht er heute nicht mehr aus: Gedenkstein an die Vertreibung in einem Park von Pretoria S.A.

Bild: S. Kittel

Noch ein paar Jährchen mehr bringt **Ruth Kaufmann** auf die Lebenswaage, die in Schlesien geborene Kanada-Auswanderin, über die wir in Folge 3/2018 berichteten. Mit 95 Jahren schrieb sie ihre Erinnerungen an ein außergewöhnliches Leben auf und legte sie uns als gebundenen „Rückblick“ vor. Diese Selbstbiografie hat nicht nur bei schlesischen Lesern Interesse geweckt, es kamen auch von anderer Seite Anfragen nach dem Büchlein und vor allem nach ihrer Anschrift. Hier ist sie: Ruth Kaufmann, P.O.Box 1033, Stn.B, Ottawa. On Kip 5R1, Kanada. Und sie ist sogar als Zeitzeugin gefragt, denn Frau **Ute Bäsmann** möchte diese als Manuskript gedruckten Memoiren erwerben – kann sie, denn Frau Kaufmann besitzt noch mehrere Exemplare. Vor allem möchte sie die Auswanderin nach ihrem damaligen Aufenthalt in Bremerhaven befragen, denn ihre Angaben könnten für das dortige Auswandererhaus interessant sein. In dem Büchlein beschreibt Ruth Kaufmann zwar weniger die allgemeine Situation als vielmehr den Abschied von ihrer Mutter vor dem Auslaufen des Transportschiffes. Da sie aber immer ihre Kamera dabei hatte und einige Aufnahmen von der Überfahrt in das Büchlein einbrachte, könnte sie auch noch weitere Fotos von dem damaligen Auswandererhafen besitzen. Für eine Befragung wird sie sich gerne zur Verfügung stellen, denn ihre Erinnerungen an diese Zeit sind ungetrübt und erfassen auch über das Persönliche hinaus die Gesamtlage. Wäre schön, wenn wir auch da eine Mittlerrolle erfüllt hätten.

Aber einen erfreulichen Erfolg kann ich schon heute melden: Die bisher bei allen Suchaktionen offen gebliebene Frage nach der Familie des Bischofs **Maximilian Kaller** ist gelöst. Wir hatten in den Folgen 50/2017 und 02/2018 das Anliegen von Herrn **Klaus Schwand** gebracht, der nach Angaben aus seiner Familie glaubt, dass eine direkte Verwandtschaft zu dem Bischof bestehe. Alle Nachforschungen waren bisher erfolglos geblieben. Und obgleich es sich um eine oberschlesische Familie handelt, wurde Herrn Schwand unsere Ostpreußische Familie als letzter Hoffnungsträger empfohlen. Den hat sie nun voll erfüllt. Zwar hatte uns Herr Schwand noch Mitte Januar mitgeteilt, dass er Zuschriften bekommen habe, die erbrachten aber keinen entscheidenden Hinweis bis auf die von Herrn **Bergmann** aus Herne, der ihm gleich mehrere Hinweise gab. Und einer war der richtige, denn nur zwei Wochen später kam diese Mail von Herrn Schwand:

„Dank Ihrer Hilfe bin ich jetzt auf meine Verbindung zu Bischof Kaller gestoßen. Der entscheidende Hinweis kam von Ihrem Leser, Herrn Bergmann aus Herne. Er führte zu der Ermlandfamilie und von da aus zu Frau **Gasch**, die sich sehr um mein Problem bemühte. Sie hatte Kontakt zu dem Pater Dr. **Werner Brahtz**, der eine Dissertation über Bischof Kaller geschrieben hatte. Um es kurz zu machen: Ich bin nicht direkt blutsverwandt mit ihm, aber seine Mutter war früh verstorben, und die zweite Frau war Maria Schwand!“

Um es auch kurz zu machen: Dank an alle Leserinnen und Leser, die bei der Suche mitgeholfen hatten und so viel interessante Einblicke in das Leben und Wirken des Bischofs gaben, dass wir dieses Thema noch ausführlich behandeln werden.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Östlich von Oder und Neisse

Das Greifenschloss zum Greifen

Vater und Sohn Wysocki aus Breslau schufen ein Modell des Stettiner Schlosses zum Anfassen

Ich möchte in der Kunst die vollkommene Form zeigen. Ich möchte mit meiner Kunst die Menschen nicht erschrecken, belehren oder ihnen Ratschläge erteilen. In ihrem Alltag erfahren sie genug Böses und Trauriges. Ich möchte ihnen Schönheit, Liebe und Wärme zeigen“, sagte der seit 1986 in Breslau lebende Bildhauer Stanislaw Wysocki, als er 2011 den Kulturpreis Schlesien des Bundeslandes Niedersachsen in Goslar entgegennahm. Kurioserweise erhielt er damals eine Silesia-Statue, der er einige Jahre zuvor selbst entworfen hatte. Sein Repertoire umfasst seit Kurzem auch ein vielgerühmtes Modell im Maßstab 1:100 des Stettiner Greifenschlosses.

Seine Worte bei seiner bislang größten Ehrung in der Bundesrepublik scheinen auch sieben Jahre später ihre Gültigkeit nicht verloren zu haben. Denn mit seinem Bronze-Modell des Stettiner Schlosses schuf der Künstler zusammen mit seinem Sohn Michal ein Werk, das – wie Barbara Igielska, Leiterin des Kulturzentrums im Stettiner Schloss in einer Pressemitteilung verlautbarte – „das Stettiner Schloss in seiner vollen architektonischen Form zeigt und durch seine kunstvolle und detailgetreue Wiedergabe eben all das präsentiert, was dem Betrachter leicht entgehen könnte. Die Stettiner und die Touristen der Stadt können das Schloss nun aus einer neuen Perspektive betrachten. Als wir das Modell in Auftrag gaben, dachten wir ganz besonders an Sehbehinderte, die nun die Schönheit des Originals ertasten können“, so Igielska.

Das Modell der beiden Niederschlesier Wysocki ziert nun den Innenhof der einstigen Residenz der pommerschen Herzöge. „Es war ein recht kompliziertes Unterfangen, denn wir mussten anhand historischer Pläne und Fotos zuerst ein Drei-D-Computermodell erarbeiten und dann Stück für Stück Abgüsse erstellen. Letztendlich waren es fast 100 Stücke, die jedoch sehr genau sein mussten, denn schon millimetergroße Unterschiede hätten das Zusammenfügen unmöglich gemacht. Es gibt Fragmente, die wir mehrmals gießen mussten“, berichtete Stanislaw Wysocki der Breslauer Zeitung „Gazeta Wyborcza“. Damit sie auf dem Modell auch die kleinsten Details wiedergegeben konnten, entschieden sich die Künstler für das schon in der Antike bekannte Wachsausschmelzverfahren. Die größte Schwierigkeit hatten Vater und Sohn aus dem „Stan Wys Atelier“ mit der Glocke im Glockenturm, weil man, so Wysocki Junior, solch kleine Elemente nicht schweißen könne. Daher musste die filigrane Glocke mitgegossen werden. Für das Modell verwendeten die Künstler 300 Kilogramm Bronze.



Vorbild und Standort des Modells: Das Stettiner Schloss

Das Stettiner Schlossmodell besticht auch durch seine Patina. Das Patinieren lernte Wysocki Senior bei Hermann Noack in Berlin in den 80er Jahren. „Als ich den Meister fragte, wie man patiniert, antwortete er: ‚Ganz einfach. Man braucht dafür Säure, Feuer und 20 Jahre Erfahrung‘“, erinnerte sich Stanislaw Wysocki, der längst schon selbst ein erfahrener und mittlerweile anerkannter Meister ist.

In Breslau findet man gleich mehrere Skulpturen des „Stan Wys Ateliers“ der Wyskockis, so die Schwimmerin im Jugendstil-Hallenbad oder den Mohr auf dem Gebäude der einstigen Mohrenapotheke auf dem Salzmarkt. Die wohl bekannteste Skulptur ist aber der Orpheuskopf in der Nähe der Breslauer Oper. Die Wysockis schufen den Kopf nach dem Entwurf des Breslauer Bildhauers Theodor von Gosen aus dem Jahre 1942. Bei der Enthüllung des Orpheuskopfes im September 2016 waren Nachkommen Theodor von Gosens dabei.

Im Atelier des 1949 im masurischen Lyck [Elk] geborenen Bildhauers Stanislaw Wysocki befinden sich Modelle der Danziger Altstadt mit dem Rathaus und dem Krantor. Für Stettin hat der Meister nun zum ersten Mal gearbeitet, aber es war die bislang schwierigste Aufgabe, gab der Bildhauer zu Protokoll.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Geede, Ruth, aus Königsberg, am 13. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kalledat, Ernst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 15. Februar
Porr, Waltraut, geb. **Rumler**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 15. Februar
Wiemer, Elfriede, geb. **König**, aus Lehmau, Kreis Ebenrode, am 14. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ewert, Hedwig, geb. **Tillert**, aus Lyck, am 10. Februar
Naglazki, Hertha, aus Willenberg, Kreis Neidenburg, und Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Pries, Paul, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Runge, Erna, geb. **Rogalski**, aus Lötzen, am 10. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Buttgereit, Herta, geb. **Berger**, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Danielzik Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 10. Februar
Fech, Agnes, geb. **Hoffmann**, aus Jägerkrug, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Haustein, Helene, geb. **Kondoch**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. Februar
Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Koch, Ursula, geb. **Kienapfel**, aus Wehlau, am 15. Februar
Lelewell, Herta, geb. **Preuß**, aus Lyck, Morgenstraße 33, am 13. Februar
Mende, Elli, geb. **Treppke**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 13. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Borrmann, Johann, aus Fittigsdorf, Kreis Allenstein, am 10. Februar
Grondowski, Helmut, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Miesczinski, Hildegard, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 12. Februar
Ravn, Elfi, geb. **Kuczinski**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, und aus Auglitten, Kreis Lyck, am 11. Februar
Teiwes, Martha, geb. **Schliffski**, aus Ortelsburg, am 12. Februar
Zlomke, Horst, aus Opitten, Kirchspiel Königsblumenau, Kreis Preußisch Holland, am 14. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Czossek, Otti, geb. **Samulowitz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Hennig, Marianne, geb. **Hennig**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Nickel, Frieda, geb. **Skrzeba**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar
Zickermann, Elisabeth, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Duwe, Gertrud, geb. **Smolenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 9. Februar
Gottschling, Else, geb. **Gießmann**, aus Hohenstein, Kreis Osterode, am 5. Januar
Happach, Hildegard, geb. **Krause**, aus Liska-Schaaken, Kreis Fischhausen, am 12. Februar
Juszkiewicz, Margarete, aus Lyck, am 12. Februar
Kleszewski, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Meilahn, Gertraud, geb. **Neumann**, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Meitza, Otto, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 11. Februar
Pfeiffer, Dr. Irmtraud, geb. **Kunze**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Saathoff, Frieda, geb. **Festerling**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baltruschat, Ruth, geb. **Theophil**, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 11. Februar
Dennig, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Februar
Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar
Grünwald, Dr. Gisela, geb. **Giesebrecht**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 12. Februar
Hellwich, Roland, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Recht, Waltraut, geb. **Wedler**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Redmer, Elfriede, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 11. Februar
Siebert, Hilda, geb. **Basmer**, aus Partheinen/Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, am 15. Februar
Springer, Erich, aus Romau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Weiß, Ernst, aus Lötzen, am 13. Februar
Wilkens, Annemarie, geb. **Grau**, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 10. Februar
Wischnewski, Christel, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baranski, Ingeburg, geb. **Winkler**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 11, am 13. Februar
Bernecker, Betty, geb. **Tschischak**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Burat, Ernst, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 11. Februar
Dziedzic, Elisabeth, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar
Eggert, Elisabeth, geb. **Schröder**, aus Paggehnen, Kreis Fischhausen, am 12. Februar
Fehrle, Hildegard, geb. **Schrubba**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Katzinski, Friedrich, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Köthe, Liesbeth, geb. **Donieniuk**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 9. Februar
Lüneberg, Dr. Hartmut, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 11. Februar
Melzer, Ruth, geb. **Thierenbach**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. Februar
Olschewski, Walter, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 11. Februar
Ponelar, Ruth, geb. **Mrohs**, aus Binien, Kreis Lyck, am 12. Februar
Schwalbe, Helene, geb. **Genellus**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 13. Februar
Slottki, Günter, aus Neidenburg, am 13. Februar
Trzaska, Ewald, aus Neidenburg, am 9. Februar
Wolgast, Hildegard, geb. **Matschuck**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balzer, Horst, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Beister, Ilse, geb. **Berger**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Bombalska, Gertrud, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Denda, Heinz, aus Ortelsburg, am 9. Februar
Dreimann, Elfriede, geb. **Christochowitz**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 10. Februar
Dunkel, Gisela, geb. **Wagner**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 12. Februar
Joneleit, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 37, am 12. Februar
Jorzik, Irmgard, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Knapp, Klara, geb. **Bendzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 15. Februar
Link, Lucie, geb. **Lockowandt**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 9. Februar
Loch, Magdalena, geb. **Loch**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 9. Februar
Makoschey, Ernst, aus Regeln, Kreis Lyck, am 15. Februar
Sawischlewski, Gertrud, geb. **Bergholz**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Schmidt, Erika, geb. **Liedtke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Stolz, Karl-Heinz, aus Neusorge, Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Weigelt, Hildegard, geb. **Wiesner**, aus Treuburg, am 12. Februar
Windloff, Martha, geb. **Kendziorra**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauer, Christel, geb. **Schäfer**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Bläsing, Christel, geb. **Patz**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar
Cittrich, Bruno, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 13. Februar
Hamann, Frida, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Februar
Hofmaier, Ursula, geb. **Petruck**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Kausch, Fritz, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 13. Februar
Kischkoweit, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. Februar
Lorius, Anneliese, geb. **Lallo**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 11. Februar
Marschewski, Gerhard, aus Neidenburg, am 13. Februar
Pasternak, Gerd, aus Wehlau, am 14. Februar
Paura, Christel, geb. **Sonnenfeld**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Prawda, Alfred, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Prostka, Alfred, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Rimkus, Paul, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Rohde, Hildegard, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 11. Februar
Wedler, Fritz, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Zipperling, Brigitte, geb. **Ohneszeit**, aus Wehlau, am 10. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bandelow, Elfriede, geb. **Borawski**, aus Lyck, am 15. Februar
Bausze, Hildegard, geb. **Brenke**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Berg, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 9. Februar
Dalege, Helga, geb. **Wrobel**, aus Lyck, am 11. Februar
Dzugga, Herbert, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Eitze, Irmgard, geb. **Biallas**, aus Lyck, am 9. Februar
Helling, Horst, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Hofer, Hildegard, geb. **Schwabe**, aus Kögsten, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Hundrieser, Kurt, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 12. Februar
Kloth, Ingrid, geb. **Sembritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 13. Februar
Korell, Klaus-Christian, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar
Lask, Reinhold, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 15. Februar
Maschinowski, Karin, geb. **Wicht**, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, am 13. Februar
Morscheck, Hannelore, geb. **Lauwige**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Pallasch, Klaus, aus Thomken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Pallasch, Peter, aus Thomken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Peter, Dorothee, geb. **Schimmelpfennig**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 15. Februar
Samel, Marlies, geb. **Lottermoser**, aus Stobingen, Kreis Insterburg, am 9. Februar
Schimkat, Werner, aus Wehlau, am 10. Februar
Seifert, Ingrid, geb. **Boriß**, aus Lyck, am 12. Februar
Slotte, Irma, geb. **Venohr**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar
van Hasseln, Elfriede, geb. **Buxa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Beier, Ralf, aus Treuburg, am 11. Februar
Burchardt, Dora, aus Wormditt Kreis Braunsberg, am 14. Februar
Doden, Dora, geb. **Saunus**, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Kaspereit, Margrit, geb. **Rolke**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Kühne, Ingrid, geb. **Baranski**, aus Reimanswalde, Kreis Treuburg, am 14. Februar
Lenhoff, Monika, geb. **Rietz**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar
Schmiedel, Sabine, geb. **Stacklies**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Warthun, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Februar

Termine der LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Groß Ottenhagen und Umgebung

Liebe Landsleute aus Groß Ottenhagen und Umgebung, liebe Freunde unserer Heimat, unser Treffen 2018 findet vom 13. bis 15. April im Hotel Intercity (Telefon 05141/2000), Nordwall 20, 29221 Celle, statt.

Wir wollen wieder in vertrauter Umgebung zusammenkommen. Dazu bietet sich das von Birgit Borchert, der Tochter unseres Groß Ottenhageners Bruno Borchert, geleitete Hotel an. Das Haus ist im vorigen Jahr umgebaut und modernisiert worden. Außerdem erinnern wir uns gern an die gute Betreuung, die wir in den letzten Jahren – außer 2017 wegen der Umbauarbeiten – von Birgit Borchert erfahren haben.

Ich freue mich sehr, als besonderen Punkt unseres Treffens Dr. Christopher Spatz zu einem Vortrag mit Bildtafeln gewonnen zu haben. Er hat ein ergreifendes Buch über die sogenannten Wolfskinder oder Hungerkinder im nördlichen Ostpreußen nach 1945 verfasst. Die Grundlage dieses Werks ist seine Doktorarbeit aus dem Jahr 2015 an der Humboldt-Universität in Berlin. Bei dem Kreistreffen in Minden im September 2017 hat er seine Arbeit vorgestellt. Alle Anwesenden waren von seiner Darstellung tief beeindruckt und haben noch lange mit ihm diskutiert. Ich glaube, uns wird es genauso gehen.

Offizieller Beginn des Treffens ist Sonnabend, 14. April, 10.30 Uhr. Hier das Programm:

Freitag, 13. April

Ab 14 Uhr: Anreise

18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen

Sonnabend, 14. April

7 Uhr: reichhaltiges Frühstück (Buffet)

10.30 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer

11 Uhr: Vortrag Dr. Spatz oder Freizeit. Danach Mittagessen im Hotel, Kaffeetrinken und/oder Bummel in Celle oder Vortrag Dr. Spatz.

18.30 Uhr: Abendessen

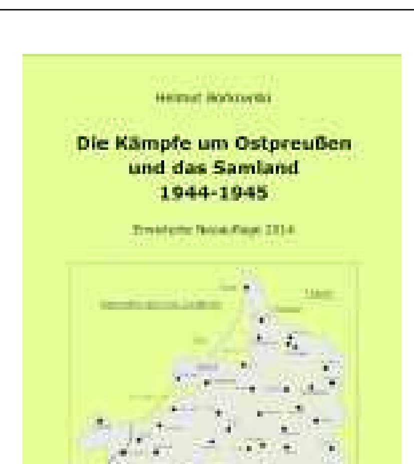
Sonntag, 15. April

7 bis 10 Uhr: reichhaltiges Frühstück (Buffet), „Manöverkritik“, Verabschiedung

Buchungsfrist für das Hotel ist der 16. März. Im Übrigen gilt das für das letzte Treffen gesagte. Über einen Beitrag, wie im vorigen Jahr von Horst Growe würden wir uns sehr freuen. Macht euch auf den Weg. Bittet eure Kinder oder Enkel euch zu begleiten, wenn es nicht anders geht. Aus organisatorischen Gründen bitte ich euch von Eurem Kommen Mitteilung zu machen.

Gisela Broschei

Nachdruck



Akribisch recherchiert: Borkowskis Buch über das Kriegsende in Ostpreußen Bild: privat

Die Kreisgemeinschaft hatte schon zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel im Jahre 2014 die erweiterte Neuauflage der Arbeit von Helmut Borkowski „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland 1944—1945“ vorgelegt. Das Interesse an dieser schnell vergriffenen Dokumentation ist noch immer so groß, dass ein Neudruck veranlasst wurde. Er liegt nun vor.

Das Werk ist bereits in den Jahren 2014 und 2015 von Bärbel Beutner in den einschlägigen Heimatbriefen eingehend und mit viel Sachverstand rezensiert worden. Deshalb soll hier – im Einverständnis mit der Autorin – auf diese Buchbesprechung zum großen Teil wortgetreu zurückgegriffen werden. Sie nennt die Arbeit von Borkowski eine akribisch recherchierte Beschreibung der Kampfhandlungen 1944/1945.

In der erweiterten Auflage konnte Borkowski das umfangreiche Quellenmaterial, das ihm schon für die erste Auflage zur Verfügung stand, durch russische Quellen erweitern. Er nennt im Vorwort die Bücher von Marschall Schukow und Marschall Wassilewsli, die ihm wichtiges Material geliefert haben.

Borkowski beginnt mit der Rekonstruktion der russischen Pläne zum Sommerfeldzug 1944. Mit zwei Fronten sollen die Deutschen im Raum Witebsk und bei Minsk vernichtet werden. Dass die Pläne gelangen, führt Borkowski auf strategische Fehlentscheidungen Hitlers zurück, der im Gegensatz zu Stalin nicht mehr auf die Generäle hörte. Der Autor stellt manche Überlegung an, wie man anders hätte operieren müssen und bedauert die vielen Opfer, die man hätte vermeiden können. Er wirft die Frage auf: „Haben wir Deutschen beim Ostfeldzug eine Chance gehabt?“ Es folgt eine lesenswerte Überlegung zu militärisch und politisch problematischen Entscheidungen.

Auf 200 Seiten werden die Kämpfe um Gumbinnen, Memel, Königsberg, Cranz, Fischhausen, Heiligenbeil, Pillau und so weiter geschildert. Jede militärische Einheit, jede Kampfhandlung mit Datum, jede Örtlichkeit werden aufgeführt. Jede freigekämpfte Bahnlinie, Brücke und Straße ermöglichte die Rettung von Zivilpersonen.

Mit Gauleiter Koch geht Borkowski scharf ins Gericht. „Hätte dieser auf die Frontbefehlshaber gehört und eine rechtzeitige Evakuierung angeordnet, hätten viele Menschen gerettet werden können. Dieser Mann war ein Verhängnis für uns Ostpreußen.“

Historiker bekommen hier ein Nachschlagewerk, das für die Militärgeschichte von besonderem Interesse sein dürfte. Aber auch die Landsleute haben hier Gelegenheit, Genaues über das Schicksal ihres Heimatortes zu erfahren. Werner Schuka, der für Layout und Drukkvorbereitung des Bandes verantwortlich ist, fügt redaktionelle Ergänzungen an: Zeittafeln und Presseartikel aus der Preußischen Allgemeinen Zeitung sowie Briefe und Zeitzeugnisse.

Das Werk ist zu bestellen bei Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden, Telefon (0571) 46297. Es kostet 26 Euro.

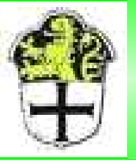


LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Mittlere Generation

Göttingen – Freitag, 2. bis Sonntag, 4. März, Hotel Rennschuh (www.rennschuh.de), Kasseler Landstraße 93: Frühjahrstreffen der Mittleren Generation. Jeder Interessierte ist herzlich willkommen. Nähere Informationen auf unserer Website unter Mittlere Generation oder bei der Sprecherin der Mittleren Generation Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder E-Mail: heidi-mader@gmx.de.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Getreide soweit das Auge reicht

Ein Tiefengrubber ist ein landtechnisches Gerät zur Bearbeitung von verwildertem Ackerland. „Mit einem Tiefengrubber mit Scheibenegge kann man am Tag 75 Hektar saatbettfähig machen“ sagt Heinz Rotzoll (geboren 1935 in Kreuzburg), der bei Mühlhausen bis vor Kurzem 250 Hektar besaß. Inzwischen hat er – altersbedingt – einen Nachfolger, einen deutschen Landwirt mit Erfahrung in Hinterpommern, modernstem Gerät und Fachkräften, die dieses bedienen können. Denn darauf kommt es, so Rotzoll, besonders an im russischen Teil Ostpreußens, der einstigen Kornkammer des Reichs, wo seit Auflösung der sowjetischen Großbetriebe noch immer große Flächen brach liegen.

Der „Neue“ bewirtschaftet in der Umgebung 1000 Hektar, die er teils gekauft, teils gepachtet hat. Die Vorbereitung bis zum rentablen Anbau von Weizen, Gerste und Raps dauert zirka eineinhalb Jahre. Man muss neben dem Fachwissen also einiges Kapital mitbringen. Der Erfolg ist erfreulich. Während auf der Strecke zwischen Preußisch Eylau und Königsberg die Natur sich das gesamte einst fruchtbare Ackerland zurückholt. Dort dominieren Büsche und Schilf, Lupinen und Kamille, wogt zwischen Mühlhausen und Romitten Getreide, soweit das Auge reicht. Heinz Rotzoll ist zufrieden. Er war erst 1948, mit 14 Jahren, aus Ostpreußen herausgekommen, hat seine russischen Sprachkenntnisse behalten und ist seit der politischen Öffnung regelmäßig drüben. „Die Heimat lässt einen nicht los.“ Sein Engagement kommt auch der Kreisgemeinschaft zugute. Er ist Bezirksvertrauensmann für Moritten und Sollnikken, wo er aufwuchs, verteilt im nördlichen Kreisgebiet die Bruderhilfe Ostpreußen und wirkt mit Rat und Tat bei der Erhaltung der Kirche Mühlhausen mit.

Martin Lehmann



Preußisch Eylau: Zwischen Mühlhausen und Romitten wogt jetzt wieder das Getreide Bild: privat



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschafts-Treffen

Eitorf – Das Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit findet am 26. Mai im Hotel Schützenhof in 53783 Eitorf, Windecker Straße 2 statt. Ausrichterin ist diesmal die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit.

Eitorf ist ein übersichtliches Städtchen im Westen Deutschlands, im Rhein-Sieg-Kreis, nicht weit entfernt von Bonn und Köln. Von Siegburg aus einige Kilometer die Sieg flussaufwärts malerisch zwischen Westerwald und Bergischem Land gelegen, gehört der Ort jedoch nicht zum Siegerland, sondern ist eindeutig dem Rheinland zuzuordnen, was sich auch im Brauchtum (Karneval) und in der Mundart widerspiegelt.

Es mag jetzt Ihr Interesse geweckt sein, diese reizvolle Region abseits des großen Fremdenverkehrs und doch unweit des Rheins einmal kennenzulernen. Planen Sie also die Teilnahme am Nachbarschaftstreffen ein und buchen Sie ein paar Urlaubstage vor oder/und nach dem 26. Mai im Hotel Schützenhof. Das Haus verfügt über Saunen und ein Schwimmbecken. Das Hotel erreichen Sie unter Telefon (02243) 887-0 und per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de. Das Hotel hält für uns ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Ostpreußen“ bis zum 1. März 2018 vor. (DZ 94 Euro, EZ 64 Euro)

Eitorf ist mit dem Auto oder der Bahn unschwer zu erreichen:

Bahn: Von Köln aus zweimal stündlich eine Verbindung auf der Strecke nach Siegen. Vom Bahnhof gut zwei Kilometer bis zum Hotel mit dem Taxi oder dem Bus Linie 571, immer zehn Minuten nach der vollen Stunde, außer sonnabends und sonntags.

Auto: Von Norden und Nordwesten: BAB 3 Richtung Frankfurt bis zum Kreuz Bonn/Siegburg, dann BAB 560 Richtung Hennef bis zum Ende der Autobahn, dann links ab auf der L333 nach Eitorf.

Von Norden und Nordosten: BAB 1 bis zum Westhofener Kreuz (BAB 2 bis zum Kamener Kreuz, dann BAB 1 bis zum Westhofener Kreuz), dann BAB 45 Richtung Frankfurt bis zum Kreuz Olpe/Süd, dann BAB 4 bis zur Ausfahrt Reichshof/Bergneustadt, dann über Waldbröl nach Ruppichteroth, dort links ab nach Eitorf.

Von Osten: BAB 4 bis zum Kirchheimer Dreieck, dann BAB 7 bis zum Hattenbacher Dreieck, dann BAB 5 bis zum Reiskirchener Dreieck, dann BAB 480 bis Wettenberg, dann Umgehung Gießen Richtung Dortmund, auf der BAB 45 bis Ausfahrt Herborn West, quer durch den Westerwald, vorbei an Bad Marienberg, Hachenburg und Altenkirchen, auf der B 8 bis Kircheib, dort rechts ab nach Eitorf.

Von Süden: BAB 3 bis Ausfahrt Bad Honnef/Linz, dann der Beschilderung „Eitorf“ folgen.

Das Nachbarschaftstreffen beginnt um 10 Uhr (Einlass 9 Uhr) und endet um 17 Uhr. Unentgeltliche Parkplätze stehen am Hotel zur Verfügung. Zum Mittagessen werden vier preisgünstige Gerichte angeboten. Am Nachmittag gibt es Kaffee und Kuchen. Es erwartet Sie ein ansprechendes Programm. Eintritt wird nicht erhoben, für eine Spende wären die Veranstalter dankbar. Für vor dem Veranstaltungstag anreisende Teilnehmer wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, dem 25. Mai gegen 19 Uhr das Abendessen gemeinsam einnehmen können, um anschließend noch schöne Stunden miteinander zu verbringen.

Leckeres von 8 bis 18 Uhr

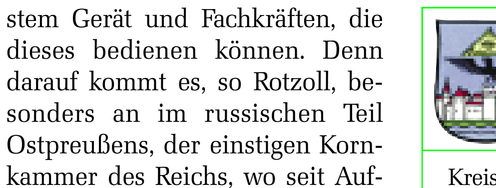
In Lüneburg hat das Café Bernstein endlich wieder eröffnet

Ich habe ein gutes Gefühl“, mit diesen Worten beschrieb der Vorstandvorsitzende der Ostpreußischen Kulturstiftung Rolf-Dieter Carl in einer ersten Beurteilung seinen Eindruck über die ersten Wochen des neu eröffneten Cafés des Ostpreußischen Landesmuseums. Nach monatelangem juristischem Gezerre mit dem erfolglosen Vorpächter konnte es unter neuer Leitung endlich wieder eröffnen. Rechtzeitig zu den herbstlichen Lüneburger Sülfmeistertagen und dem alljährlichen ostpreußischen Museumsmarkt des Landesmuseums hat es die neue Betreiberin Nicole Baden mit ihren Mitarbeitern geschafft, das Café Bernstein in neuem Glanz zu präsentieren.

Ob zur Stärkung vor oder zur Vertiefung nach den im Ostpreußischen Landesmuseum gewonnenen kulturellen und historischen Eindrücken lädt es nun wieder täglich von 8 bis 18 Uhr zu leckerer Schmauserei ein. Ein reichhaltiges Frühstücksangebot kann den Tag eröffnen. Ausgewählte Klassiker aus der ostpreußischen und deutschen Küche helfen über den Tag. Eine sinnbetörende Vielfalt von Kuchen und Torten begleiten ihn zu einem glücklichen Ausklang.

Das war der Plan der neuen Pächterin und er scheint aufgegangen zu sein. „Ich bin angenehm überrascht, wie unser Café von der Eröffnung weg sein Publikum erobern konnte. Wegen der langen Zeit, in der das Café geschlossen war, hatte ich eine längere Anlaufphase befürchtet“ kommentierte Nicole Baden nach den ersten Wochen erleichtert den Start. Auch Museumsdirektor Joachim Mähnert äußerte sich erfreut. Ihm steht die Neueröffnung seines Landesmuseums im August 2018 noch bevor und die wird bis dahin weiterhin seine ganze Kraft fordern.

Klaus Peter Steinwerder



Das Museumscafé in der Heiligengeiststraße: Im neuen Glanz und mit Klassikern der ostpreußischen Küche Bild: Steinwerder

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Bereits zum elften Mal findet am Sonnabend, 10. März, von 10 bis 16 Uhr im Haus der Heimat in Stuttgart, Schlossstraße 92, ein ostdeutscher Ostermarkt statt. Angeboten werden kulinarische Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, Bärenfang, schlesische Mohn- und Streußelkuchen oder Ostpreußischer Raderkuchen. Daneben präsentieren die verschiedenen Aussteller Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und eine Ausstellung handwerklicher Kunst. Veranstaltet wird der Heimatmarkt in einer gemeinsamen Aktion vom Jugendverband DJO-Deutsche Jugend in Europa, dem BdV-Bund der Vertriebenen, dem Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA), der baden-württembergischen Landsmannschaft Ostpreußen und fast allen anderen Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen. Kooperationspartner ist auch in diesem Jahr wieder das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg. Die Ausstellung „Banater Orgeln und Orgelbauer“ sowie die Bibliothek im vierten Stock sind von 11 bis 15 Uhr geöffnet. Eine kleine Kaffeeteria rundet das Angebot ab und bietet Möglichkeit zum Gespräch. Weitere Informationen: DJO-Deutsche Jugend in Europa, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, Hartmut Liebscher, Telefon (0711) 625138, Fax (0711) 625168, E-Mail: hartmut@djobw.de.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 17. Februar, 15 Uhr, Orangerie, Promenade 33, 91522 Ansbach: „Angekommen? Auf den Spuren der Pommern in Bayern“ – Ein Dokumentarfilm von Martina Kerl und der Pommerschen Landsmannschaft Bayern.

Bamberg – Mittwoch, 21. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: „Das Postwesen in Westpreußen“.

Landshut – Dienstag, 20. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Zusammenkunft mit Vorstandssitzung.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 11. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 14. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Frauengruppe. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



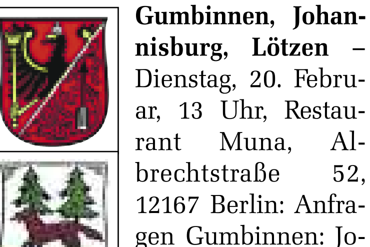




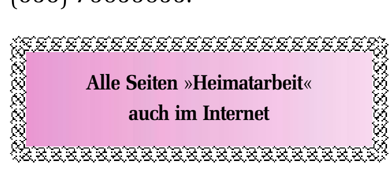
Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 15, Februar, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin. Gemeinsames Treffen. Anfragen: Marianne Becker Telefon (030) 77123.



Königsberg – Freitag, 16. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen – Dienstag, 20. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032682, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



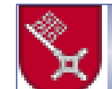
Brandenburg

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@googlemail.co, Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Landesgruppe – Einladung zur Rundreise „Die Burgen des Deutschen Ordens“ im Zusammenwirken mit der Urania Potsdam. Sie führt vom 17. bis 23. August durch Westpreußen und den heute polnischen Teil Ostpreußens auf den Spuren des Deutschen Ordens, entlang der von ihm gebauten Burgen und Schlösser und der von ihm inspirierten Bischofsburgen. Der Reiseverlauf: Nach der ersten von drei Übernachtungen in Thorn erreichen wir nach einem kleinen Spaziergang durch Kulm die Ordensschlösser Schwetz, Marienwerder und Rehden. Am dritten Tag besuchen wir die Marienburg, das Zisterzienserkloster in Pelplin und die Ordensburg in Mewe. Wir wechseln zum Hotel nach Allenstein (drei Übernachtungen) und sehen uns das Renaissanceschloss Gollub, die Burg in Neidenburg und die Gedenkorte um Hohenstein zur Schlacht von Tannenberg sowie das ethnographische Freilichtmuseum an.

Die Bischofsburgen von Rößel und Heilsberg verdeutlichen eindrucksvoll den Einfluss der Deutsch-Ordens-Architektur auf kirchliche Residenzen, der Wallfahrtsort „Heilige Linde“ steht bis heute für die tiefe Religiosität der in der Region vormals und heute lebenden Menschen. Rastenburg, Rhein und Burg Allenstein zeigen das Erbe des Deutschen Ordens, bevor wir den siebten Tag nach einer Besichtigung der Erzkathedrale in Gnesen – mit der zweiflügeligen Bronzetür im Südportal (zirka 1160–1180) auf welcher das Martyrium des Heiligen Adalbert in Preußen mit 18 Reliefs darstellt ist – wieder nach Potsdam heimkehren.

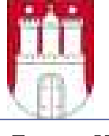
Im April oder Mai wird die Urania einen für jedermann zugänglichen Einführungsvortrag veranstalten (Der Termin wird hier bekannt gegeben). Die Teilnahme an der Exkursion ist offen für alle. Sie sind herzlich eingeladen. Die Kosten betragen mit Frühbucherrabatt (bis 17. April) 959 Euro (Einzelzimmerzuschlag: 120 Euro). Nähere Informationen unter Urania Potsdam, Telefon (0331) 291741.



Bremen

Bremen — Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Hotel Airport, Flughafenallee 26: Bremer West- und Ostpreußentag. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse.

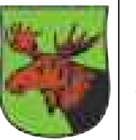
Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Anmeldungen bei der Geschäftsstelle oder auf Anrufbeantworter.



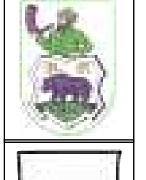
Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Kreisgruppen



Elchniederung – Dienstag, 20. Februar, 14 Uhr, Berenberg-Gosler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Gemeinsamer Nachmittag mit Kaffeetafel, Gesang und Schabbern. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Auskunft: Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Dienstag, 13. Februar, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Allerlei zur Fassenacht. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud. – Sonnabend, 17. Februar, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Erinnerungen an Zuhause. Das Monatstreffen ist unserer Heimat gewidmet. Besucher hören Nachdenkliches und Lusti-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Landesgruppe Brandenburg: Auch ein Ziel der Rundreise zu den „Burgen des Deutschen Ordens“ ist Marienwerder

Bild: Jerzy Strzelecki / Wikipedia

Anzeige

Nach einem langen und erfüllten Leben ist unsere Mutter und Schwiegermutter friedlich eingeschlafen.

Annemarie Goerke

geb. Retzlaff

** 31. Oktober 1918 Krs. Gostingen / Provinz Posen*
† 28. Januar 2018 Rastede

In dankbarer Erinnerung:
Hans-Ulrich und Marianne
Hubertus und Maraya
Christian Teßmar

26180 Rastede, Schützenhofstraße 70

Die Beisetzung fand in Rastede statt.

Bestattungshaus Ott, Rastede

Reinhard Georg Grunenberg

∗ 21. Mai 1936 Königsberg i.Pr. † 23. Januar 2018 Berlin

Die Prußen-Stiftung TOLKEMITA trauert um seinen langjährigen Vorsitzenden, einem aufrechten Ostpreußen.
Er fand seine Lebensaufgabe darin, die Erinnerung an die Prußen, die baltischen Prūsai, lebendig und anschaulich zu halten sowie über sie und ihre Geschichte zu sprechen und zu publizieren.
Wir danken für die vielen Jahre guter Zusammenarbeit und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Der Vorstand der Prußen-Stiftung TOLKEMITA

Rolf Tolkmitt Hans-Jörg Froese Dr. Heino Neumayer

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.
Anschrift: Prußen-Stiftung TOLKEMITA, Am Neuen Markt 9 d, 14467 Potsdam
E-Mail: stiftung.tolkemita@gmail.com





Siegfried Grawitter

** 8. September 1936 in Jägersfreude* *† 25. Januar 2018 in Hamburg*

Nach einem langen und erfüllten Leben ist mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel friedlich eingeschlafen.

In Liebe und Dankbarkeit

Helga
Matthias und Ulli
Torsten und Ines
Dorchen und Hans mit Familien

Die Beerdigung hat auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg stattgefunden.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

ges von früher und heute. Zudem erfahren Sie einiges über das derzeitige Geschehen in Ost- und Westpreußen. Wer zu diesem Nachmittag etwas beitragen möchte, seien es Erzählungen, Gedichte oder Bilderpräsentationen, meldet sich bitte gleich unter Telefon (06122) 15358 oder bei anderen Vorstandsmitgliedern. – Donnerstag, 22. Februar, 12 Uhr, Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Schlachtplatte. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens Freitag, 16. Februar bei – 844938. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

— Bericht —

Im bunt geschmückten Saal in den Fastnachtsfarben feierte die Landsmannschaft froh gestimmt ihren „Närrischen Nachmittag mit Kreppelkaffee“. Bei dieser in 2018 ersten Veranstaltung begrüßte der Vorsitzende, Dieter Schetat, das Publikum mit dem „Rezeptvorschlag für ein ganzes Jahr“ von Catharina Elisabeth Goethe und riet den Gästen, sich das Resümee der Mutter des Dichters Johann Wolfgang von Goethes auch zu eigen zu machen: „Ich freue mich des Lebens, ich suche keine Dornen, hasche die kleinen Freuden.“

„Auch in unserer Heimat wurde Fastnacht gefeiert, da gab es das traditionelle Fastnachtsessen Schuppnis mit Schweinefüßen und Fleisch vom Schweinekopp“, sagte Schetat, und erzählte von Fastnacht und den Bräuchen in der Heimat in Anlehnung an das Buch von Georg Didszun „Ostpreußisches Ahnenerbe“. Danach stimmte die stellvertretende Vorsitzende Helga Kukwa die Gäste mit launigen Worten auf den närrischen Nachmittag ein, und Mathias Budau mit seinem Keyboard und Sängerin Ute Etz sorgten gleich zu Beginn mit bekannten Fastnachtshits für den richtigen Schwung im Saal. Es durfte mitgesungen, geklatscht und geschunkelt werden.



Wiesbaden: Die stellvertretende Vorsitzende Helga Kukwa stimmte die Gäste mit launigen Worten auf den närrischen Nachmittag ein Bild: privat

Viel zu Lachen gab es bei den amüsanten Geschichten und humorvollen west- und ostpreußischen Späßchen, mit denen die Mitglieder Ilse Klausen, Margitta Krafzcyk, Helga Kukwa und Meinhard Reimann die närrische Gesellschaft bestens unterhielten und dafür den verdienten Applaus ernteten.

In den Farben gelb, grün und schwarz trat Gastredner Stefan Fink als „Jamaika-King“ auf, stilecht gekleidet und mit Joint in der Hand. Der hochdekorierte Wiesbadener Fassenachter und Sitzungspräsident erzählte von der Insel, die bis zum Platzen der Koalitionsverhandlungen in aller Munde war. Weil er das Publikum bei seiner „interaktiven Büttenrede“ einbezieht und zum Mitmachen animiert, erhielt er jubelnden Beifall. Den Schlusspunkt des Nachmittags setzte die närrische Polonaiseschlange der Preußenschar, die sich nach bekannten Schlager-Ohrwürmern singend und klatschend durch den Saal bewegte.





NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

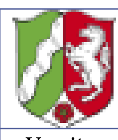
Osnabrück – 16. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Oldenburg – Der Vortrag von Eckart Hoffmann über seinen Vater Georg Hoffmann, den „Vogel-Hoffmann“ von Radio Bremen, findet nicht, wie in der Ausgabe 3 angekündigt am 8. Februar statt, sondern am 14. Februar. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. *Gisela Borchers*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Zusendungen für Ausgabe 8

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 8/2018 (Erstverkaufstag: 23. Februar) bis spätestens Donnerstag, 15. Februar an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 15. Februar, 15 Uhr, Kreisvereinigung, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis.

Bonn – die Veranstaltungskalender für das Frühjahr:

Dienstag, 27. Februar, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises. Interessierte sind herzlich willkommen.

Dienstag, 6. März, 18 Uhr, Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn-Beuel: Jahreshauptversammlung mit gemeinsamem Königsberger-Klopse-Essen.

Mittwoch, 7. März, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen des Freundeskreises der Ost- und Westpreußen, ein Gesprächskreis in lockerer Runde. Gäste sind herzlich willkommen.

Sonnabend, 17. März, 10 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen: Landes-Delegierten- und Kulturtagung (Frühjahrstagung).

Dienstag, 27. März, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Dienstag, 3. April, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn Beuel: Monatsveranstaltung. Das Thema wird noch bekannt gegeben.

Dortmund – Montag, 19. Februar, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1–3 (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Freitag, 9. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtischtreffen. – Donnerstag, 15, Februar, 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Offenes Singen mit Marion Cals. – Mittwoch, 28. Februar, 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus: Vorführung des Films „Verlorene Dörfer in Masuren“. Mit der Kamera hat der Filmemacher Daniel Raboldt Studenten aus Düsseldorf und Allenstein bei einem deutsch-polnischen Kooperationsprojekt begleitet. Im Sommer 2017 legten sie zwei verwilderte Friedhöfe der verlorenen Dörfer Klein und Groß Pasken in Masuren frei und erforschten das Schicksal der früheren Bewohner beider Orte. Raboldt dokumentierte die Arbeiten in den masurischen Wäldern und die Recherchen in den Archiven. Sein Film zeigt ein außergewöhnliches internationales Begegnungsprojekt zwischen dem Rheinland und Masuren.

Köln – Mittwoch, 14. Februar, 12 Uhr, Café zum Königsforst (Endhaltestelle Königsforst der KVB-Linie 9): traditionelles „Fischessen am Aschermittwoch“. Bitte die ausnahmsweise geänderte Anfangszeit beachten.

Neuss – Sonntag, 18. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür. – Jeden zweiten Mittwoch um Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Wesel – Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung. Verbindliche Anmeldungen bitte bis zum Mittwoch, 31. Januar, bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403. Geboten werden Kaffee, Kuchen und gemütliches Beisammensein.

Wuppertal – Sonnabend, 10. Februar, 14 Uhr, Kolkmannhaus, Hofaue 51, Wuppertal-Elberfeld: Die Gruppe feiert Karneval. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



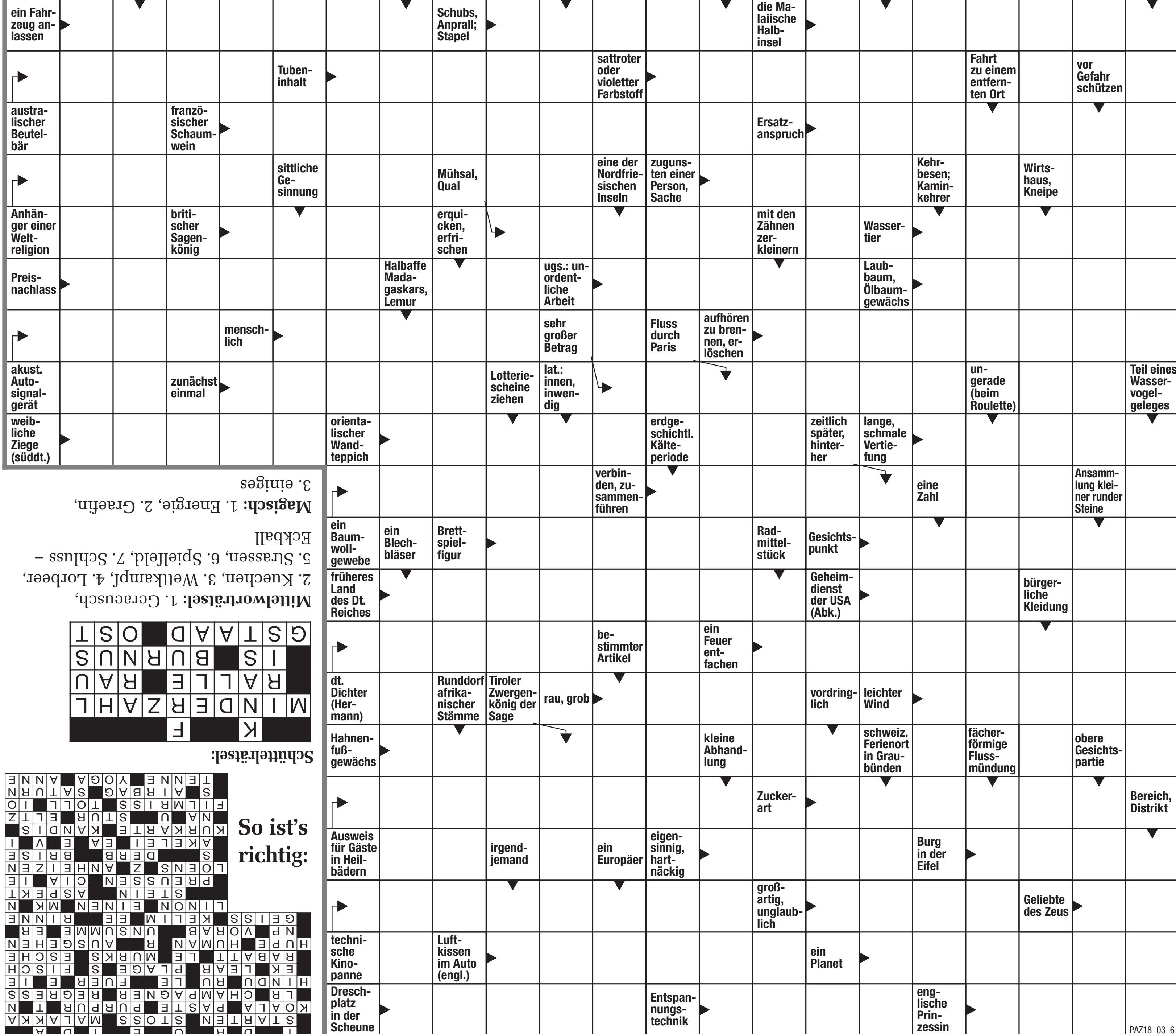
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Die Landesgruppe lädt alle interessierten Ostpreußen und Freunde Ostpreußens zum Regionaltreffen am Sonnabend, 9. Juni, nach Leipzig ein. Das diesjährige Motto „Spurensuche“ verspricht interessante Vorträge und kulturelle Beiträge. Unterstützt wird die Veranstaltung von der Kreisgemeinschaft Wehlau und Labiau, sowie vom „Kreis Samland Verein.“ Sie ist offen für alle „Ostpreußen Kreisgemeinschaften“. Veranstaltungsort ist der Saal des Kleingartenvereins „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91, 4157 Leipzig. Einlass ist ab 9 Uhr, Beginn um 10 Uhr. Weitere Informationen erhalten Sie bei Landsmann Eberhard Grashoff, Robinienweg 6, 04158 Leipzig. Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

Alexander Schulz, Landesvorsitzender

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Schüttelrätsel

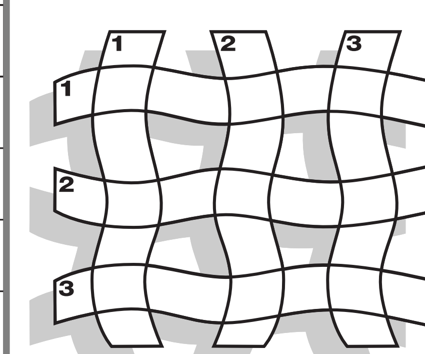
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ADEHI LMNRZ	IIRS		AKNST	ABEL		DEFRU	ANOR	AHSU	LSTU
AELLR						ARU			
AADG ST			BNRS UU						
						OST			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für einen Freistoß beim Fußball.

1	NEBEN								ARM
2	TRAUM								FEE
3	SPORT								REGELN
4	ROSEN								BLATT
5	FERN								BAU
6	HOCKEY								RAND
7	TRUG								FEIER

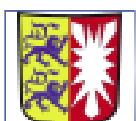


Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Tatkraft, Spannkraft
2 weiblicher Adelstitel
3 manches

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Landesgruppe – Zum Preußentag am 21. Januar konnte der Vorsitzende der Landesgruppe Schleswig–Holstein, Edmund Ferner, über 60 Teilnehmer im „Haus der Heimat" in Kiel begrüßen. Als Gäste konnte er insbesondere den Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Fedor Mrotzek sowie Herrn Ehmke und Manfred Lietzow von der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) willkommen heißen und last but not least Walter Rix, Träger der goldenen Ehrennadel der Ostpreußen. Es stellte sich heraus, dass der Preußentag stets an dem Sonntag stattfindet, der dem Krönungstag des ersten Preußischen Königs am 17. Januar am nächsten liegt.

In seinem Vortrag referierte Ferner über seinen jüngsten Besuch unter anderem mit seinem Enkel Benjamin Zitzow in einigen Städten der russischen Enklave Königsberg. Er wies eingangs insbesondere darauf hin, dass im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2018 im Juni vier Spiele auch in Königsberg ausgetragen werden und zwar am 16. Argentinien gegen Island, am 22. Serbien gegen die Schweiz, am 25. Marokko gegen Spanien und am 28. England gegen Belgien.

In Königsberg werden zu diesem Anlass spürbar viele Vorbereitungen getroffen, um der Stadt ein gepflegtes und modernes Aussehen zu geben. Ferner hob hervor, dass vieles in deutscher Sprache zum Beispiel an Bauwerken, auf sanierten Kanaldeckeln, auf Autokennzeichen, Speisekarten, Tiere im Zoo Hinweise auf die deutsche Vergangenheit der russischen Enklave gebe. Auch unterstützt die Kant-Universität, dass besonders die deutschen kulturellen Gebäude im historischen Stil und Geist wieder ihr Erscheinungsbild erhalten.

Mit seinem bebilderten und lebendigen Vortrag nahm Ferner uns mit auf die Spuren seiner eigenen Vergangenheit. Er zeigte, wie sich die Städte Königsberg, Gerdauen, Friedland, Cranz, Rauschen und Rossitten entwickelt haben, beziehungsweise was aus deutscher Zeit erhalten geblieben ist und gepflegt wird. Eine Selbstverständlichkeit war ein Abstecher zur Vogelwarte bei Rossitten, Mit Blick auf die Wanderdüne in Pillkoppen zitierte der Referent das zu Herzen gehende Gedicht „Die Frauen von Nidden" von Agnes Miegel. Mit besonderem Interesse besuchte er das Museum des Bildhauers Hermann Brachert (1890–1972) in Georgenswalde. Es wird von russischen Künstlern verwaltet nd beherbergt viele Plastiken, Skulpturen und Büsten des Künstlers, darunter auch die Skulptur der „Wasserträgerin". Die Dame, die dafür Modell gestanden hatte, war bis 2004 Mitglied der LO Ortsgruppe Fehmarn.



Landesgruppe: „Die Wasserträgerin"von Herrmann Brachert Bild: Eckloff

Nach der Mittagspause referierte Peter Gerigh, Vorstandsmitglied der LO, über „Ostdeutsche Nationalhymnen und -lieder". Er führte aus: Zur Identität eines Volkes, eines Landes, eines Staates oder einer Nation gehören nicht nur seine Vergangenheit, sein Brauchtum und seine Sitten, sondern auch eine Nationalhymne.

Insbesondere ging Gerigh auf das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder" ein. Komponist ist Herbert Brust (1900–1968). Die eindrucksvollen, mit dem Land verbundenen Verse, schrieb der ostpreußische Dichter Erich Hanninghofer (1908–1945). Aber auch die Heimatlieder der Westpreußen, Danziger, Schlesier, Sudeten und Masuren wurden von Gerigh interpretiert. Zu jedem Lied ließ er die Melodie und den Gesang erklingen. Die Zuhörer summten leise mit, was eine sehr einfühlsame schöne Atmosphäre erzeugte.

In einem zweiten Kurzvortrag referierte Gerigh zum Thema „Ostpreußen war nicht polnisch". Die frühgeschichtliche Besiedelung des Gebietes zwischen Memel und Weichsel durch die Prußen waren der Ausgangspunkt des Vortrages. Im Weiteren dokumentierte er dann an Hand von Geschichtszahlen die wechselhafte Territorialherrschaft im Preußenland, die in vier Perioden eingeteilt werden kann: Die Ordenszeit von 1231 bis 1525, das Herzogtum Preußen von 1525 bis 1701, das Königreich Preußen von 1701 bis 1772 und die Provinz Preußen von 1772 bis 1945.

Durch kurze in ostpreußischer Mundart humorvoll vorgetragene Beiträge von Hildegard Hennings wurden die sachlichen Vorträge sinnvoll unterbrochen. Das gemeinsam gesungene Ostpreußenlied beendete die Veranstaltung, die sich durch ein harmonisches Miteinander auszeichnete.

Hans–A. Eckloff

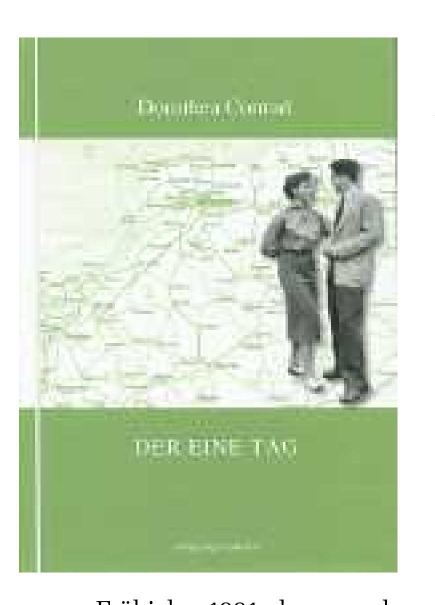
Flensburg – Freitag 9. Februar, 12 Uhr, AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Grünkohlessen, anschließend erster Teil des Vortrages von Siegfried Hoefer über „Nordostpreußen – 1990 bis heute".

Neumünster – Sonnabend, 3. Februar, 12 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Die Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich zum traditionellen Königsberger Klopsessen. Brigitte Profé: „Anschließend servieren wir eine Handvoll Späßchen." Weitere Informationen unter Telefon (04321) 82314.

Uetersen – Freitag, 9. Februar, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Jahresversammlung mit Vorstandswahlen und Erläuterung des Jahresprogramms. Anschließend fröhliches Beisammensein mit Kaffeetrinken.

Reise nach Methgeten

Ein gutgeschriebene Novelle von zeithistorischem Wert



Im Frühjahr 1991, kurz nach der Grenzöffnung des militärischen Sperrgebiets Kaliningrad, reisten Dorothea und Hans Conrad in ihre ostpreußische Heimat, das Land ihrer Kindheit. Sie gehörten zu den ersten Besuchern aus dem Westen. Nur ihrem Mann zuliebe hatte Dorothea ja zu der Reise gesagt. Bis dahin hatte sie es vermieden, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Sie war schlimm genug.

In Methgethen, dem Heimatort ihres Mannes im Nordwesten von Königsberg, suchten die beiden vergeblich das Holzhäuschen, in dem Hans bis zum Januar 1945 mit seiner Familie gewohnt hatte. Hans war betrübt und verdrossen, auch weil der ganze Ort heruntergekommen war. Und der Tannenwald von Methgethen, früher ein beliebtes Ausflugsziel der Königsberger, war verschwunden, komplett abgeholzt. Die Bewohner ignorierten das Ehepaar aus Deutschland – vermutlich befürchteten sie, dass die Deutschen nun kämen, um ihr Eigentum zurückzufordern. Hans und Marie, wie Dorothea von ihrem Mann genannt wurde, rasteten auf einem ruhigen Plätzchen, als Hans von früher zu erzählen begann. Angeregt durch ihre Fragen, hält er im Dialog mit seiner Frau Rückschau, berichtet von seiner Familie, von den unseligen Zeiten des

Die Autorin stammt aus Königsberg

Nationalsozialismus, und wie er als Sechzehnjähriger kurz vor Kriegsende zusammen mit anderen Schülern in der Peripherie von Berlin gegen die Russen kämpfen sollte.

Er wurde schwer verwundet. Dass er am Leben blieb, verdankte er einem Lazarettarzt, der den Russen erklärte, er sei kein Soldat, sondern Zivilist und noch ein Kind. Dieser Tag in Methgethen ist Dorothea Conrad lebhaft in Erinnerung geblieben. Darüber hat sie ein Büchlein geschrieben, dem sie den Titel „Der eine Tag" gab. Sie hat es ihrem verstorbenen Mann gewidmet.

Die Autorin wurde 1930 in Königsberg geboren. Sie veröffentlichte unter anderem zwei Gedichtbändchen und das autobiographische Werk „Schreib auf, worüber du nicht sprechen kannst". Dazu veröffentlichte die *PAZ* in Ausgabe 12/2011 eine Rezension. In dieser kleinen Novelle hat sie sich ganz auf das Wesentliche konzentriert. Nur das, was sie ihrer Erinnerung nach an diesem einen Tag von ihrem Mann erfahren hat, sollte hier festgehalten werden. Mit seiner Ankunft Mitte Mai 1945 bei seinen Eltern im Bergischen Land endet sein Bericht und auch der Dialog zwischen den Ehepartnern.

Von Inhalt und Umfang her ist es nicht viel, das muss hervorgehoben werden, zumal die Textseiten großenteils nur zur Hälfte bedruckt sind. Aber das gut geschriebene Bändchen hat selbstverständlich dennoch seinen zeithistorischen Wert. Auf den letzten 37 Seiten hat der Verlag neben privaten Fotos auch zahlreiche Fotos und Postkarten mit Motiven aus Methgethen und Tapiau abgebildet.

Dagmar Jestrzemski

Dorothea Conrad: „Der eine Tag". *Verlag Regionalkultur, Basel 2017, gebunden, 127 Seiten, 11,90 Euro*

Abenteuer mit Emil Elch

Ganz neu: Kindergeburtstage im Kulturzentrum Ostpreußen

Wer schon immer mal seinen Geburtstag an einem besonderen Ort feiern wollte, kann dies ab sofort im Kulturzentrum Ostpreußen in bayerischen Ellingen tun. Zusammen mit den Mitarbeitern und dem Maskottchen Emil Elch geht das Geburtstagskind mit seinen Freunden auf eine spannende Reise. Es müssen aufregende Ritterprüfungen absolviert und verborgene Kartenteile gefunden werden. An einer festlich gedeckten Tafel wird anschließend zusammen mit den Freunden und der Familie gefeiert. Die Kinder finden heraus, welche tollen Eigenschaften Bernstein besitzt und welche Tiere in Ostpreußen leben. Außerdem lernen sie die ostpreußischen Regionen und ihre Besonderheiten kennen.

Mit Ritterprüfungen und Schatzkarten

Dazu gibt es kostenlose Softgetränke. Die Speisen müssen selbst mitgebracht werden. Das ungewöhnliche und aufregende Geburtstagserlebnis ist für Kinder ab vier Jahren geeignet. Vier verschiedene Abenteuer können die kleinen Abenteurer gemeinsam mit Emil Elch erleben. Berechnet wird dafür ein Grundpreis von 45 Euro bis fünf Teilnehmer. Für jedes weitere Kind sind dann sieben Euro zu zahlen.

Weitere Informationen: Daniela Lione und Marco Wachtel, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, E-Mail: volontariat@kulturzentrum-ostpreussen.de. *PAZ*

Sprachlose Uni

Zu: Das macht sprachlos! (Nr. 4)

Das im Artikel Geschilderte über die Vernachlässigung der deutschen Sprache an deutschen Unis kann ich aus eigener Anschauung bestätigen. Aber das ist wohl nur die Spitze des Eisberges.

Ich wohne in der Nähe meines ehemaligen Studentenwohnheimes und erlebe häufig die dort wohnenden Studenten auf dem Weg zur Uni. Dabei fiel mir auf, dass dort offenbar viele ausländische Studenten wohnen. Oft höre ich slawische Sprachen, Italienisch oder Englisch mit Akzent.

Ein Kollege erzählte mir, dass die FH Jena eine Art Werbeagentur unterhält, die gezielt im Ausland um Studenten wirbt. Ein anderer Kollege berichtete mir von der TU Chemnitz, dass dort viele Studenten aus Pakistan und Indien landen, die sich keine bessere Uni leisten können. Diese fielen ihm durch eher unterdurchschnittliche Leistungen auf.

Ich selber habe aber auch einen wirklich angenehmen indischen Doktoranden kennengelernt, der nach Erlangung der Doktorwürde wieder das Land verlassen musste. Oder auch einen Biologen aus Kamerun, der jetzt sein Geld in den USA verdient.

Mir drängt sich der Eindruck auf, dass hier falsche Anreize gesetzt werden. Einerseits holen wir wahllos Studenten an die Unis, um den Geburtenknick nach der Wende abzufangen. Andererseits werden gut ausgebildete Talente wieder nach Hause geschickt.

Leider habe ich keinen Einblick in den Uni-Betrieb mehr, aber da scheint einiges schiefzulaufen. Das ist wieder mal ein Thema, dem medial zu wenig Beachtung geschenkt wird.

Ulf Peterlein, Jena

Fehlender Respekt gegenüber Taiwan

Zu: Peking gefährdet Flugsicherheit (Nr. 3)

Die von Peking neu eingerichteten Fluglinien gehören zwar zur Fluginformationsregion Shanghai, verlaufen jedoch sehr nahe entlang der Taipeh Fluginformationsregion. Entsprechend den internationalen Standards der Zivilluftfahrt können diese Flugrouten nur nach Einverständniserklärung beider Seiten gestartet werden. Zumal Peking in den beidseitigen Verhandlungen von 2015 dieser Vorgehensweise zugestimmt hatte. Durch die nun erfolgte einseitige Öffnung der Flugrouten hat Peking diese Verhandlungsergebnisse ignoriert und auch eine grobe Fahrlässigkeit gegenüber den Normen zur Sicherheit der Zivilluftfahrt sowie fehlenden Respekt gegenüber Taiwan demonstriert.

Peking sollte sich seiner Verantwortung bewusst sein und so schnell wie möglich Verhandlungen mit Taiwan aufnehmen, damit die Sicherheit der Fluggäste innerhalb der Fluginformationsregion Taipeh sowie zwischen Taiwan und Deutschland und der gesamten Welt wieder gewährleistet werden kann.

Dieser Vorfall zeigt, wie wichtig es ist, dass Taiwan regelmäßig an den Versammlungen der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO (International Civil Aviation Organisation) teilnimmt, um in solchen Fragen auf dem Laufenden zu sein und um eine sichere und nachhaltige Entwicklung der internationalen zivilen Luftfahrt zu gewährleisten.

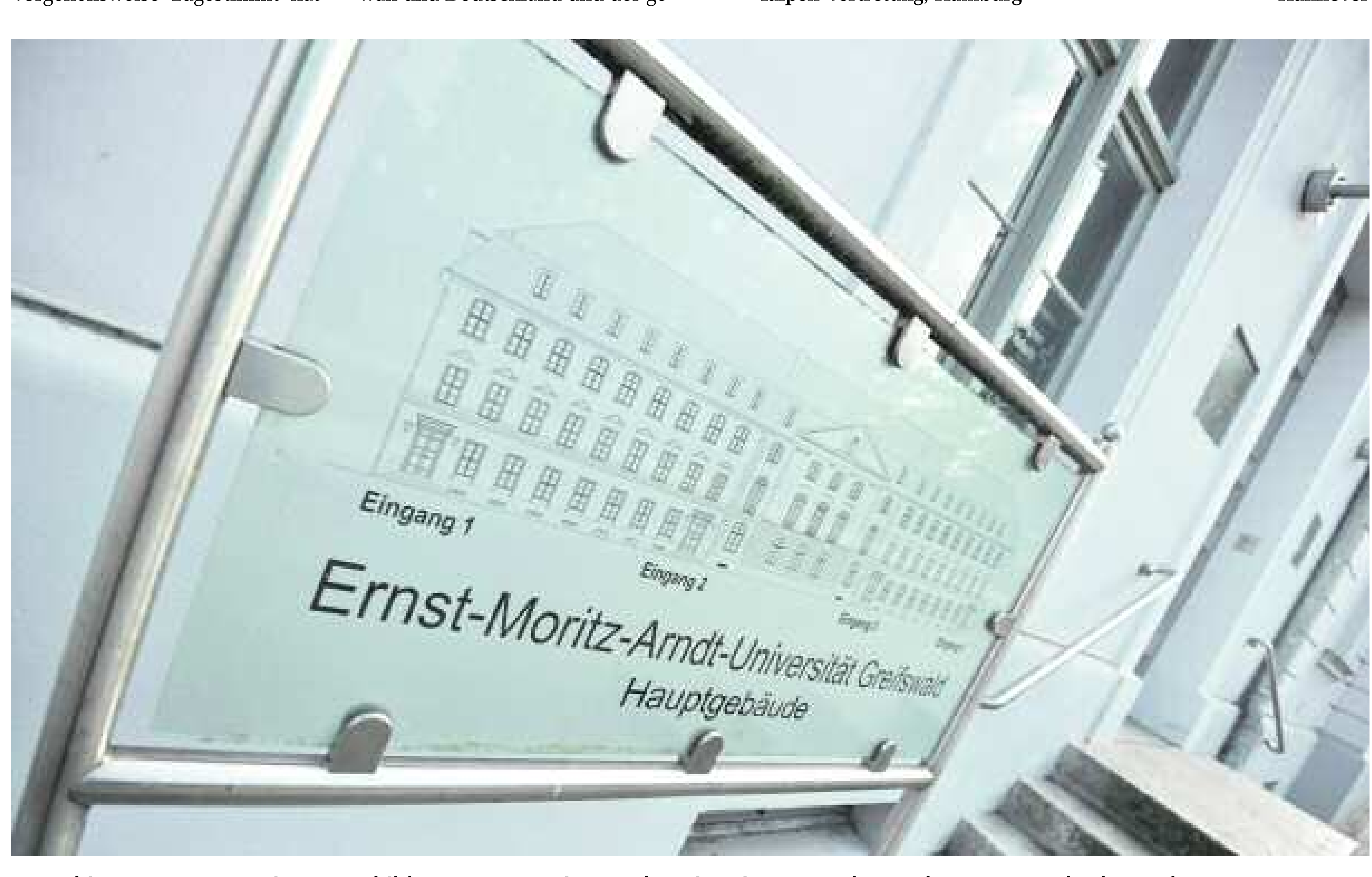
Wen-chiang Shen, Generaldirektor Taipeh Vertretung, Hamburg

Stifter lohnt sich

Zu: Subversives Schlafmittel (Nr. 4)

Endlich traut sich mal einer, Adalbert Stifter gebührend zu würdigen. Der Böhme zählt doch zu den am meisten unterschätzten Erzählern deutscher Sprache. Das liegt wohl daran, dass er den Ruf eines Heimatdichters genießt. Dabei ist er alles andere als ein solcher, wie es der Artikel faszinierend auf den Punkt bringt. Allein dafür lohnt es sich, Ihre Zeitung zu lesen.

Matthias Schöne, Hannover



Anrüchiger Name? Das Eingangsschild zur Ernst-Moritz-Arndt-Universität muss demnächst ausgewechselt werden. Der aus Rügen stammende Freiheitskämpfer und Dichter Arndt wird Opfer eines heutigen Säuberungswahns Bild: Imago

Beschädigter Ruf

Zu: Ernst Moritz Arndt gestrichen (Nr. 5)

Die Namensablegung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald ist ein übler Schlag in das Gesicht eines Teils der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Seit 2010 tobt der Streit um den Namen der Greifswalder Universität. Der Senat der Universität mit der Vorsitzenden Professorin Maria-Theresia Schafmeister vertritt keineswegs die Auffassung der Mehrheit der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns. Aus diesem Grunde legt auch der Internationale Geschichtsverein Schwerin energischen Protest gegen die Vorgehensweise des Senates der Universität Greifswald ein.



Sollen den Menschen in Vorpommern ihre Tradition, ihre Geschichte und ihre historischen Persönlichkeiten genommen werden? Gibt es in der bedeutenden Bildungseinrichtung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht wichtigere Dinge, als in einen Dauerstreit die Brücken zur Bevölkerung abzubrechen?

„Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“, dichtete Arndt im „Vaterlandskrieg“. Er kann nur im Zusammenhang mit dem Zeitgeschehen der Befreiungskriege von 1813 bis 1815 und den Bestrebungen zur Schaffung eines deutschen Nationalstaates beurteilt werden. Herausgerissen aus diesem Zusammenhang ergibt sich mit den Maßstäben der heutigen Zeit eine völlig falsche Beurteilung dieser historischen Persönlichkeit.

Den 27 Mitgliedern des Senates der Universität, welche für die Ablegung des Namens eines preußisch-deutschen Patrioten von Weltbedeutung gestimmt haben, darf getrost bescheinigt werden, dass sie ihrer kleingeistigen, ideologischen Verblendung nachgekommen sind und der Universität Greifswald einen schlechten Dienst erwiesen haben.

Arndt hatte bereits 1810 in seiner Hoffnungsrede formuliert: „Wer die Erinnerung auslöschen will, macht die Gegenwart zur Farce und ist ungeeignet, Verantwortung für die Zukunft übertragen zu bekommen.“

Es steht zu befürchten, dass mit Ernst Moritz Arndt nicht nur ein Name gelöscht worden ist. Das Image einer bedeutenden Bildungseinrichtung wurde ramponiert. Der Ruf der Greifswalder Universität ist weltweit beschädigt worden.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Eine Weltsprache kehrt zu ihren cimbrischen Ahnen zurück

Zu: Das macht sprachlos! (Nr. 4)

Ein verständlicher Artikel, den ich aus eigener Uni-Erfahrung als Offshore-Techniker nachvollziehen kann.

Jedoch durch meine Reisen durch Nordeuropa ist mir erst mit der Zeit bewusst geworden, dass es hier oben eine riesige eigene Sprachfamilie gibt, die von Flämisch-Holland (auch über England-Skandinavien) bis nach Island reicht.

Natürlich gehört durch die nordeuropäische Migration daher auch das angelsächsische Englisch dazu, welches inzwischen sogar Weltniveau hat. Es ist schon ein Schmunzelwitz, dass ausgerechnet die Sprache der Nordmänner aus dem „Barbaricum“ nun die Welt miteinander kommunizieren lässt.

Aber, jede Münze hat zwei Seiten, denn es war ausgerechnet die deutsche Leitkultur, die hier oben eine komplette Sprache aus dieser Familie und damit eine Kultureigenart innerhalb einer Generation als vulgär und primitiv hinweggefegt hat. Das Platt beziehungsweise Friesisch und seine Mundarten sind alle einer der Ahnen des Englischen. Nach der UNESCO ist Platt eine eigene Sprache und kein Dialekt und daher als Kulturerbe anerkannt.

Urheber dieses Sprachensterbens war aber unsere eigene Eltern-Generation, die sich wiederum nun über mangelndes Deutsch beklagt. Ein moderner Witz der Geschichte: Die Revolution frisst ihre Kinder.

Wer also das Platt noch beherrscht und das Glück unserer Generation hat, heute zweisprachig aufgewachsen zu sein, kann auf solchen Reisen, wie unsere alte Hanse, durchaus die skandinavischen Sprachen lesen und mit Phantasie nach Gewöhnung auch teilweise verstehen. Wir haben sehr viel gelacht. Die Skandinavier praktizieren untereinander diese Kommunikation schon länger, weil das Englische dort intensiver gepflegt wird.

Es ist übrigens ausgerechnet nach einer „verlorenen Generation“ nun unserer hiesigen Jugend zu verdanken, dass sie mit modernen Volksliedern und Kommunikation versucht, diesen Verlust wieder wettzumachen und Spaß daran hat, wedder mol een beten Platt to schnacken.

Übrigens ist es nicht das Oxford-Englisch, sondern die exportierte Arbeiter-Variante, das Pidgin, welches von Indien bis nach Grönland gesprochen wird und durch einen kleinen Wortschatz und einer guten Umschreibung eines unbekannten Begriffes hervorsticht und so schnell gelernt werden kann. Und wir Cimbern gehören dazu. Jütland/Schleswig und Holstein wird gemäß Wikipedia als cimbrische Halbinsel beschrieben und umfasst das Gebiet vom Skagerrak bis an die nördliche Elbgrenze.

Ulrich Drübbisch, Ahrensburg

Den etablierten Parteien geht im »atmenden Rahmen« der Politik die Luft aus

Zu: Angst statt Attacke (Nr. 50)

Für welchen Bürger unseres Landes ist in der bundesdeutschen politischen Landschaft innerhalb der ehemals großen Parteien von CDU und SPD in den letzten Jahren überhaupt noch eine Zielsetzung – ob in Fragen des Euro-/Maastrichtabkommens, des unkontrollierten Zuzugs, TTIP, CETA oder in der Energiepolitik – erkennbar gewesen? Kann noch von Zielsetzung gesprochen werden, wenn die Führungspersonen nach Gutsherrenart Richtungswechsel vornehmen, die für das Volk absolut nicht nachvollziehbar sind und deren Ursachen weder ausreichend erklärt noch im Parlament debattiert werden?

In der Zuzugsfrage unserer Multikulti-Gesellschaft hat die CDU-Kanzlerin Angela Merkel im Laufe der letzten Jahre einen solchen nicht nachvollziehbaren Schwenk vollzogen. Hielt sie noch vor 15 Jahren die multikulturelle Gesellschaft für nicht vertretbar in Deutschland, hat sie nun die Grenzen dieses Landes aufgehoben und unser Land für eine weitgehende unkontrollierte Zuwanderung preisgegeben.

Dass unsere europäischen Nachbarn sich gegen eine solche undebattierte Entscheidung sträuben und die Aufnahme von Zuwanderern nach einer Quote verweigern, ist nur selbstverständlich, zumal die Schengengesetze inhaltlich dieser einsam getroffenen Entscheidung absolut entgegenstehen. Es droht dadurch eine Spaltung der EU, denn die meisten europäischen Völker wollen als Schicksalsgemeinschaft weiter existieren (siehe Katalonien).

Politik nur noch nach Gutsherrenart

Auch 70 Jahre nach Kriegsende will in Deutschland niemand mehr als Nazi gelten und darum halten alle Mitglieder der beiden Parteien bei dem Thema Zuwanderung, das sich nach allen Seiten wie ein unzerbrechlicher italienischer Kamm verbiegen lässt und bei dem man nur verlieren kann, schön brav den Mund. Wer aber als Politiker im Wahlkampf die mit dem Zuzug verbundenen Probleme nicht frei beschreibt und ausspricht, darf sich nicht wundern, wenn sich nicht nur Parteimitglieder aus der politischen Verantwortung stehlen und zu anderen Parteien wie der AfD abwandern. Auch die Wähler, die andere Vorstellungen von Demokratie und Volksgemeinschaft haben, verlassen ihre bislang stabile, konservative politische Heimat.

Gleiches gilt besonders für die SPD. Sie ist einerseits durch Schröders sozialen Kahlschlag mit der Agenda 2010 belastet und hat dadurch ihr Kernfeld „soziale Kompetenz“ verloren. Viele sozialdemokratische Parteimitglieder und Wähler haben also ein gleiches Schicksal wie bei der CDU erlitten, nämlich dem oben erwähnten beschriebenen politischen Heimatverlust. Auch sie suchen und finden bei anderen Parteien wie Guido Reil, der jetzt bei der AfD ist.

Anderseits trägt die SPD durch ihre Regierungsbeteiligung an dieser Misere, die beide große Parteien unserem Volk in trauter Gemeinschaft als Groko eingebrockt haben, eine Mitverantwortung. Sie waren daher zugleich auch die größten Wahlverlierer, weil sie es vermieden, die Themen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen, anzusprechen und Lösungen vorzustellen.

Eine Lösung haben beide Parteien nicht, das gibt zumindest Martin Schulz zu, indem er sagte, dass er jetzt gar nichts mehr will. Sowohl Merkel als auch Schulz kennen keinen Ausweg aus dieser fatalen Situation. Wie soll man dem Volk erklären, dass für dringende soziale Probleme kein Geld vorhanden ist und der Staat in seiner Infrastruktur erkennbar immer maroder wird? Im Bereich

Neue Groko vollendet ihr Zerstörungswerk

der Zuwanderung aber wird das Geld ohne erkennbare Wertschöpfung zwangsläufig mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen.

Da die meisten Wähler die Grundrechenarten beherrschen, ist es für sie erkennbar, dass diese Politik in eine Sackgasse führen muss, zumal nahezu 90 Prozent der Zuwanderer Analphabeten und für ein Hochtechnologieland, wie es Deutschland ist, nicht geeignet sind.

Auf Wunsch des Bundespräsidenten soll nun Minus x Minus ein Plus bringen und die SPD nach dieser verlorenen Wahl auch noch das am Wahlabend laut hinausposaunte "Nein" zurücknehmen und mit ihrer Totengräberin, der CDU, eine richtungsweisende Regierung bilden. Da liegt es nahe, dass nicht nur bei Schulz Ängste aufkommen, für die Sünden der Vergangenheit verantwortlich gemacht zu werden. Diese Ängste haben wohl letztlich auch die Vertreter der FDP bei den Jamaikaverhandlungen beschlichen, und sie haben entnervt das Handtuch geworfen.

So wie es aussieht, wird sich also eine neue Groko wieder daran machen, ihr nationales Zerstörungswerk unter Beifall der oppositionellen Grünen fortzusetzen. Es ist nicht nur Schulz, der alles nur noch schlimmer macht. Er ist nur der neue Partner von Merkel, der mit unglaublicher Naivität in die Zerstörerrolle hineingerutscht ist. Wenn es diesen beiden gelingt, debattenlos die Vereinigten Staaten von Europa über einen gemeinsamen EU-Finanzminister herbeizufinanzieren, könnten sie sich elegant aus der Verantwortung stehlen und die Insolvenzmasse Deutschland in den Vereinigten Staaten von Europa aufgehen lassen.

Besonders hart wird es in diesem Jahr bei der anstehenden bayerischen Landtagswahl die CSU treffen, die angesichts dieses „Weiter so“ ihren Wählern erklären muss, wo die Sinnhaftigkeit einer solch desaströsen Politik liegt. Vermutlich wird ihr der vereinbarte „atmende Rahmen“ (wunderschöne hirnrissige Wortschöpfung) genau diese Luft nehmen und für einen Auftrieb bei der neuen konservativen Partei AfD sorgen.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Von Rosstäuschern und Flecklmannern

Vielfältiges Brauchtum – Ein Blick auf die Fastnacht in der Oberpfalz, wo jeder Ort seine eigenen närrischen Traditionen pflegt

Die fünfte Jahreszeit, die närrische Zeit, ist dieses Jahr relativ kurz: Bereits am 13. Februar ist Faschingsdienstag und damit Kehraus, einen Tag später Aschermittwoch. Dabei lenkt der Blick auf die Karnevalshochburgen vom närrischen Treiben in der Provinz ab. Mancherorts geht es besonders hoch her.

Immer wieder ist – schon länger – von Faschingsmüdigkeit oder der Zunahme von Faschingsmuffeln die Rede. Natürlich gibt es regionale Unterschiede, auch vor dem Hintergrund der Verbreitung des Faschings vornehmlich in katholischen Gegenden. Was aber zum (scheinbaren) Bedeutungsverlust der Fastnacht beigetragen hat, ist die mediale Darstellung: Fast jeder Fernsehsender strahlt Faschingssitzungen regionaler Verbände aus – eine Reduzierung auf bekannte, erwartbare Brauchtumselemente. Natürlich verdienen diese Veranstaltungen und das dafür aufgebrachte Engagement der Beteiligten Respekt, sind sie doch ein nicht unwesentlicher Teil des lebendigen Faschingsbrauchtums. Doch damit wächst (leider) auch die Gefahr der Vereinheitlichung. Denn Prinzenpaare, Garden, Elferräte und Prunksitzungen gibt es heute fast in jedem (größeren) Ort. So erwächst der Anschein, als gäbe es sonst keine anderen Faschingsbräuche mehr. Und daraus kann schnell Faschingsmüdigkeit und -unlust entstehen.

Dabei gibt es auch heute noch viele Faschingsbräuche und -gruppen. Werfen wir einen Blick auf die Oberpfalz in der Mitte Bayerns und ein paar angrenzende Orte Niederbayerns. Auch wenn mit der 1848 gegründeten Narragonia Regensburg in der Oberpfälzer Hauptstadt die älteste Faschingsgesellschaft Bayerns zu Hause ist, hat die Fastnacht in diesem Landstrich eine weitaus längere Geschichte und ein um viele Elemente reichhaltigeres Brauchtum zu bieten als es die in der Öffentlichkeit primär sichtbaren Faschingsvereine andeuten.

Die ältesten Dokumente stammen aus dem 13. Jahrhundert. Klosterrechnungen verraten, dass im Fasching üppig getafelt wurde, ehe dann in der Fastenzeit ab Aschermittwoch Bruder Schmalhans Küchenmeister war. Aus dem 16. und 17. Jahrhundert ist für mehrere Städte das Pflugziehen überliefert, das heute in der Nordoberpfalz in Form des Ausackerns der Fastnacht ausgeübt wird. Doch auch das Ausgraben einer Strohpuppe oder Ausrufen wird in verschiedensten Formen praktiziert. Ein Unikat bilden die seit 1923 in Hemau aktiven Kirmweiber. Als alte, hässliche Frauen verkleidete Männer ziehen am Sonntag nach Dreikönig durch die Gasthäuser und verkünden den Beginn des Faschings.

Traditionelle Fastnachtsfiguren wie die sogenannten Fosnatnigln (Sulzbürg und Mitterteich), Flecklmanner (Lupburg) und Schecken (Töging, Gleiritsch) gibt es ebenso wie Bären (Freystadt) und Hexen (so zum Beispiel in Dietldorf). Gemein ist all diesen Figuren, dass sie von Kindern geneckt werden, lärmend von Haus zu Haus ziehen oder von einem Treiber mittels Ziehharmonika oder Teufelsgeige zum Tanzen gebracht werden.

Apropos Tanzen: Auch der Schäfflertanz aus München war und ist an vielen Orten Ostbayerns (regelmäßig alle sieben Jahre bis heute in Schierling und Kelheim) verbreitet. Doch nicht nur die Fassmacher sorgen für Unterhaltung: Den Glasmachern und Spiegelschleifern oblag das närrische Rosstäuschen beziehungsweise Schimmelverkaufen, das bis heute in Weiden ausgeübt wird.

Mit reichlich Handarbeit und Muskelkraft verbunden ist auch die Altweibermühle. Regelmäßig alle zehn Jahre gibt es diese „Verjüngungsmaschine“ für alte Frauen seit 1892 in Schönsee. Und wer dann auf diese Weise eine fesche junge Frau bekommen hat, kann sich gleich mit ihr bei einer Faschingshochzeit verehelichen. Dieser Brauch, bei dem Bauernhochzeiten, die früher zu so einer Feier gehörten, nachgespielt werden, ist vor allem im Bayerischen Wald zu Hause.

Was heute meist die Büttenreden darstellen, war früher und ist auch heute noch in manchen Orten das Moritatensingen. Bis heute gibt es diesen Brauch etwa in Rötz oder Dietfurt. Dabei werden Begebenheiten in Bild, Text und eventuell sogar in Form von Gesang und Musik dargeboten. Eine aus Oberbayern bekannte Form des Ausspielens gibt es in Breitenbrunn mit dem Haberfeldtreiben am Faschingsdienstag.

Auf dem Ausspielen beruht auch das weit über die Grenzen Bayerns hinaus bekannte Oberpfälzer Faschingsspektakel, der Chinesenfasching. Die Stadt Dietfurt hat damit ihrem Spitznamen „Chinesen“ eine positive Seite abgewonnen. Der sogar im echten China bekannte Chinesenfasching zieht seit 1954 alljährlich Tausende Besucher an, die ehrfürchtig dem Kaiser Fu-Gao-Di huldigen. In der Nachbarstadt Riedenburg stehen seit den 1980er Jahren übrigens Zigeuner – angeführt in diesem Jahr von einer Zigeunerbaronin – im Mittelpunkt.

Mit dem am Unsinnigen Donnerstag begangenen Chinesenfasching sind wir bei den letzten närrischen Tagen angelangt, an denen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen kräftig gefeiert wird – in Form von Maschkerer- beziehungsweise Faschingszügen, Faschingsmärkten und Faschingstreiben.

In die heißen Tage fällt auch die Schlüsselübergabe an das Prinzenpaar durch den Bürgermeister. Seine Ursprünge hat dieser Brauch im Rathausstürmen des 16. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges. Etwa 60 Jahre nach der Gründung der Narragonia Regensburg entstanden auch auf dem Land Faschingsvereine. Regierte zunächst nur Prinz Karneval, erhielt er ab den 1930er Jahren, zum Teil auch später, eine Prinzessin. Auch die heutigen Damengarden gab es nicht von Beginn an, sie lösten die früheren Männergarden ab – nur bei der Narragonia Regensburg gehört bis heute, wenn auch nicht mehr in der ursprünglichen Funktion, die Gurkengarde zum Hofstaat. Seit 22. August 1964 gibt es die Vereinigung ostbayerischer Faschingsgesellschaften im Bund Deutscher Karneval mit Präsident Arthur Troidl an der Spitze.

Aus der Oberpfalz sind zurzeit 39, aus Niederbayern 41 Gesellschaften hier organisiert. Doch es gibt weit mehr Faschingsvereine – wie zum Beispiel den Lupburger Maschkererverein, der ganz und gar nichts Rheinisches und Karnevalistisches hat, sondern den örtlichen Fasching mit regionalen Aspekten garniert.

Beendet ist die närrische Zeit auch in der Oberpfalz nicht allein mit dem Kehraus, sondern erst richtig am Abend des Faschingsdienstags oder am Aschermittwoch mit dem Arschboußn oder Variationen des Waschens, Eingrabens, Ertränkens oder Verbrennens von Fastnachtssymbolen. Analog zum Ausackern gibt es das Einackern der Fastnacht. Besonders hervorzuheben unter den Finalbräuchen ist der Fischzug in Schmidmühlen, den mehrere Nachbarorte übernommen haben. *Markus Bauer*



Typisch bayerisches Brauchtum: Drachen unterschiedlicher Gestalt und Größe dominieren den Dietfurter Chinesenfasching Bild: Bauer

Aus der Reihe getanzt

Wenn die »Tollitäten« herrschen – Der Kölner Karneval ist auch eine Antwort auf preußischen Ordnungssinn

Den Kölner Rosenmontagszug kennt fast jeder. Doch Karneval gefeiert wird mehrere Wochen lang. In Köln fällt der Startschuss zum närrischen Treiben traditionell am 11. November um 11.11 Uhr. Dann beginnt offiziell die Session, in Köln auch „fünfte Jahreszeit“ genannt, die – mit einer Pause während der Weihnachtszeit – am Aschermittwoch endet.

Am Aschermittwoch beginnt die Fastenzeit und dauert bis Ostern. Für katholisch geprägte Menschen heißt das – je nach Verzichtbereitschaft: Schluss mit Fleisch (im Volksmund wird Karneval abgeleitet vom Lateinischen „carne valis“, zu Deutsch: Fleisch Lebewohl), Schluss mit Alkohol und auch Schluss mit Sex. Kurz gesagt: Schluss mit allem, was Spaß macht. Enthaltsamkeit und Genügsamkeit werden nun bis Ostern großgeschrieben. Wie gut, dass man in den „Tollen Tagen“ bis Aschermittwoch noch mal alle diese „Sündhaftigkeiten“ voll ausleben kann.

Wie lange eine Session dauert, hängt übrigens vom Mond ab. Denn Ostern, das Ende der Fastenzeit, fällt immer auf den Sonntag nach dem ersten Frühlingsvollmond. Vom Ostersonntag 40 Werktage (und sechs Sonntage) zurück gerechnet, ergibt den Aschermittwoch.

Der ausgelassen und mitunter chaotisch wirkende Kölner Karneval ist – genauer betrachtet – streng reglementiert. Vor nunmehr 195 Jahren, im Jahr 1823, organisierten sich die Kölner Narren im „Festordnenden Comité“, das für einen geregelten Narrenumzug vor der Fastnacht (Aschermittwoch) sorgte. So erreichten die Rheinländer die Duldung und Akzeptanz der preußischen Obrigkeit. Denn seit 1815 gehörte die ehemalige Freie Reichsstadt Köln zum preußischen Staat. Im protestantischen Preußen waren ausufernde Feierlichkeiten vor der Fastnacht nicht üblich.

Mit dem Einzug der Preußen kamen Uniformen und das Militärische im Allgemeinen stärker als bis dato nach Köln. Als eine Parodie auf die preußische Armee traten nun rot-weiß (rot und weiß sind die Kölner Stadtfarben) uniformierte Männer als Soldaten auf: Soldaten mit Holzgewehren, in deren Lauf nicht ein Bajonett, sondern eine Blume steckt. Soldaten, die nicht in Reih' und Glied, sondern krumm und schief antreten. Soldaten, die sich „rote Funken“ nannten.

Dem Kölner Karneval gehören heute mehr als 100 Karnevalsgesellschaften und neun „Traditionskorps“ an – das sind die uniformierten Korps und Garden, die vor 1926 gegründet wurden.

Die höchsten Repräsentanten des Kölner Karnevals nennen sich „Dreigestirn“ (lat. Trifolium):



Bild: Festkomitee Kölner Karneval

Kölner Dreigestirn: „Jungfrau“ Emma (l.) mit Prinz und Bauer

Prinz, Bauer und Jungfrau. Diese drei „Tollitäten“ herrschen in der „tollen 5. Jahreszeit“ in der Stadt.

Prinz („Seine Herrlichkeit“), Bauer („Seine Deftigkeit“) und Jungfrau („Ihre Lieblichkeit“) werden von den Karnevalsgesellschaften vorgeschlagen und in einem undurchsichtigen Auswahlverfahren – ähnlich einer Papstwahl – vom „Festkomitee Kölner Karneval von 1823“ gewählt.

Alle drei sind übrigens Männer, auch die mit neckischen Zöpfen auftretende Kölner Jungfrau. Vor 80 Jahren, 1938, zwangen die nationalsozialistischen Machthaber die Kölner, eine Frau als Jungfrau einzusetzen. Paula Zapf hieß die erste weibliche Trifoliums-Jungfrau. 1939 folgte Else Horion als zweite und letzte weibliche „Lieblichkeit“. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen sofort wieder Männer die Rolle der Jungfrau im Dreigestirn.

Das Kölner Dreigestirn der Session 2017/2018 wird übrigens von der „Nippeser Bürgerwehr von 1903 e.V.“ gestellt. Der Verein aus dem Stadtteil Köln-Nippes gehört zu den neun Traditionskorps im Kölner Karneval. Zum Dreigestirn gehören in diesem Jahr Prinz Michael II. (Michael Gerold), Bauer Christoph (Christoph Stock) und Jungfrau Emma (Erich Ströbel). Ihr Motto diesmal lautet: „Danze us der Reih“! (aus der Reihe tanzen).

Seit ihrer „Inthronisierung“ durch die Kölner Oberbürgermeisterin tingeln die drei Narren unermüdlich bis Aschermittwoch, dem Sessionsende, von einer Veranstaltung zur nächsten: Geschätzte 350 Auftritte – sei es eine Karnevalssitzung, eine Betriebsoder Schulfeier oder auch ein Besuch bei der Kanzlerin oder beim Papst. Ein Vollzeit-Job, der jede andere Beschäftigung ausschließt. Geschlafen wird nicht zu Hause, sondern in der gesponserten „Hofburg“ – einem Luxushotel in der Kölner Innenstadt. Auch ein umfangreicher Fuhrpark wird von einem Kölner Automobil-Hersteller gestiftet, damit die Tollitäten allzeit mobil sind.

Trotz zahlreicher Spender können sich nur gut betuchte Bürger die mehrwöchige Auszeit vom Gelderwerb leisten. Überwiegend Selbstständige sind daher im Dreigestirn aktiv. Der finanzielle Aufwand gilt als eine Art Staatsgeheimnis und wird nicht publik gemacht. Kenner munkeln von Kosten „wie für einen Neuwagen“ oder von bis zu 50 000 Euro. Ein neu geschaffener Fonds soll es auch weniger Begüterten möglich machen, „einmal Prinz zu sein“.

Der Straßenkarneval und damit die „heiße Phase“ der Session beginnt am Donnerstag („Weiberfastnacht“ am 8. Februar). Der Rosenmontagszug (12. Februar) ist schließlich der Höhepunkt. Rund 11 000 Teilnehmer marschieren die 7,5 Kilometer lange, vor Anschlägen streng abgesicherte Strecke ab, an der über eine Million Menschen singen und schunkeln. Am Dienstag gibt es noch einige Umzüge in den Vororten.

An Weiberfastnacht sind Ämter und Behörden nur bis 11.11 Uhr dienstbereit. Danach geht nichts mehr. Auch die meisten Schulen und viele Betriebe „machen dicht“. Der Rosenmontag ist für die meisten Kölner Arbeitnehmer ein freier „Brauchtums- und Feiertag“. *Siegfried Schmidtke*

Vom harten Schicksal der Lebensbornkinder

Während des Zweiten Weltkriegs wurden in den von der Wehrmacht besetzten Ländern Europas Hunderttausende Kinder geboren, die das Ergebnis von Liebschaften zwischen deutschen Soldaten und einheimischen Frauen waren. Nach dem Krieg wurden diese Frauen in ihrer Umgebung geächtet, mitunter sogar härter bestraft als Kollaborateure.

Bekannt sind die filmischen Szenen aus Frankreich, die dokumentieren, wie der Mob die Frauen halbnackt und geschoren durch die Straßen jagt. Fatalerweise wurden auch ihre Kinder zu Opfern gemacht. Mit Demütigung und Verlorenheit mussten sie schon früh zurechtkommen, wurden allein gelassen mit dem Grübeln darüber, wer und wo ihr Vater sei.

24 Berichte der heute über 70-jährigen „Kinder des Krieges“ aus Finnland, Norwegen, Dänemark, Belgien, den Niederlanden, Frankreich und Italien hat Gisela Heidenreich in ihrem neuen Buch „Born of War – Vom Krieg geboren. Europas verlorene Kinder“ zusammengestellt. Was sie alle verbinde, seien die Lügen und das Schweigen der Mütter, erklärt Heidenreich. Sie selbst kam 1943 in einem Lebensbornheim in Oslo zur Welt. Von der schwierigen Aufdekkung ihrer Herkunftsgeschichte berichtet sie in einem eigenen Beitrag, dem weitere Berichte von Lebensbornkindern zur Seite gestellt sind. In ihrer Biografie „Das endlose Jahr“ aus dem Jahr 2002 hat sie ihre Erfahrungen bereits ausführlich geschildert.

Die Frauen und Männer berichten, unter welchen Bedingungen sie aufwuchsen und mit welchen Schwierigkeiten sie umgingen. Vielfach hatten ihre Mütter mehr oder weniger erfolgreich versucht, ihr uneheliches Kind mit einem deutschen Soldaten in der Ehe mit einem anderen Mann als „Kuckuckskind“ zu verbergen oder in-dem sie es bei Verwandten unterbrachten. Meistens mussten die Kinder der Besatzungssoldaten jahrzehntelang gegen eine Mauer des Schweigens ankämpfen, bevor sie erste konkrete Hinweise zu ihrer Herkunft erhielten und sich auf die Suche nach ihren Vätern machen konnten – oftmals zu spät.

Erste gesamteuropäische Schau

„Erst mit über 60 Jahren realisierten die meisten die Ungerechtigkeit ihres Schicksals“, schreibt Michel Blanc in seinem Beitrag. Blanc ist Präsident des 2005 gegründeten französischen Vereins von „Cœur sans Frontières“ (CSF). Der Verein hat das Ziel, französische Kriegskinder mit deutschen Vätern und deutsche Kriegskinder mit französischen Vätern, die während des Krieges und in den Jahren danach in Deutschland lebten, zu unterstützen.

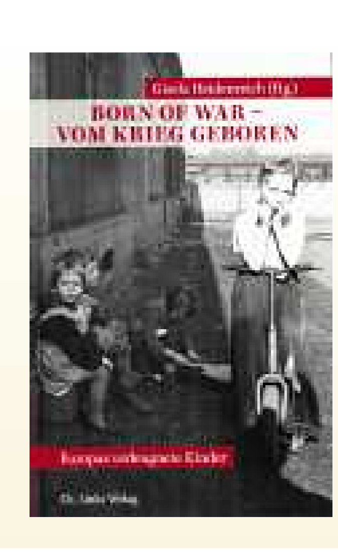
Durch eigene Initiative oder mit Hilfe von Netzwerken wie CSF wurde vielen „Kindern des Krieges“ noch die späte Freude zuteil, bei ihrer Suche nach der väterlichen Familie, wenn nicht den Vater, so doch Halbgeschwister und damit eine zweite Familie in Deutschland – und umgekehrt, aus deutscher Sicht, in dem jeweiligen europäischen Land – gefunden zu haben. Den Beiträgen aus den verschiedenen Ländern sind Rahmentexte von Historikern über den zeitgeschichtlichen Hintergrund vorangestellt.

In der ehemaligen Sowjetunion wurde die Problematik der Wehrmachtskinder hinter Propagandaphrasen völlig verdrängt. Die Historikerin Barbara Stelzl-Marx konstatiert in dieser Hinsicht eine immer noch bestehende Leerstelle infolge der Tabuisierung. Mit Abstrichen gilt dies auch für die anderen osteuropäischen Länder.

Diese Forschungslücke wird zurzeit durch ein bis 2019 laufendes, von der EU gefördertes Forschungsprojekt aufgefüllt. Die Beiträge aus Finnland sind dem Buch „Salatut lapset“ („Verheimlichte Kinder“, 2006) der Journalistin Irja Wendisch entnommen. Der Autorin gebührt Dank dafür, die Lebensberichte der verleugneten Kinder erstmals in einem gesamteuropäischen Rahmen gestellt zu haben.

Heute wäre es vermutlich in allen europäischen Ländern unproblematisch, diese Geschichten unter dem Aspekt eines gemeinsamen Schicksals zu veröffentlichen. Noch vor 20 Jahren war das nicht der Fall. Dennoch wollten nicht alle, die an diesem Buch mitwirkten, namentlich genannt werden. Ob es den „Kindern des Krieges“, die jenseits des Eisernen Vorhangs aufgewachsen sind, wohl so geht wie Henry und Gerrit oder wie sie alle heißen? Beide fühlen sich erklärtermaßen als „Brückenpfeiler für ein geeintes Europa“.

Dagmar Jestrzemski



Gisela Heidenreich: „Born of War – Vom Krieg geboren. Europas verlorene Kinder“, *Ch. Links Verlag, Berlin 2017, gebunden, 367 Seiten, 16,99 Euro*

Im Lebens-Labyrinth

Er verfügt über eine seltene Begabung: Der Ich-Erzähler des Romans „Physik der Schwermut“ kann sich in Tiere und Dinge hineinversetzen und ihren Schmerz und Leid nachempfinden. So erlebt er sich als Minotauros, dem Wesen mit menschlichem Körper und einem Stierkopf der griechischen Sage, das gefangen im Labyrinth auf Kreta gehalten wurde. Wie der Minotauros in seinem Gefängnis, sieht der Junge sich in der provinziellen Welt einer bulgarischen Kleinstadt gefangen.

So erklärt sich auch sein Hang zur Melancholie: Er leidet an einem Übermaß an Empathie. Als er in die Rolle seines Großvaters schlüpft, erlebt er sein Urtrauma: Als kleiner Junge sah sein Großvater auf dem Jahrmarkt einen gleichaltrigen verwachsenen Jungen, der in einem Monstrositätenzelt ausgestellt war und den er als Minotauros wahrnahm.

Der Minotauros-Mythos zieht sich wie ein roter Faden durch das Leben des Erzählers. Überall begegnet er ihm, und er sieht den Minotauros zu einem zu Unrecht als Monster Verunglimpften. Für ihn ist er ein von seinen Eltern eingesperrter Junge.

Mit der Zeit verliert der Erzähler seine Gabe. Er beginnt, die Geschichten anderer zu sammeln und sie als Zeitkapsel in Kisten aufzubewahren. Die Physik der Schwermut liegt allem zugrunde: „Die Schwermut hat wie Gase und Dämpfe kein eigenes Volumen und keine eigene Form, sondern nimmt die Form und das Volumen des Gefäßes oder Raumes ein, den sie erfüllt.“

Der Autor Georgi Gospodinov, der heute in Sofia lebt, erzählt keine durchgehende Handlung, sondern wandelt durch das Labyrinth der Geschichte der Philosophie und Kultur auf der Suche nach einem Sinn. Die Buchkapitel füllen Gedanken- und Geschichtensplitter. Es ist die Tiefe der Gedanken, die den Leser fesselt. *MRK*

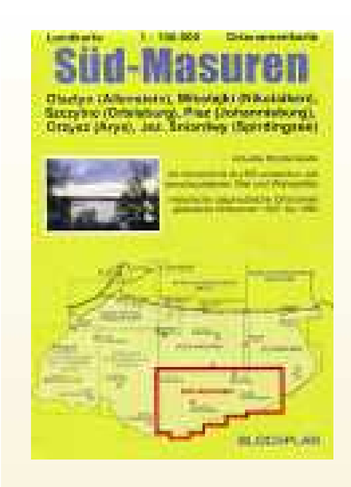


Georgi Gospodinov: „Physik der Schwermut. Roman“, *dtv, München 2016, broschiert, 334 Seiten, 9,90 Euro*

Ein weiterer Mosaikstein

Blochplan beginnt das Jahr mit der Herausgabe einer weiteren Landkarte. Diesmal von Süd-Masuren mit einem kleinen Teil des Ermlands. Sie deckt den Bereich zwischen Sensburg, Arys, Johannisburg und Ortelsburg ab. Allenstein streift sie am östlichen Rand, und im Süden reicht sie bis zur Südgrenze Ostpreußens.

Die Karte enthält ein zweisprachiges Ortsverzeichnis sowie Hinweise auf Sehenswürdigkeiten. Dirk Bloch hat seinen beliebten Ostpreußenkarten einen weiteren Mosaikstein hinzugefügt. *MRK*



„Süd-Masuren. Landkarte 1:100 000“ Aktuelle Straßenkarte mit Verzeichnis aller existenten und verschwundenen Orte und Wohnplätze. Historische ostpreußische Ortsnamen, geänderte Ortsnamen 1927 bis 1945“, *Blochplan, Berlin 2018, Karte, gefalzt 15 x 21 Zentimeter, 8,95 Euro*

Widersprüchliche Ansichten eines Grünen

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer liefert in seinem Buch „Wir können nicht allen helfen“ eine Lageanalyse mit dem Gegensatzpaar „Willkommenskultur und Verlustängste“. Das Verhältnis beider betrage zwei Drittel zu einem Drittel. Als Grüner, der an die Evolutionstheorie glaubt, wundert es, dass er bei der Frage der Überfremdung die biologischen Verhaltensmuster völlig ignoriert, das Revierverhalten insbesondere bei der Invasion nicht heimischer Arten. Bei ihm dreht sich alles um moralische Kategorien.

Im Grundgesetz heißt es „politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Das bedeute aber nicht, dass „wir eine unbegrenzte Zahl von Flüchtlingen“ auf der Suche nach einem besseren Leben aufzunehmen hätten. Viele interessante Einblicke bietet das Kapitel „Vor Ort“, da die Gemeinden und Städte sehen mussten, wie sie die Massen an zugewiesenen Menschen unterbringen und ernähren. Wie der Alltag in Tübingen mit allen seinen bürokratischen Hürden aussah, wird drastisch vor Augen geführt. Palmer: „Die Erwartungshaltung ist maßlos. Dankbarkeit gibt es nicht.“ Er plädiert für ein „Einwanderungsgesetz“, denn Einwanderer, die nach bestimmten Kriterien ausgewählt würden, seien wesentlich leichter zu integrieren. „Ein Staat, der seine Grenzen nicht sichern kann, verliert ein wesentliches Element seiner Staatlichkeit.“ Palmer arbeitet sich auch an der AfD, ab, plädiert für die Meinungsfreiheit. Wer heute die Reste an Meinungsfreiheit verteidige, werde sofort als „Rechtspopulist“ beschimpft und geächtet.

Im Kapitel „Lösungen“ werden die Grünen glorifiziert: „Der Wald war wirklich vom Tod bedroht, nur die Warnung vor dem Waldsterben hat das Waldsterben verhindert.“ Das ist pure Ideologie. Und dann der Gesinnungswandel: „Wer bei uns bleibt, ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.“ Wohl im Blick auf seine parteiinterne Karriere spricht er von einer „Win-Win-Situation für Geflüchtete und ein alterndes Deutschland“. Was die Willkommenskultur betrifft: „Niemand könnte das besser als wir Grünen“ – „Wir haben seit jeher für eine friedliche Welt und die Politik der einen Welt gestritten.“ Eine grüne Weltdiktatur? Wer dies verhindern möchte, sollte sich durch das Sammelsurium an Widersprüchlichkeiten kämpfen.

Wolfgang Thüne

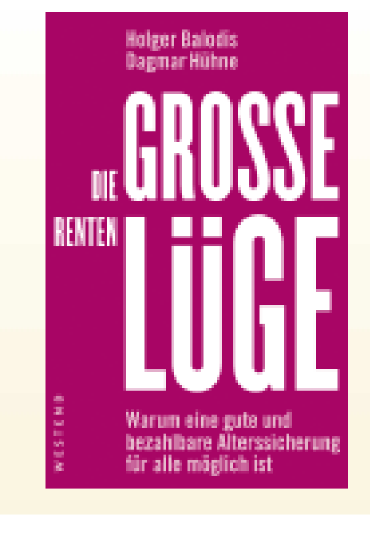


Boris Palmer: „Wir können nicht allen helfen. Ein Grüner über Integration und die Grenzen der Belastbarkeit“, *Siedler Verlag, München 2017, gebunden, 256 Seiten, 18 Euro*

Überzeugende Thesen zur Rente

Die gesetzliche Rente auf der Basis des bewährten Umlagesystems ist besser als ihr Ruf, nämlich „sicher, krisenfest und preiswert“ – wenn man es richtig anstellt. Deshalb sollte sie unbedingt auch zur tragenden Säule der Altersversorgung aller Deutschen werden. So lautet die Kernthese von „Die große Rentenlüge“. Darin führen die beiden Bestsellerautoren Holger Balodis und Dagmar Hühne die wachsende Altersarmut hierzulande auf fehlgeschlagene rententechnische Experimente wie die Riester-Rente und das unkritische Anbeten des „Popanzes des Drei-Säulen-Modells“ zurück. Statt auf die freiwillige Gewährung von Betriebsrenten zu hoffen und mit der gebetsmühlenartigen Aufforderung zur privaten Vorsorge letztlich nur die Finanzwirtschaft zu subventionieren, müsse die Politik endlich Mut zu einem deutlichen Mehr an gesetzlicher Rente zeigen. Dazu gehöre auch, soziale Gruppen wie die Vermögenden, Beamten und Selbstständigen an einer auskömmlichen solidarischen Rente für jedermann zu beteiligen.

Und tatsächlich sind die Argumente der beiden Autoren jenseits aller Neidrhetorik (so zahlen ja schon jetzt viele Freiberufler zwangsweise in die gesetzliche Rentenkasse ein) keineswegs utopisch, wie die Praxis in einigen anderen europäischen Ländern zeigt. Warum soll das, was in Österreich, den Benelux-Staaten und Dänemark funktioniert, nicht auch in der Bundesrepublik funktionieren? Der Haken an der Sache ist nur, dass sich unsere Regierenden beim Thema Rente wohl genausowenig mit dem Finanzsektor, der Wirtschaft und den wirklich Reichen anlegen wer-den wollen wie bei anderen Gelegenheiten. *Wolfgang Kaufmann*



Holger Balodis/ Dagmar Hühne: „Die große Rentenlüge. Warum eine gute und bezahlbare Altersvorsorge für alle möglich ist“, *Westend Verlag, Frankfurt am Main 2017, broschiert, 208 Seiten, 18 Euro*

Wissenswertes über das Berliner Schloss

Ungeachtet der Diskussionen um den Wiederaufbau des Berliner Schlosses wird beim Anblick dieses Monumentalbaus deutlich, welche Bedeutung er einst für die Berliner Mitte hatte. Matthias Wemhoff, Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte, und Michael Malliaris, Leiter der Ausgrabungen am Schlossplatz, stellen in dem Werk „Das Berliner Schloss. Geschichte und Archäologie“ zum ersten Mal die Geschichte des Areals bis in die heutige Zeit umfassend dar. Dabei halfen ihnen die 40 Fundstücke, die man bei Ausgrabungen fand. Diese zeugen vom mittelalterlichen Berlin, vom ersten kurfürstlichen Schloss, von der Residenz deutscher Kaiser, der Sprengung 1950, dem später dort entstandenen Palast der Republik und dem Bau des Humboldtforums in Gestalt des wilhelminischen Prachtbaus.

Zu Beginn gehen die Autoren auf die Zeit vor der Schlossentstehung ein. Wie war Berlin im Mittelalter? Es gibt wenig Befunde, die weiterhelfen. Mit dem Bau des Palastes der Republik hatte man das Erdreich ohne Untersuchungen abgebaggert. Funde sind somit für immer verloren gegangen.

Nachweislich gab es erste Bautätigkeiten in Cölln um die Mitte des 12. Jahrhunderts. Zahlreiche Zeugnisse der mittelalterlichen Stadt erhielten sich unter dem Pflaster des Schlosshofes. Von der ersten kurfürstlichen Residenz über das Renaissanceschloss, dem Königsschloss, Kaiserschloss, dem Palast der Republik bis zum heutigen Bau des Humboldtforums begleitet man die Archäologen bei ihren jahrelangen Forschungen. Reich bebildert bekommt man tiefe Einblicke. Abbildungen der Grabungsschauplätze und Fundstücke werden informativ erläutert. Es ist ein wahrer Genuss, sich die Ergebnisse einer der größten Ausgrabungen, die je in Berlin stattgefunden haben, in diesem wertvollen Buch anzuschauen. *Silvia Friedrich*



Matthias Wemhoff, Michael Malliaris: „Das Berliner Schloss. Geschichte und Archäologie“, *Elsengold Verlag, Berlin 2016, gebunden, 160 Seiten, 24,95 Euro*



Dieter Peeters
Vermisst in Stalingrad
Als einfacher Soldat überlebte ich Kessel und Todeslager 1941–1945
120 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0853 12,80 €

Am 2. Februar 1943 endet die Schlacht von Stalingrad. Kein anderer Ort ist seither so fest mit dem Zweiten Weltkrieg verknüpft. Die Katastrophe an der Wolga gilt als der Wendepunkt des Krieges im Osten. Dieter Peeters ist einer der letzten Überlebenden von Stalingrad. Er schildert die Wochen in der Hölle des Kessels aus der Sicht eines einfachen Soldaten. Nach seiner Gefangennahme im Januar 1943 gilt er wie Zehntausende andere als „vermißt in Stalingrad". Er durchlebt das Grauen in einem Todeslager und sechs lange Jahre in einem Straflager am Ural. 1949 kehrt er heim nach Deutschland. Seine Erinnerungen, ergreifend geschrieben, sind ein erschütterndes Dokument des Leidens. Nach seiner Rückkehr stieg er zum Verkaufsleiter in einem bedeutenden Edelstahlunternehmen. Dieter Peeters lebt heute in Düsseldorf.



Christopher Spatz
Nur der Himmel blieb derselbe
Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben
336 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1032 16,95 €

Eine der größten humanitären Katastrophen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spielte sich von 1945 bis 1948 im nördlichen Ostpreußen, in Königsberg und der weiteren Umgebung ab. Über 100.000 Menschen starben an Seuchen und Unterernährung. Die Übriggebliebenen waren oft Kinder. Ohne Eltern, ohne Familie, ohne ein Zuhause waren sie ganz auf sich gestellt. Manche landeten in sowjetischen Heimen, andere flohen auf eigene Faust nach Litauen, um ihr Leben zu retten. Von der Tragödie dieser Kinder nahm die Welt jahrzehntelang nahezu keine Notiz. Erst in den 1990er-Jahren wurde die Öffentlichkeit auf ihre Schicksale aufmerksam. Der Autor rekonstruiert das Leben der damaligen Bettelkinder und lässt die Betroffenen selbst zu Wort kommen. In mehr als 50 lebensbiografischen Interviews erzählen die zwischen 1930 und 1942 Geborenen, wie sie das Unmögliche schafften und überlebten.



Ruth Geede
Der Wiesenblumenstrauß
Heitere ostpreußische Geschichten
Ein Strauß voller humorvoller Kurzgeschichten und Gedichte, der den Duft der unvergessenen Heimat verbreitet, ist in diesem Band versammelt. Liebevoll schildert Ruth Geede in „Der Wiesenblumenstrauß" die Eigenarten ihrer Landsleute – liebenswürdig und unverwechselbar, teilweise in ostpreußischer Mundart. Da gibt es zum Beispiel den kleinen Instjungen Nante, der die Gutstochter Annemarie vor einer ungewollten Heirat bewahrt und auf diese Weise seine Vorliebe für Igel entdeckt oder das Kindermädchen Nusch, das von der großen weiten Welt träumt und eine folgenreiche Zugreise unternimmt. In jeder Erzählung schildert die „Grande Dame der Ostpreußen" eine lustige Begebenheit und lässt in den Gedichten die alte Heimat Ostpreußen mit ihren Bewohnern, die das Land so liebenswert machen, wiederauferstehen. Mit 101 Jahren ist Ruth Geede die älteste aktive Journalistin der Welt. Sie lebt und arbeitet heute in Hamburg. 176 Seiten.
Nr. P 533191 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €

Ruth Geede
Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
In Kurzgeschichten und Gedichten, teilweise in ostpreußischer Mundart verfasst, erzählt Ruth Geede, die gebürtige Königsbergerin, mit Liebe und Humor von ihrer Heimat. Das bäuerliche Leben auf dem Land ist die Kulisse für die heiteren Begebenheiten, die den Helden widerfahren. Einer dieser Helden ist der Ohm Sodeikat, der seiner Frau einen überaus teuren Hut kauft, welcher verloren geht und als verdrecktes Katzenbettchen wieder auftaucht. Aber auch dramatische Geschehnisse werden warmherzig beschrieben. Da gibt es zum Beispiel Maria, die nach dem Tod ihres Ehemannes den Verstand verliert. In ihren Geschichten und Gedichten gelingt es Ruth Geede meisterhaft, ihre geliebte und unvergessene Heimat Ostpreußen neu erstehen zu lassen. Mit ihrer ausdrucksvollen Sprache malt sie ein bezauberndes Bild der ostpreußischen Landschaft mit ihren goldenen Weizenfeldern und den kristallschimmernden Seen. 176 Seiten.
Nr. P 533193 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €

Jürgen Kleindienst (Hrsg.)
Kriegskinder erzählen
Zwischen Sirenengeheul und Granatsplittern 1939–1945
Kartoniert.
256 Seiten
Nr. P A0718 10,90 €

Kriegskinder der Jahrgänge 1929 bis 1941 erzählen in diesem bewegenden Buch von ihrem Alltag. Zum Beispiel vom nächtlichen Sirenengeheul und – wie makaber es auch klingen mag – vom Sammeln der bizarren Granatsplitter, die am nächsten Morgen als Reste der tödlichen Bombengeschosse zu finden waren. Stets ist die Angst gegenwärtig, verschüttet oder „ausgebombt" zu werden. Immer wieder verlieren nahe Angehörige, Nachbarn oder Schulkameraden ihr Zuhause oder gar ihr Leben. Die meisten Kriegskinder wachsen vaterlos auf und müssen frühzeitig ihren Müttern helfen, das Überleben zu sichern. Viele Kriegskinder erleben die überstürzte Flucht aus dem Osten und die Vertreibung aus der Heimat.



Freya Klier
Wir letzten Kinder Ostpreußens
Zeugen einer vergessenen Generation 448 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0789 16,00 €

Sieben Kinder – sieben Schicksale. In ihrem bewegenden und aufwühlenden Buch zeichnet Freya Klier Flucht und Vertreibung von sieben Kindern aus Ostpreußen nach. Nach Jahrzehnten des Schweigens erhalten sie endlich die Gelegenheit, ihre Kindheitsgeschichte zu erzählen, beginnend mit dem Sommer 1944 bis hinein in unsere Gegenwart. Aus der Komposition der Stimmen erwächst ein so noch nie zu lesendes Panorama der letzten Kriegsmonate. Ein ergreifendes Zeugnis und Buch für eine ganze Generation – und deren Nachkommen! Freya Klier, geboren 1950 in Dresden, wurde 1968 wegen versuchter „Republikflucht" zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hat zahlreiche Preise und Ehrungen erhalten.



Inge Keller-Dommasch
Wir aber mussten erleben
Erinnerungen an Ostpreußen bis zur Vertreibung 1947
288 Seiten/Gebunden
Nr. P A0663 Geb. 21,80 €

In Ostpreußen geboren und aufgewachsen, erlebte Inge Keller-Dommasch die schweren Jahre von 1944 bis 1947 in ihrer Heimat. Sie schildert in ihrem autobiografischen Bericht einen Teil ihrer Kindheit, die eigentlich längst keine mehr war. Immer bedroht von Hunger, Vergewaltigung, Vertreibung und Tod, musste sie mehrere Jahre mit ihrer Mutter und Großmutter um das Überleben kämpfen. Die Autorin schildert eindringlich den Alltag in dieser Zeit. Ergänzt durch Texte ihrer Mutter, ergibt sich ein lebendiges Bild der unmittelbaren Nachkriegszeit. Inge Keller-Dommasch, geb. 1930 in Kaukehmen in Ostpreußen, wurde im November 1947 zusammen mit ihrer Mutter aus Ostpreußen ausgewiesen.



Ruth Geede
Wo der Sprosser sang
Eine bunte Sammlung von berührenden Erzählungen, Erinnerungen und Gedichten der Ostpreußischen Familie, gesammelt und zusammengestellt von Ruth Geede, laden zum Träumen und Schmunzeln ein. Enthaltene Erzählungen: „Nidden", „Im Schulhaus von Kiaulkehmen", „Die Roggenmuhme", „Trakehner Blut", „Die Hochzeit auf dem Lande", „Zu Martini wird gezogen", „Mien Derpke" und viele mehr. 128 Seiten
Nr. P 1850 Kartoniert 10,50 €



Ruth Geede
Wie Blätter im Wind
Roman aus dem alten Ostpreußen
Wie Blätter im Wind: Der Roman von Ruth Geede schildert das einfache Leben der Katherine K., das so ohne Auffälligkeit begann wie das vieler ostpreußischer Menschen um 1900. Es war die Zeit als man in den Spinnstuben noch sang und zu Johanni über das Feuer sprang. Dann aber kam der Sog der großen Städte und riss auch Katherine mit. So spielt das Buch in einer Welt, die längst vergangen ist, erinnert an in Vergessenheit Geratenes und lässt ein Stück unvergessenes Ostpreußen wieder lebendig werden. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 533103 12,95 €



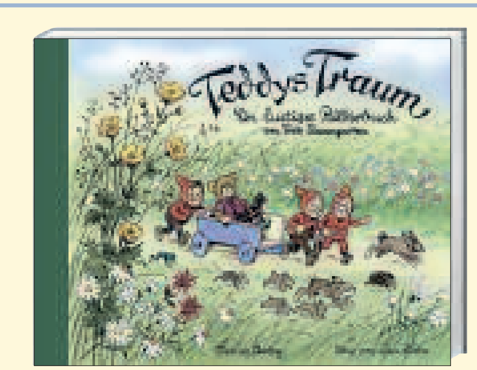
Ruth Geede
Kurische Legende und andere Erzählungen
Einfühlsame Erzählungen von Ruth Geede, die die unberührte Schönheit des Landes mit See, Haff und Strom unter dem hellen nordischen Himmel in Erinnerung rufen und das harte, genügsame Leben seiner Bewohner beschreiben. Enthaltene Erzählungen: „Heimkehr im Herbst", „Die große Wassernot", „Hannas Kette", „Die Kornkinder", „Spiegelmarie" und viele mehr. 128 Seiten
Nr. P 9087 Kartoniert 10,50 €



Nicholas Stargardt
Der Deutsche Krieg
Zwischen Angst, Zweifel und Durchhaltewillen – wie die Menschen den Zweiten Weltkrieg erlebten
Einzigartig und fesselnd erzählt der renommierte Oxford-Historiker Nicholas Stargardt in „Der Deutsche Krieg" aus der Nahsicht, wie die Deutschen – Soldaten, Lehrer, Krankenschwestern, Nationalsozialisten, Christen und Juden – den Zweiten Weltkrieg durchlebten. Tag für Tag erleben wir mit, worauf sie hofften, was sie schockierte, worüber sie schwiegen und wie sich ihre Sicht auf den Krieg allmählich wandelte. Gestützt auf zahllose Tagebücher und Briefe, unter anderem von Heinrich Böll und Victor Klemperer, Wilm Hosenfeld und Konrad Jarausch, gelingt Nicholas Stargardt ein Blick in die Köpfe der Menschen, der deutlich macht, warum so viele Deutsche noch an die nationale Sache glaubten, als der Krieg längst verloren war und die Gewissheit wuchs, an einem Völkermord teilzuhaben. Ein verstörendes Kaleidoskop der Jahre 1939 bis 1945 im nationalsozialistischen Deutschland. 848 Seiten
Nr. P A1143 Taschenbuch 16,99 €



Sibylle von Olfers
Etwas von den Wurzelkindern
Am Jahresanfang weckt Mutter Erde die kleinen Wurzelkinder, dann werden die bunten Kleidchen genäht und die Käfer frisch bemalt und danach ist endlich der Frühling da! Seit über 100 Jahren begleiten die Wurzelkinder von Sibylle von Olfers durch die Jahreszeiten. Ein zeitlos schöner Bilderbuch-Klassiker! 36 Seiten
Nr. P 1222 Gebunden 4,95 €



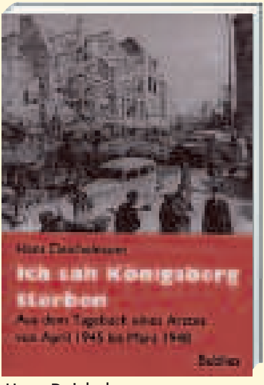
Fritz Baumgarten
Teddys Traum (Format 26,5 x 21 cm)
Teddy träumt von einem wunderschönen Fest bei den Wichteln mit Musik und gutem Essen. Der kleine Wichtelmann begeistert Teddy, die Wichtel und die Tiere des Waldes mit seinen lustigen Schattenspielen. Ein wunderschönes Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 S.
Nr. P A0795 Gebunden 8,95 €



Ulrike Renk
Das Lied der Störche
Roman
Ostpreußen 1920: Frederike verbringt eine glückliche und unbeschwerte Kindheit auf dem Gut ihres Stiefvaters in der Nähe von Graudenz. Bis sie eines Tages erfährt, dass ihre Zukunft mehr als ungewiss ist: Ihr Erbe ist nach dem großen Krieg verloren gegangen, sie hat weder Auskommen noch Mitgift. Während ihre Freundinnen in Berlin vergnügen und ihre Jugend genießen, fühlt sich Frederike ausgeschlossen. Umso mehr freut sie sich über die Aufmerksamkeit des Gutsbesitzers Ax von Stieglitz. Wäre da nur nicht das beunruhigende Gefühl, dass den deutlich älteren Mann ein dunkles Geheimnis umgibt ... Ein berührende Familien-Saga die auf wahren Begebenheiten beruht. Die Autorin Ulrike Renk lebt als freie Autorin in Krefeld. 512 Seiten
Nr. P A1150 Taschenbuch 12,99 €

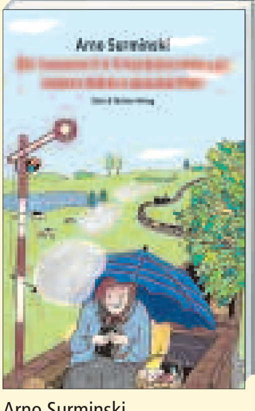


Ulrike Renk
Die Jahre der Schwalben
Roman
Kurz nach ihrer Hochzeit erfährt Frederike, dass ihr Mann eine schwere Krankheit hat. Er geht in ein Sanatorium, und Frederike hofft auf seine Genesung. Doch als er stirbt, steht Frederike vor den Trümmern ihres Lebens. Allein und ohne eigenes Vermögen muss sie das Gut mit der großen Trakehnerzucht bewirtschaften. Jahre der Verzweiflung und Einsamkeit folgen, bis sie Gebhard von Mansfeld kennenlernt. Ganz langsam gelingt es ihr, wieder an das Glück zu glauben. Doch dann kommt Hitler an die Macht, und plötzlich weiß Frederike nicht, ob sie und ihre Liebsten noch sicher sind. Der 2. Teil der großen emotionalen Familiensaga aus Ostpreußen, die auf wahren Begebenheiten beruht.
560 Seiten
Nr. P A1186 Taschenbuch 12,99 €



Hans Deichelmann
Ich sah Königsberg sterben
Aus dem Tagebuch eines Arztes von April 1945 bis März 1948
288 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0682 19,80 €

Hans Deichelmann arbeitete als Arzt in Königsberg, der alten Hauptstadt Ostpreußens, und erlebte die Einkesselung der Stadt durch die Truppen der Roten Armee im Frühjahr 1945. Sein Tagebuch dokumentiert authentisch und auf erschütternde Weise das Leiden und Sterben der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung in Königsberg. Von den 110.000 eingeschlossenen deutschen Zivilisten in Königsberg überlebten nur 27.000 das Martyrium. Ein fast vergessenes Kapitel deutscher Geschichte wird durch die Tagebuchschilderungen Dr. Deichelmanns wieder lebendig.



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten 248 Seiten/TB
Nr. P A0208 9,95 €

Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Da das Leben nicht immer nur heitere Momente bietet, helfen Bücher und Geschichten eine Welt zu erschaffen, in der wir unsere Sorgen hinter uns lassen und unbeschwert schmunzeln oder laut herauslachen können. Arno Surminski schildert voller Wärme und mit humorigem Unterton die Bewohner dieser Welt: Es sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten. Geschichten für den Alltag, für den Feierabend, für trübe Tage und Nächte und für sonnige – Geschichten für jede Zeit eben.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»Ohne Dings kein Bums«

Erfurt – Die Serie von Eskapaden und Peinlichkeiten beim „Kinderkanal“ (Kika) von ARD und ZDF reißt nicht ab: Auf seiner Netzseite bietet Kika, das Programm zielt auf Kinder von drei bis 13 Jahren, seinen Zuschauern an, Wörter wie Brüste, Vagina, Hoden und Penis in diversen Fremdsprachen zu lernen. Zuvor hatte ein Kika-Moderator via Twitter zum Töten von „Nazis“ aufgerufen. *H.H.*

Die Mohren werden bleiben

Friedberg – Entgegen den Bemühungen sogenannter Anti-Rassisten will die Mohren-Apotheke im hessischen Friedberg ihren Namen nicht ändern. Die Kommunale Ausländervertretung in Frankfurt am Main hatte gefordert, alle Mohren-Apotheken umzubenennen, weil „Mohr“ rassistisch sei. Inhaberin Kerstin Podszus sagte der „Frankfurter Neuen Presse“ dagegen: „Nicht eine Sekunde denke ich über eine Namensänderung nach.“ Von den Kunden erfahre sie dafür einhellige Unterstützung. *M.L./H.H.*

ZUR PERSON

Ein Herz für Russen-Sportler

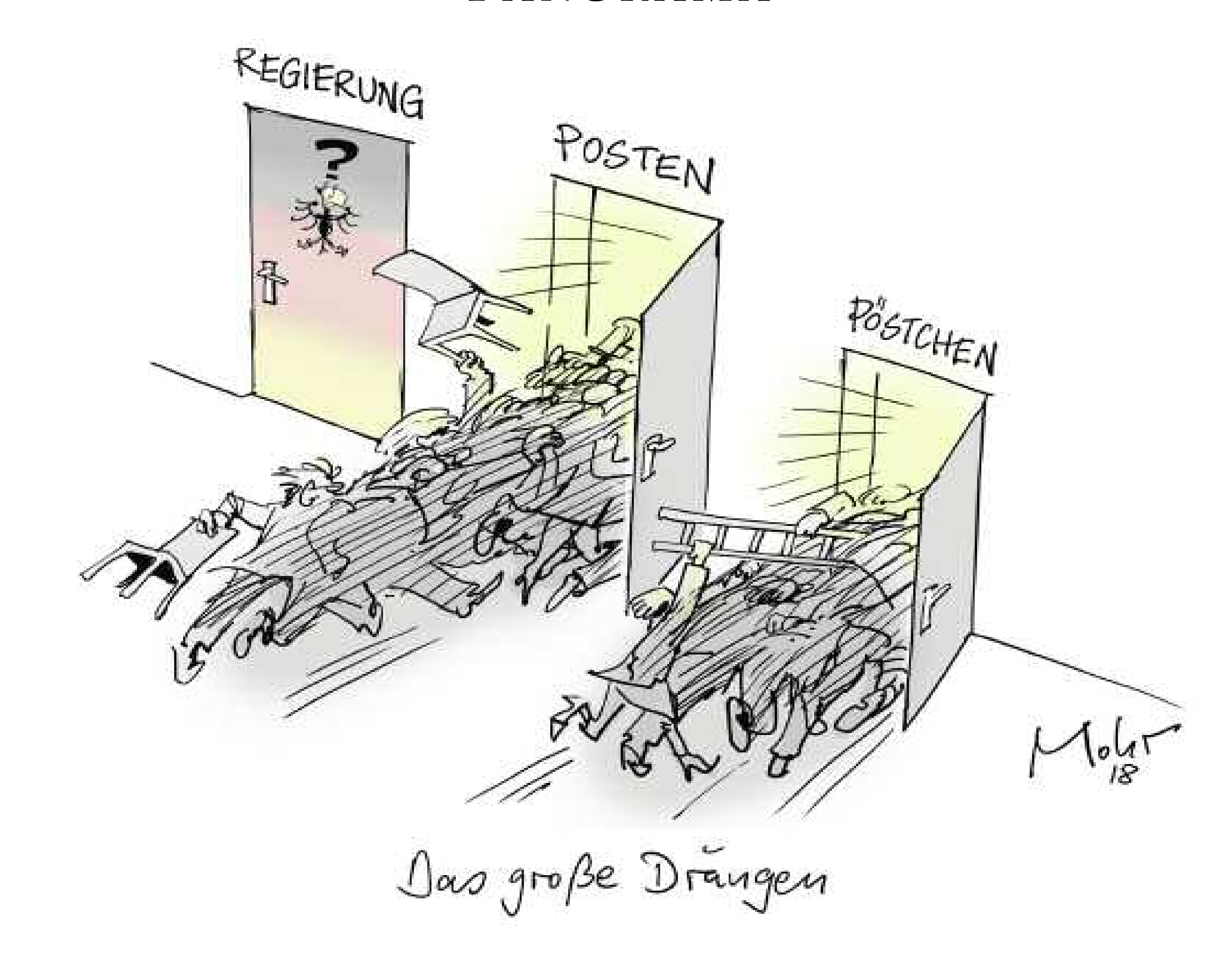
Von diesem Wochenende an wird wieder um olympische Medaillen gekämpft. Mit legalen Mittel wird es gewiss wieder nicht zugehen. Zweifel daran dürften auch genährt werden, nachdem der Internationale Sportgerichtshof CAS die vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) verhängten lebenslangen Sperren von 39 russischen Sportlern wegen Dopingvergehen aufgehoben hat.

Für den deutschen IOC-Chef Thomas Bach war das eine Blamage, die ihm mit **John Coates** ein Funktionär aus den eigenen Reihen zugefügt hat. Der Australier ist sowohl IOC-Mitglied als auch seit 2010 Präsident des CAS. In dieser Eigenschaft musste der 67-Jährige kurz vor Beginn der Winterspiele im koreanischen Pjöngjang selbst ein sportliches Chaos entwirren. Denn 32 russische Sportler, die vom IOC nicht eingeladen wurden, unter neutraler Flagge in Pjöngjang zu starten, wollten vorm CAS quasi in letzter Minute ihre Teilnahme erzwingen, darunter 13 Sportler, gegen die das CAS gerade die lebenslangen Dopingsperren aufgehoben hat.



Der Vater von sechs Kindern hat selbst ein Herz für Sportler. In Sydney, wo er aufgewachsen ist, spielte er Kricket und war Steuermann auf Ruderbooten. Und als ein an der Universität Sydney ausgebildeter Rechtsanwalt besitzt er genug Rechtsempfinden, um russische Sportler nicht unter Generalverdacht zu nehmen, wenn keine direkten Dopingbeweise vorliegen.

Als seit 1990 amtierender Präsident des nationalen australischen Olympischen Komitees holte er im Jahr 2000 die Sommerspiele nach Sydney. Teilnehmer sprachen damals von den harmonischsten Spielen seit Langem. Coates hält eben nichts davon, im Sport politische Schlachten auszutragen. Vielleicht war das ein Grund, weshalb er 2017 als Vizepräsident des IOC ausschied. Er ist eben kein Freund des Deutschen Bach. *H. Tews*



Ja! Äh, nein!

Warum wir die anderen endlich verstehen, wer das alte Familienbild wiederentdeckt hat, und wer wen hier (nicht) haben will / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Den Riss, der durch unsere Gesellschaft geht, den beklagen wir ja alle. Selbstredend gibt jeder dem anderen (Lager) die Schuld an der Kluft, über die kein gepflegtes politisches Gespräch mehr möglich sei, weil sich alle immer gleich angiften. Man versteht sich nicht mehr, wobei „verstehen“ durchaus wörtlich zu nehmen ist.

Nun haben wir neulich eine Erleuchtung erfahren, auf die wir gar nicht mehr zu hoffen wagten. Einer von denen, die wir tatsächlich nicht mehr verstanden hatten, gab uns einen tiefen Einblick in sein Denken, das er mit vielen seiner Leute gemeinsam haben dürfte.

Bei einer der üblichen Attacken auf den Präsidenten der USA setzte uns der ARD-Hörfunk-Korrespondent in Washington über die neueste Schurkerei von Donald Trump in Kenntnis. Der habe angekündigt, dass das Gefangenenlager von Guantánamo nicht geschlossen werde, was der ARD-Mann voller Empörung aufnimmt, denn, so der Journalist: „Damit kassiert Trump ein weiteres Erbe der Obama-Ära ein.“

Damit kassiert Trump – bitte was? Also: Barack Obama hatte in seinem Präsidentschaftswahlkampf versprochen, das Gefangenenlager zu schließen. Er gewann die Wahl zwei Mal, 2008 und 2012, war insgesamt acht Jahre lang erster Mann der Vereinigten Staaten, war der mächtigste Politiker der Welt, wie man sagt.

Das Lager gibt es indes immer noch. Obama hat sein Versprechen gebrochen. Und was hat Trump getan? Er hat das gebrochene Versprechen seines von deutschen Medien heiß geliebten Vorgängers nicht wiederholt, sondern sich stattdessen „ehrlich gemacht“, wie man es modisch ausdrückt.

Der ARD-Korrespondent findet das offenbar unverzeihlich. Die schöne Lüge, man werde das Lager schließen, ist demnach äußerst lobenswert – die Wahrheit zu sagen dagegen von Übel. Indem er Obamas Lüge durch die Wahrheit ersetzt hat, hat Trump ein wertvolles „Erbe kassiert“.

Solch überlegene Logik verstehen schlicht gestrickte Heinis wie wir nicht. In unserer tumben Denke glauben wir, dass die Wahrheit der Lüge vorzuziehen sei und dass der Lügner und Schönfärber ein unseriöser Geselle sei und der Wahrheitsliebende ein Ehrenmann. Weit gefehlt! Es ist genau umgekehrt.

Es hängt alles an der Frage, welche Absichten, welche „Haltung“ man jemandem unterstellt. Daran entscheidet sich, ob einer zu den Guten oder den Bösen zählt. Hören Sie sich das mal an und entscheiden Sie selbst: „Mutter und Kinder! Das ist für mich Familie! Mutter und Kinder!“

Ist das nicht vorsintflutlich? Fortschrittliche Verfechter zeitgemäßer Rollenverteilungen samt Gender-Studies und alternativen Familien-Entwürfen laufen Sturm gegen solchermaßen reaktionäres „Mutter und Kind“-Geschwafel, das besonders gendersensible Gemüter an das Familienbild des dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte erinnert.

> Eine Zuzugssperre nach der anderen: Wo waren diese Bürgermeister eigentlich 2015?

Denkste. Den aufgeregten Satz hat Katrin Göring-Eckardt von den Grünen in den Bundestag gebrüllt. Ja, ausgerechnet die! Ist die Frau denn von allen grünen Geistern verlassen?

Nein, denn in der Debatte ging es um die Familienzusammenführung für Asylsucher mit minderer Schutzberechtigung, dem sogenannten „subsidiären“ Schutz. Ergo um Orientalen und fast ausschließlich Moslems. Da geht das mit der „Einengung der Frau auf ihre Rolle als Mutter“ auf einmal in Ordnung.

Wir würden ja gern den Dialog über den „Riss“ hinweg wieder aufnehmen. Aber wie denn? Sobald man sich denen da drüben ein wenig angenähert hat, um auf eine halbwegs gemeinsame Ebene zu gelangen, hüpfen sie einem weg und landen im Gegenteil dessen, was ihnen eben noch heilig war.

So ein Sprung kann viele Auslöser haben. Manchmal rührt er daher, dass einem die Folgen der eigenen Politik auf die Füße fallen, Da müssen wir dann nachsichtig sein. Mit Wilhelmshaven, Salzgitter, Delmenhorst, Cottbus und Freiberg in Sachsen wollen fünf Städte keine weiteren Asylsucher mehr aufnehmen. Skandal! Sind diese Städte etwa schon AfD-regiert? Nein, die Bürgermeister gehören erstaunlicherweise CDU und SPD an. Aha! Und wo waren die Herren 2015, als CDU-Chefin Merkel die Grenzen öffnete und der SPD das eigentlich noch gar nicht weit genug ging? Auf Klo?

Natürlich nicht, wie albern, jedenfalls nicht immerzu. Dennoch ist es spannend zu beobachten, wie ein Bürgermeister seine damalige „Welcome“-Euphorie mit der heutigen Forderung nach einer Sperre zusammenklöppelt. Er beteuert, er wolle ja auf gar keinen Fall einen Zuzugsstopp, „weil ich diese Menschen hier nicht haben möchte“. „Dumpfen Populismus“ lehne er nämlich ab. Er möchte „diese Menschen“ also doch in seiner Stadt haben? Ja! Äh, nein! Also, wie jetzt?

Ist doch ganz egal: Was einer tut, ist gar nicht wichtig, er muss nur die richtige Gesinnung („dumpfer Populismus“) dazu singen, schon geht so gut wie alles. Daher wird auch keinem dieser Bürgermeister die Zunge rausfallen, wenn er bei nächster Sonntagsreden-Gelegenheit abermals das „Europa der offenen Grenzen“ preist und donnert: „Wir dürfen nicht den dumpfen Parolen der Populisten folgen, die fordern, wir sollten uns abschotten!“ Mit „abschotten“ sind Grenzkontrollen gemeint und die Begrenzung des Zuzugs nach Deutschland – also weit weniger als eine komplette „Sperre“ für das Land.

Wir würden ja zu gerne wissen, wie das weitergeht! Dass die Bürgermeister als Erste draufkamen, dass es „so“ jedenfalls nicht weitergeht, hat sicher damit zu tun, dass sie etwas näher dran sind an den Problemen als die Mächtigen auf der Landes- und erst recht der Bundesebene.

Dort oben hält man sich die Ohren zu. Muss man auch, sonst erfährt man noch sowas hier: 61 Prozent der Grünen-Anhänger begrüßen es, dass laut Groko-Papier der Familiennachzug für die „Subsidiären“ eingeschränkt werden soll. Die Parteispitze und so ziemlich die gesamte Funktionärsebene der Partei findet eine solche Beschränkung dagegen menschenverachtend – „Mutter und Kinder!“ Diese Umfragezahl schreckt. Schließlich dachten wir bislang, dass zumindest bei den Grünen Basis und Führung noch an einem Strang ziehen.

Bei der SPD ist das vorbei, weshalb sich die Wählerbasis woanders nach einem Platz fürs Kreuzemachen umschaut. Immer noch jede Woche eine neue Gruselzahl von den Meinungsforschern: Die Umfragewerte der Sozialdemokraten schreiten mit der spannungsgeladenen Gleichmäßigkeit eines Countdowns nach unten. Ist der Countdown runtergezählt, erfolgt die Zündung für den Schuss zum Mond.

Adieu SPD, wir hatten schöne Jahre zusammen. Doch am Schluss hattest du alles vergessen, was du mal wusstest, und nur noch wirres Zeug gebrabbelt.

Selbst die lieben Ratschläge, welche gutmeinende Journalisten den Sozialdemokraten auf den letzten Metern zustecken, wirken nicht sonderlich ermutigend.

So lesen wir in einer großen Tageszeitung, Martin Schulz solle „gegenüber der Partei mit offenen Karten spielen“ und den Genossen vor der Abstimmung über die Groko offen sagen, was er will. Nach seinem Zickzack zu Schwarz-Rot hatte er ja zumindest kategorisch ausgeschlossen, für ein Ministeramt unter Merkel zur Verfügung zu stehen. Dann ließ Schulz durchstechen, dass er auf jeden Fall Minister werden wolle. Und als das zum erwartbaren Gegrummel führte, hieß es schließlich: „Ich sag' euch nicht, ob ich einen Kabinettsposten anstrebe oder nicht.“ Das werde erst zum Schluss verraten.

Wir haben vollstes Verständnis, dass derlei Hin und Her selbst die treuesten Sozis in die Verzweiflung treibt. Aber „mit offenen Karten spielen“? Sagen, was er wirklich will? Das wissen wir doch: Schulz' Ziel lautet: „Erst ich, dann ich, und zum Schluss nur noch ich“. Ob er mit der Beichte das „verlorengegangene Vertrauen“ zurückgewinnt?

MEINUNGEN

***Alexander Marguier** verurteilt das Groko-Gezänk um den **Familiennachzug** im „Cicero“ (31. Januar) als hohles Gerede:*

„Hauptsache: tausend. Zahlenmystik also in einem Land, das in Sachen Migration längst den Überblick verloren hat und nur noch im Ungefähren lebt. Während sich derzeit etwa an der deutsch-dänischen Grenze wieder der tägliche Kontrollverlust manifestiert, weckt die Zahl 1000 auch und gerade aufgrund ihrer kompletten Willkürlichkeit die Illusion, der Staat habe etwas im Griff.“

***Dirk Maxeiner** bezeichnet die künstliche Aufregung über **Abgastests** auf „achgut.com“ (1. Februar) als pure Heuchelei:*

„Das Land steht kopf wegen 25 Studenten, die freiwillig an einer alltäglichen und ungefährlichen Routinestudie teilgenommen haben. Gleichzeitig veranstalten unsere Regierenden das größte Sozialexperiment, das die Bundesrepublik jemals erlebt hat. Dabei wurde durch die massenhafte, unkontrollierte Zuwanderung eine Gefahrenlage produziert, der schon sehr viele Menschen zum Opfer gefallen sind und weitere sicher noch fallen werden.“

*Anlässlich seiner Gastprofessur an der Uni Düsseldorf hielt Bundespräsident a. D. **Joachim Gauck** am 31. Januar eine für seine bisherigen Verhältnisse **bemerkenswerte Rede**, in der er warnte:*

„Ein Nationalstaat darf sich nicht überfordern. Wer sich vorstellt, quasi als imaginierter Vertreter eines Weltbürgertums alle Grenzen des Nationalstaates hinweg zu nehmen, überfordert nicht nur die materiellen, territorialen und sozialen Möglichkeiten eines jeden Staates, sondern auch die psychischen Möglichkeiten seiner Bürger.“

***Rainer Zitelmann** besteht darauf, kein Sozialdemokrat zu sein. Dennoch erfüllt ihn der **Niedergang der SPD** mit **Sorge**, wenn er in „The European“ (6. Februar) darauf blickt, welche Parteien ihren Platz einnehmen dürften:*

„Aber was kommt danach? Die Linken werden nach wie vor unterschätzt. Sie sind eine im Kern linksextreme Partei, deren Ziel die Abschaffung der Marktwirtschaft und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ist. Die Grünen … sind keineswegs eine „linksliberale“ Partei wie man in den Medien oft lesen kann, sondern sie sind und bleiben Ökosozialisten, die für die ‚Rettung der Welt‘ die Freiheitsrechte der Menschen massiv einschränken und Unternehmen in einer Öko-Planwirtschaft vorschreiben wollen, was und wie sie produzieren sollen.“

***Kerstin Schwenn** warnt in der „FAZ“ (5. Februar) vor den Kosten der **Rentengarantie** von Union und SPD:*

„Die Rentenniveau-Garantie ist mit immensen finanziellen Risiken verbunden: Selbst bei weiter guter Wirtschaftsentwicklung dürfte sie 2025 rund vier Milliarden Euro kosten. Trübt sich das Klima ein, explodieren die Zusatzkosten. Die Arbeitgeber rechnen vor: Allein wenn man die vor drei Jahren prognostizierte wirtschaftliche Entwicklung zugrunde legte, ergäben sich 2025 schon Mehrbelastungen von 15 Milliarden Euro.“